Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

29. September 1980
Jg. 8 Nr. 40

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Vermittlungsversuch zwischen Irak und Iran kann auf gemeinsame Interessen bauen

Eine Fortsetzung des Krieges nutzt dem sowjetischen Expansionismus

z.ges. Nachdem die monatelangen Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und dem Iran in einen offenen Krieg umgeschlagen sind, ist die Front der Dritten Welt an einem strategischen Punkt ernstlich gefährdet. „Wir haben keinen territorialen Ehrgeiz in Iran. Unsere Bodenschätze genügen uns“, sagte der irakische stellvertretende Ministerpräsident Tarek Aziz auf einer Pressekonferenz in Paris. Der Irak sehe im Iran keinen Feind. Sein eigentlicher Kampf gelte dem israelischen Kolonialstaat und dem Zionismus. Dennoch befinden sich irakische Truppen in Kriegshandlungen mit dem Iran verstrickt, der seinerseits immer wieder eine gemeinsame Front der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte und den israelischen Kolonialstaat gefordert hat. Das Sekretariat der OPEC, der Organisation der erdölexportierenden Staaten der Dritten Welt, erklärte vergangene Woche: „Der Krieg ist allen Zielen der Organisation diametral entgegengesetzt. Wir fordern deshalb den Irak und den Iran auf, sofort den Frieden wiederherzustellen.“ Die OPEC befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Situation gegenüber den imperialistischen Verbraucherländern. Die Öllager der imperialistischen Länder sind gefüllt und mit der beginnenden Überproduktionskrise sinkt der Verbauch. Die OPEC-Länder versuchen zu einem gemeinsamen Richtpreis zurückzufinden und durch geplante Förderquoten ihre Position am Weltmarkt zu stärken. Am 4. November soll in Bagdad eine Konferenz der Ministerpräsidenten der OPEC stattfinden, um Entscheidungen zu treffen. Die OPEC kann nur einstimmig Beschluß fassen.

Der Iran mit über 35 Millionen Einwohnern und der Irak mit über 12 Millionen Einwohnern sind die volkreichsten Länder im Mittleren Osten und am Golf. Wenn sich diese beiden Länder in gegenseitigen Kämpfen schwächen, sind die Bedingungen für die beiden Supermächte gut, um sich in der Region weiter einzumischen und ihren Kampf um die Vorherrschaft auf Kosten der Völker auszutragen.

Der Irak ist mit der Sowjetunion durch einen sogenannten Friedens- und Freundschaftsvertrag verbunden. Die irakische Armee ist hauptsächlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. In den letzten Jahren hat sich die irakische Führung zunehmend bemüht, jene einseitige Abhängigkeit von der Sowjetunion zu vermeiden und ihre Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern, insbesondere aber ihre Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt auszubauen. Der Irak hat die sowjetische Invasion in Afghanistan in der UNO wie auf den Konferenzen der islamischen Staaten verurteilt. Er unterstützt die PLO, er unterstützt auch den Widerstandskampf des eritreischen Volkes gegen das von der Sowjetunion gegängelte äthiopische Militärregime.

Der Iran hat sich in der Revolution gegen das Schahregime von der Vorherrschaft der US-Supermacht befreit. Die Spuren dieser Vorherrschaft sind noch lange nicht beseitigt. Die iranische Armee ist fast ausschließlich mit amerikanischen Waffen ausgerüstet. Die wirtschaftlichen Sanktionen der USA und der mit ihnen verbündeten imperialistischen Staaten treffen den Iran. Um die Wirkung der Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten auszugleichen, mußte sich der Iran auf weitere Abkommen mit der SU einlassen. Die SU versucht an die Stelle der USA zu treten. Um die sowjetische Einmischung in Schranken zu verweisen, hat der Iran vor einigen Wochen zwei sowjetische Konsulate geschlossen.

Die friedliche Zusammenarbeit des Irak und des Iran ist entscheidend, um die Vorherrschaft der beiden Supermächte im Mittleren Osten zu brechen. Sie ist entscheidend, um die Einheit der OPEC zu sichern. Dauert der Krieg an und verlangt er weitere Opfer an Menschen und Material, dann wird insbesondere die Position der Sowjetunion gestärkt werden: Der Irak wird sowjetischen Waffennachschub brauchen, und die Sowjetunion wird die Bedingungen diktieren können. Jede weitere Erschütterung des Iran kann nur der Sowjetunion nutzen, die an der Nordgrenze Irans Truppen zusammengezogen hat und bereits mit Invasionstruppen in Afghanistan steht. Die Sowjetunion kann leicht behaupten, sie wolle sich nicht in den irakisch-iranischen Krieg einmischen. Dauert der Krieg an, so werden ihr die Früchte dieses Krieges in den Schoß fallen. Ein weiteres Vordringen der Sowjetunion aber hat die andere Supermacht zum Kriegsgrund erklärt. Gegenwärtig bringt sie die Aufstellung einer multinationalen Flottenmacht ins Gespräch, die Einheiten der USA und ihrer Verbündeten umfassen und die Straße von Hormuz, den Ausgang des Golfes, sichern soll. Helmut Kohl meinte, sowas müsse ernsthaft geprüft werden, während Helmut Schmidt jetzt im Wahlkampf betont, die Verfassung schließe einen Einsatz deutscher Marine außerhalb des NATO-Bereiches aus. Dabei waren noch im Sommer zwei deutsche Zerstörer im Indischen Ozean unterwegs und haben das Terrain sondiert.

Der Irak hat als Kriegsziele angegeben, er wolle die Souveränität über den Schatt el Arab, die Mündung von Euphrat und Tigris, zurückgewinnen und einige umstrittene Grenzgebiete zum Iran sichern. Das Schahregime hatte 1975 den Bürgerkrieg im Irak zwischen Arabern und Kurden genutzt, um im Abkommen von Algier Zugeständnisse des Irak zu erzwingen. Wahrscheinlich will der Irak auch die Herausgabe von drei durch den Schah besetzten Inseln in der Straße von Hormuz erzwingen. Bani Sadr hat erklärt, daß andere Mittel als Krieg existierten, um diese Probleme zu lösen. Ende letzter Woche haben die Konferenz islamischer Staaten und PLO-Vorsitzender Arafat Vermittlungsversuche eingeleitet. Im Krieg können nur die beiden Supermächte gewinnen, vor allem die Sowjetunion. Der Vermittlungsversuch kann auf grundlegende gemeinsame Interessen des Irak und Iran bauen.
(siehe auch Seite 4)



13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall. Gegen das Votum des Vorstandes verurteilten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit den Stationierungsbeschluß der Bundesregierung über die US-Mittelstreckenraketen. Kommentar der FAZ: „damit hat der Gewerkschaftstag aufgehoben, was der SPD Parteitag vor wenigen Monaten beschlossen hat“. Ein Segen. *Bericht Seite 7.*

Alle Klassen der polnischen Gesellschaft sind in Bewegung

z.hku. Begleitet von einer tausendköpfigen Menge haben am vergangenen Mittwoch Delegierte des Dachverbandes „Unabhängige, sich selbstverwaltende Gewerkschaften – Solidarität“ in Warschau die Registrierung als Gewerkschaft beantragt. Nach Übergabe der Dokumente wurde ein Umzug und eine Kundgebung im Betriebsstadion der Ursus-Traktoren-Werke durchgeführt, Lech Walesa sprach vor 8000 Arbeitern. Wird die Registrierung vom Gericht vorgenommen, kann und wird der Dachverband bzw. seine Branchenverbände mit Betrieben und Ministerien Kolletivverträge abschließen. Regionale Verbände, die schon vorher einen Antrag beim Gericht gestellt hatten, haben diesen zugunsten des Dachverbandes zurückgestellt. Mehr als die Hälfte der 23 Einzelgewerkschaften des alten staatlichen Gewerkschaftsverbandes haben sich mittlerweile als „unabhängig“ erklärt und sind aus dem Zentralrat ausgetreten. Es ist stark zu bezweifeln, daß die ihre Existenz in der bisherigen Form noch retten kann.

Ganze drei Wochen sind zwischen dem Abkommen von Gdansk und der Gründung des Gewerkschaftsverbandes vergangen. Streikrecht, Koalitionsrecht, und in dem Maße, wie es die Führung ihres Kampfes erforderte, Informations- und Demonstrationsrechte hat sich die polnische Arbeiterklasse erkämpfen können. Mangel an sachlichen und organisatorischen Hilfsmitteln ist zur Zeit eher das Haupthindernis. Die Streikkomitees hatten die Aufhebung der Zensur ausdrücklich zu ihrem Kampfziel gemacht; sie haben im Verlauf der Auseinandersetzungen tiefe Breschen in die Zensur schlagen können, das hat die Wut über die verlogene Propagandamaschinerie nur gesteigert. Korruption und Willkür sind in einem solchen Ausmaß der Kritik ausgesetzt, daß ohne Selbstkritik und Beschwörung der Demokratie keine Versammlung mehr eröffnet wird, und übelste Fälle von Korruption von der polnischen Presse selbst aufgedeckt werden müssen. Die Arbeiter haben ohnehin begonnen, mit Streik und Streikdrohung die Entfernung besonders verhaßter Funktionäre zu erzwingen.

Die Streikbewegung für Arbeiterrechte hat die tiefverwurzelten demokratischen Bestrebungen aller Volksklassen freigesetzt und ihnen Raum zur Entfaltung verschafft. Die Verbände der Schriftsteller, Künstler und Hochschulangehörigen haben die Streiks früh unterstützt und sind ihrerseits schnell an die Schaffung unabhängiger Gewerkschaften gegangen. Ihre Forderungen konzentrieren sich auf die Abschaffung der Zensur und auf die Aufhebung der Hochschulgesetze von 1968; diese hatten als Gegenschlag gegen Demonstrationen und Aktionen für Meinungs- und Informationsfreiheit den Hochschulen jegliche Selbstverwaltungsrechte genommen. Die Studenten, die am 1.10. mit dem Semester beginnen, betreiben bereits die Bildung einer vom „Sozialistischen Verband polnischer Studenten“ unabhängigen Vereinigung.

Beim Wojwodschaftsgericht in Warschau hat auch ein Bauernverband seine Registratur als landesweite Organisation beantragt; aber über diesen Verband ist bisher nichts genaueres bekannt, und es scheint, daß die Organisierung hier noch am Anfang steht. Das „Komitee zur Selbstverteidigung der Bauern“, das seit zwei Jahren durch ihre Unterstützung der Bauern in der Rentenfrage und die Organisierung einer „Bauernuniversität“ bekanntgeworden ist, hat die Unabhängigkeit der Genossenschaften verlangt. Die Vereinigte Bauernpartei, Teil der Nationalen Front, hat Forderungen angemeldet nach „Demokratisierung des Verfahrens“ bei den Sejm-Wahlen, was nur eine offene Kandidatenaufstellung bedeuten kann, und damit eine Lösung vom Block mit der PVAP.

Die Mitgliedsbasis der PVAP sind die Arbeiter, sind die unterdrückten Volksmassen. Nach wie vor ist nicht abzusehen, wie die Parteiführung dem Streben nach Demokratie wirksam entgegentreten will, über die Taktik ist sie noch nicht einig. Es scheint sich die Richtung durchzusetzen, die tradeunionistische Beschränkung der Arbeiterbewegung zu zementieren, die neuen Gewerkschaften anzuerkennen, sie aber auf zu Produktivitätsabkommen usw. festzulegen. Noch ist das VI. Plenum des ZK der PVAP nur unterbrochen und nicht beendet. Die Bedingungen, unter denen die Sozialimperialisten zur Stützung der neuen Führung bereit waren, lauteten: Zurückgewinnung der führenden Rolle der Partei, Anerkennung der Hegemonie der Sowjetunion. Aber kann die gegenwärtige PVAP-Führung diese Bedingungen erfüllen? Einen „dritten Weg“ gäbe es nicht, hat die SU in der vergangenen Woche erneut drohend erinnert.

eine gemeinsame Front der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte und den israelischen Kolonialstaat gefordert hat. Das Sekretariat der OPEC, der Organisation der erdölexportierenden Staaten der Dritten Welt, erklärte vergangene Woche: „Der Krieg ist allen Zielen der Organisation diametral entgegengesetzt. Wir fordern deshalb den Irak und den Iran auf, sofort den Frieden wiederherzustellen.“ Die OPEC befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Situation gegenüber den imperialistischen Verbraucherländern. Die Öllager der imperialistischen Länder sind gefüllt und mit der beginnenden Überproduktionskrise sinkt der Verbauch. Die OPEC-Länder versuchen zu einem gemeinsamen Richtpreis zurückzufinden und durch geplante Förderquoten ihre Position am Weltmarkt zu stärken. Am 4. November soll in Bagdad eine Konferenz der Ministerpräsidenten der OPEC stattfinden, um Entscheidungen zu treffen. Die OPEC kann nur einstimmig Beschluß fassen.

Der Iran mit über 35 Millionen Einwohnern und der Irak mit über 12 Millionen Einwohnern sind die volkreichsten Länder im Mittleren Osten und am Golf. Wenn sich diese beiden Länder in gegenseitigen Kämpfen schwächen, sind die Bedingungen für die beiden Supermächte gut, um sich in der Region weiter einzumischen und ihren

der UNO wie auf den Konferenzen der islamischen Staaten verurteilt. Er unterstützt die PLO, er unterstützt auch den Widerstandskampf des eritreischen Volkes gegen das von der Sowjetunion gegängelte äthiopische Militärregime.

Der Iran hat sich in der Revolution gegen das Schahregime von der Vorherrschaft der US-Supermacht befreit. Die Spuren dieser Vorherrschaft sind noch lange nicht beseitigt. Die iranische Armee ist fast ausschließlich mit amerikanischen Waffen ausgerüstet. Die wirtschaftlichen Sanktionen der USA und der mit ihnen verbündeten imperialistischen Staaten treffen den Iran. Um die Wirkung der Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten auszugleichen, mußte sich der Iran auf weitere Abkommen mit der SU einlassen. Die SU versucht an die Stelle der USA zu treten. Um die sowjetische Einmischung in Schranken zu verweisen, hat der Iran vor einigen Wochen zwei sowjetische Konsulate geschlossen.

Die friedliche Zusammenarbeit des Irak und des Iran ist entscheidend, um die Vorherrschaft der beiden Supermächte im Mittleren Osten zu brechen. Sie ist entscheidend, um die Einheit der OPEC zu sichern. Dauert der Krieg an und verlangt er weitere Opfer an Menschen und Material, dann wird insbesondere die Position der Sowjetunion gestärkt werden: Der Irak wird sowjetischen Waffennachschub brauchen,

ten der USA und ihrer Verbündeten umfassen und die Straße von Hormuz, den Ausgang des Golfes, sichern soll. Helmut Kohl meinte, sowas müsse ernsthaft geprüft werden, während Helmut Schmidt jetzt im Wahlkampf betont, die Verfassung schließe einen Einsatz deutscher Marine außerhalb des NATO-Bereiches aus. Dabei waren noch im Sommer zwei deutsche Zerstörer im Indischen Ozean unterwegs und haben das Terrain sondiert.

Der Irak hat als Kriegsziele angegeben, er wolle die Souveränität über den Schatt el Arab, die Mündung von Euphrat und Tigris, zurückgewinnen und einige umstrittene Grenzgebiete zum Iran sichern. Das Schahregime hatte 1975 den Bürgerkrieg im Irak zwischen Arabern und Kurden genutzt, um im Abkommen von Algier Zugeständnisse des Irak zu erzwingen. Wahrscheinlich will der Irak auch die Herausgabe von drei durch den Schah besetzten Inseln in der Straße von Hormuz erzwingen. Bani Sadr hat erklärt, daß andere Mittel als Krieg existierten, um diese Probleme zu lösen. Ende letzter Woche haben die Konferenz islamischer Staaten und PLO-Vorsitzender Arafat Vermittlungsversuche eingeleitet. Im Krieg können nur die beiden Supermächte gewinnen, vor allem die Sowjetunion. Der Vermittlungsversuch kann auf grundlegende gemeinsame Interessen des Irak und Iran bauen.
(siehe auch Seite 4)



13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall. Gegen das Votum des Vorstandes verurteilten die Delegierten mit überwältigender Mehrheit den Stationierungsbeschluß der Bundesregierung über die US-Mittelstreckenraketen. Kommentar der FAZ: „damit hat der Gewerkschaftstag aufgehoben, was der SPD Parteitag vor wenigen Monaten beschlossen hat“. Ein Segen. *Bericht Seite 7.*

Alle Klassen der polnischen Gesellschaft sind in Bewegung

z.hku. Begleitet von einer tausendköpfigen Menge haben am vergangenen Mittwoch Delegierte des Dachverbandes „Unabhängige, sich selbstverwaltende Gewerkschaften – Solidarität“ in Warschau die Registrierung als Gewerkschaft beantragt. Nach Übergabe der Dokumente wurde ein Umzug und eine Kundgebung im Betriebsstadion der Ursus-Traktoren-Werke durchgeführt, Lech Walesa sprach vor 8000 Arbeitern. Wird die Registrierung vom Gericht vorgenommen, kann und wird der Dachverband bzw. seine Branchenverbände mit Betrieben und Ministerien Kolletivverträge abschließen. Regionale Verbände, die schon vorher einen Antrag beim Gericht gestellt hatten, haben diesen zugunsten des Dachverbandes zurückgestellt.

der Schriftsteller, Künstler und Hochschulangehörigen haben die Streiks früh unterstützt und sind ihrerseits schnell an die Schaffung unabhängiger Gewerkschaften gegangen. Ihre Forderungen konzentrieren sich auf die Abschaffung der Zensur und auf die Aufhebung der Hochschulgesetze von 1968; diese hatten als Gegenschlag gegen Demonstrationen und Aktionen für Meinungs- und Informationsfreiheit den Hochschulen jegliche Selbstverwaltungsrechte genommen. Die Studenten, die am 1.10. mit dem Semester beginnen, betreiben bereits die Bildung einer vom „Sozialistischen Verband polnischer Studenten“ unabhängigen Vereinigung.

Beim Wojwodschaftsgericht in Warschau hat auch ein Bauernverband sei-

Times-Prozesse: „Dieses Urteil muß fallen!“

Einstellung der Strafverfolgung der IG Druck! / Prozeß am 8.10. beim Oberlandesgericht Frankfurt

z.nom. Am 8. Oktober findet vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt die Berufungsverhandlung im Schadensersatzprozeß gegen die IG Druck und Papier statt, die 1979 den Streik der Times-Arbeiter in London unterstützt hat. 3000 Times-Arbeiter kämpften gegen geplante Rationalisierungen und gegen Lohndrückerei. Die Kapitalisten versuchten, die Times in Deutschland produzieren zu lassen. Gesetzt wurde bei Guthfreund in Darmstadt, weitere Streikbrecherarbeit bei der TER-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt konnte verhindert werden. Die IG Druck erklärte das Objekt „Times“ für bestreikt. 3 Tage und Nächte wurde die TER-Druckerei von Streikposten umstellt. Die Times, die rechtzeitig zu den britischen Unterhauswahlen am 3. Mai 79 herauskommen sollte, wurde nicht gedruckt. Die IG Druck wurde zu 58200 DM Schadenersatz verurteilt. Gezahlt werden soll der TER-Druckerei (Tercüman) für den Verlust des Druckauftrages „Times“. Für TER vertritt die Anklage der Zeitungsverleger- und Landesverband Druck Hessen, dessen Dr. Apfel u.a. die Verlustberechnung für das Gericht erstellt hat. Ausdrücklich soll mit dem Urteil der „*Sieg der internationalen Gewerkschaftssolidarität*“ geahndet werden. Das darauf gerichtete Verhalten der Beklagten „*war auch nicht durch das Demonstrationsrecht*“ und das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, weil dadurch entgegenstehende Meinungen unterdrückt wurden. „... *Das Streikrecht kann nicht zur Rechtfertigung herangezogen werden.*“ (Alle Zitate aus dem erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Frankfurt).

Im Juni 80 wurde das Hauptverfahren gegen die Streikleitung Manfred Balder, Heinz Werner Wurstius und H.G. Fritz eröffnet. Sie waren angeklagt wegen Körperverletzung, versuchter schwerer Brandstiftung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung und Hausfriedensbruch. Aufrechterhalten wurden Nötigung und Hausfriedensbruch.

Innenminister Gries hatte damals zwei Hundertschaften Polizei bereitstehen „(in Abstimmung mit dem Innenministerium mobilisiert worden seien, (damit) der Druck und die Auslieferung der ‚Times' sichergestellt werden können ...“ (zitiert aus dem Urteil). Bei der Debatte im hessischen Landtag wurden von der CDU heftige Angriffe auf das Streikrecht gefahren. Zitate der CDU-Abgeordneten: „Dies war kein Akt der Solidarität; das war eine rechtswidrige Aktion“. „Ich glaube, daß unter dem Gesichtspunkt der Inanspruchnahme des allgemein politischen Mandats, das die Gewerkschaften vom Vietnam-Krieg bis zur Abtreibung in Anspruch nehmen, ... zu überlegen ist, wie dieser Einfluß zu begrenzen ist.“

Von Anfang an hat die IG Druck grundsätzlich gegen die Einleitung der Prozesse Stellung genommen. Die Debatte im hessischen Landtag richtet sich nicht nur gegen den Streik als Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten, sondern ihre uneingeschränkte Interessenvertretung überhaupt. Die Prozesse werden deshalb von der Arbeiterbewegung mit großem Interesse verfolgt. Der Gewerkschaftstag der HBV in Wiesbaden hat eine Solidaritätserklärung an die IG Druck verabschiedet, 4000 DM wurden gesammelt, 28 Betriebsräte der SbH-Kette (HBV'ler) schickten eine Solidaritätsresolution. Resolutionen von Funktionären, Kollegen von Einzelgewerkschaften liegen vor. In Hessen gibt es zur Zeit Veranstaltungen der IG Druck zum Times-Streik. Einzelgewerkschaften können den Film anfordern oder auch die Streikleitung der IG Druck einladen. Demnächst wird eine Dokumentation Herausgeber Landesbezirk Hessen IG Druck herauskommen. Sie kann ebenfalls angefordert werden.

Im Antrag 113 des Landesbezirks Hessen an den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der im Oktober in Augsburg stattfindet, heißt es u.a. „Wenn dieses Urteil Schule machen kann, wäre es der Auftakt, die gewerkschaftlichen Rechte Scheibe für Scheibe zu bescheiden. Dieses Urteil muß fallen ...“

Durch den reaktionären Hirtenbrief ist erneut die Trennung von Staat und Kirche aufgeworfen

z.ped. Eine unzweideutige Wahlrede für die CDU/CSU ließen die katholischen Bischöfe in allen Gottesdiensten predigen. Erbost drohte Schmidt: ,,Ich werde auf das Hirtenwort nach der Wahl zurückkommen". Ehrenberg sah eine Aufforderung an den Staat, seine Hilfsdienste für die Kirche zu überprüfen, für die er die Steuer einziehe. Genüßlich konnte Strauß schlußfolgern, die SPD plane den Einzug der Kirchensteuer durch den Staat wie die steuerliche Absetzbarkeit der Kirchensteuer abzuschaffen. Jetzt heulte der ehemalige Synodale und jetzige Kanzler Schmidt erst richtig über ,,eine derart infame Verleumdung", die ihm sein Lebtag noch nicht begegnet sei. Das FDP-Präsidium distanzierte sich eilig: Die in ihren Kirchenthesen vertretene Trennung von Staat und Kirche setze ,,einen langfristigen Verhandlungsprozeß" und ,,die Übereinstimmung mit den Kirchen" voraus.

3,9 Mrd. DM hatte der Staat 1979 für die katholische, 4,4 Mrd. DM für die protestantische Kirche eingezogen. Artikel 140 des Grundgesetzes regelt, daß Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechtes berechtigt sind, Steuern zu erheben, die der Staat für sie einzieht. Als die SPD in ihrem Godesberger Programm 1959 die alte Forderung nach Trennung von Staat und Kirche liquidierte, hieß es zur Begründung, daß über die Kirchensteuer die Kirchen unabhängig von Privatspenden und damit dem Einfluß potenter Geldgeber seien. Jetzt haben die katholischen Bischöfe sich für Strauß in den Wahlkampf geworfen. Daß das Widersprüche zu dessen Wahlkonkurrenten herbringt, ist die eine, daß sich darüber die Widersprüche innerhalb der Kirche wie insbesondere der Arbeiterbewegung zur Kirche verschärfen, ist eine gute Seite. Trennung von Staat und Kirche, Behandlung der Kirchen wie Privatvereinigungen – für die Arbeiterbewegung gibt es keinen Grund, der christlichen Reaktion Steuereinzug wie Einfluß auf den Schulunterricht weiter zuzugestehen.

Demokratisches Kampuchea in der UNO-Vollversammlung

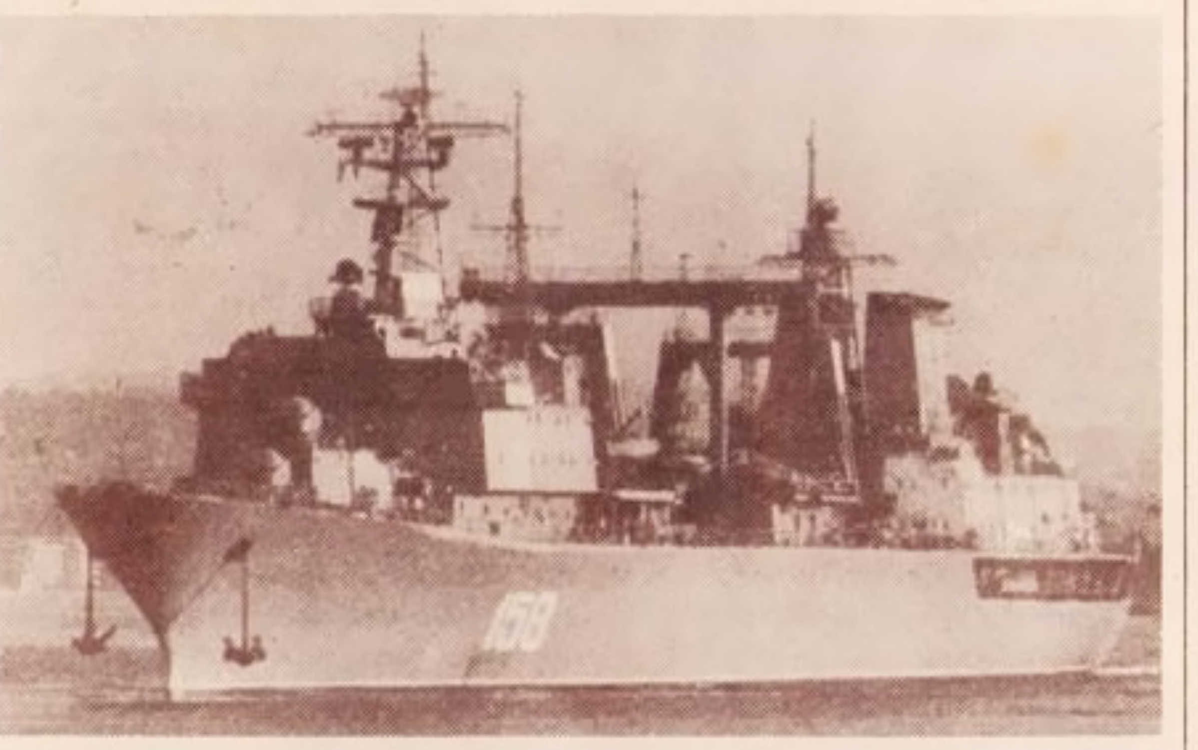
z.bep. Als sich abzeichnete, daß es der Sowjetunion und Vietnam nicht gelingen würde, den Sitz des Demokratischen Kampuchea in der UNO zunächst vakant zu lassen und gleichzeitig einer Delegation des Marionettenregimes die ,,Teilnahme an der Arbeit" der Vollversammlung zu ermöglichen, begannen sie, die Arbeit des Ausschusses, der die Zulassung zur Vollversammlung überprüft, zu verzögern. Bis zum Freitag letzter Woche hatte der Ausschuß auch noch keinen Bericht vorgelegt. Die 5 ASEAN-Mitglieder brachten inzwischen zusammen mit 6 weiteren Staaten, darunter Japan und Australien, den Entwurf einer Resolution ein, die die Einberufung einer internationalen Konferenz Anfang 1981 unter Teilnahme aller direkt oder indirekt Beteiligten vorsieht. Erreicht werden soll ein Abkommen, das u.a. einschließt den völligen Abzug der ausländischen Truppen, freie Wahlen unter Aufsicht der UN, Garantien für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas, sowie ,,Maßnahmen der Vereinten Nationen, um Recht und Ordnung und die Beachtung der fundamentalen Menschenrechte in Kampuchea" zu gewährleisten. Obwohl der Abzug der Truppen

Die Sowjetunion reagierte mit einem Antrag auf Einberufung einer Abrüstungskonferenz und der Vorlage ,,einiger unaufschiebbarer Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr". Daß es sich um ein bloßes Verwirrmanöver handelt, um von ihrer Aggressionspolitik, dem wahren Ausgangspunkt der Kriegsgefahr, abzulenken, erhellt schon aus der Stellungnahme Gromykos, die Sowjetunion würde aus Afghanistan abziehen, sobald die Gründe für ihr Eingreifen beseitigt seien – ,,aber nicht vorher". Die Außenminister Frankreichs und der BRD forderten den Abzug aus Afghanistan. Daneben erwähnten sie auch Kampuchea als Krisenherd, jedoch ohne eindeutige Forderungen zu nennen. Genscher verbreitete sich zwar wortreich über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und ähnliches, kündigte aber konkret vor allem eine Entschließung zum Flüchtlingsproblem an mit einem Verhaltenskodex für die Staaten in bezug auf die Behandlung ,,rassisch oder ideologisch unerwünschter Minderheiten", damit interne Probleme nicht durch die Vertreibung von Menschen gelöst würden. Nun geht es in Kampuchea ebensowenig wie z.B. in Afghanistan oder Palästina um interne

Apel: ,,. . . mit unseren Partnern sehr ernsthaft reden"

Ausbau der NATO-Nordflanke durch die USA / Seemanöver der SU

z.jük. Heftige Debatten kündigen sich für die nächsten NATO-Konferenzen an. Die Auswertung der Herbstmanöver der NATO und des Warschauer Paktes hat für die NATO-Generalität begonnen und man hat Streit. Schon Monate vorher trommelte die Supermacht USA, die die NATO unter ihrer Vorherrschaft zusammenhalten will, daß die Beschlüsse von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen. Insbesondere, daß 3% des Bruttosozialprodukts für die jährliche Erhöhung des Verteidigungshaushaltes einzusetzen sind. Belgiens Weigerung, bestimmte Truppenkontingente in die NATO-Manöver zu schicken aus finanziellen Gründen, wirkt da etwa wie ein Schlag ins Gesicht. In Dänemark und Norwegen gibt es Anzeichen von Regierungsseite, gegen NATO-Beschlüsse einzutreten (vergl. KVZ 35/80). Verteidigungsminister Brown (USA) hat schon zwei Drohbriefe an die dänische Regierung geschickt. Fast im Gleichklang gehen jetzt die parlamentarischen Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie an die Front: ,,Man muß mit Sorgen eine Entwicklung sehen, die darauf hinauslaufen könnte, daß das Bündnis hier in Westeuropa unter den nichtnuklearen Partnern ein Bündnis ungleicher Mitgliedschaft wird. Daß wenige Länder die Hauptlast der Verteidigung tragen, das kann nicht Sinn und Zweck des NATO-Bündnisses sein . . . Deswegen kommt es darauf an, mit unseren Partnern sehr ernsthaft zu reden" (Verteidigungsminister Apel). Und Wörner von der CDU: ,, Man muß in der NATO sehr ernsthaft mit den Nationen reden, die sich jetzt stillschweigend aus den Pflichten des Bündnisses entfernen." ,,Wachsende Sorge um die Nordflanke der NATO" bemerkt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" zur gleichen Zeit und hetzt gegen die skandinavischen Völker. Unter der Führung der USA soll in Norwegen die Position der NATO über Versorgungsstützpunkte ausgebaut werden. Im neu veröffentlichten Bericht 80 des US-Verteidigungsministers, der insgesamt drei Schwerpunkte umfaßt (,,Weiterentwicklung der Abschreckungsdoktrin im strategisch nuklearen Bereich, Ziele im Bereich der schauplatzgebundenen Nuklearstreitkräfte in Europa, Verlegung von Eingreifverbänden und Verstärkungen über weite Entfernungen"), wird die Nordflanke im Rahmen eines umfangreichen Transportprogramms als entscheidend für den Kampf um Europa betont. Die Rivalität der beiden Supermächte verschärft sich gegenwärtig rasch an den Flanken Europas. Die Sozialimperialisten haben ihre Seemanöver in den letzten Monaten beträchtlich ausgedehnt. Die skandinavischen Länder wollen nicht Kriegsschauplatz der beiden Supermächte sein. Folglich die Aufregung innerhalb der NATO-Führung und die Widersprüche in der NATO.



Anfang Juli fand in der Nordsee ein Manöver von Einheiten der SU statt, erstmalig unter Beteiligung von Verbänden aus der DDR und Polen. Gleichzeitig fanden Seemanöver am Polarkreis, Raum Shetland, Faroer und Bäreninseln statt (U-Boot-Bekämpfung und Angriff auf Versorgungskonvois). Im weitern auch im Atlantik im Raum Azoren. (Bild: SU Kampfgruppenversorger)

In zwei der drei größten Chemiemonopole Kurzarbeit

Auslastung teilweise auf die Hälfte des Vorjahres gesunken / Im Fahrzeugbau weiter Kurzarbeit

z.frb. Mit Bayer hat nun Ende letzter Woche der zweite der drei größten Chemiemonopole Kurzarbeit angemeldet. Wie die Geschäftsführung des Konzerns mitteilt, mache die sich seit dem zweiten Quartal ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der Chemischen Industrie die Maßnahme notwendig. In der Sparte organische Chemikalien betrage die Auslastung nur noch 60% des Vorjahres, bei Farben nur noch die Hälfte. Im Werk Leverkusen werden etwa 1200 Beschäftigte der Chemikalienproduktion, rund 1800 im Bereich Farben sowie 600 aus den dazugehörigen Werkstätten-Bereichen kurzarbeiten müssen. Im Werk Ürdingen sind rund 500 Lohnabhängige von der Kurzarbeit betroffen. Ab Oktober sollen diese insgesamt 4100 Arbeiter und Angestellten zunächst bis Jahresende nur die Hälfte des Monats

Farbstoffvorproduktion werden auf Kurzarbeit gesetzt. Casella ist zu über 75% in Besitz von Hoechst.

BASF will laut Pressemeldungen noch keine Kurzarbeit durchführen. Die drei größten Chemie-Monopole beuten 39% der Beschäftigten des Industriezweiges aus und haben einen Anteil am Umsatz der Chemischen Industrie von 26%. Die Chemische Industrie ist gemessen am Umsatz der größte Wirtschaftszweig (11,7% 1977), der viertgrößte nach der Zahl der Beschäftigten (7,8%). Der Straßenfahrzeugbau, in dem schon länger Kurzarbeit und Entlassungen durchgesetzt sind, ist der Zahl der Beschäftigten nach noch gewichtiger (8,1%), dem Umsatz nach kommt er an fünfter Stelle.

beiter werden in Rüsselsheim umgesetzt. Die Pkw- und Kombi-Produktion in der BRD lag im August um 18% unter dem Vorjahr. In den ersten 8 Monaten des Jahres sind 2,4 Mio. Pkw und Kombi produziert worden, das waren 9,2% weniger als im Vorjahr.

Schon häufen sich auch wieder Meldungen über Säuberungsaktionen der Kapitalisten. So bei Conti, wo ebenfalls für Oktober für 3% der Belegschaft Kurzarbeit verordnet ist. Arbeiter, die seit 15 Jahren und mehr bei Conti arbeiten und überdurchschnittliche Fehlzeiten wegen Krankheit aufweisen, werden an Stellen mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen versetzt. Durch zeitweilige Überbesetzung schaffen sich die Kapitalisten die Bedingungen zur Aussortierung.

den Supermächte verschärft sich gegenwärtig rasch an den Flanken Europas. Die Sozialimperialisten haben ihre Seemanöver in den letzten Monaten beträchtlich ausgedehnt. Die skandinavischen Länder wollen nicht Kriegsschauplatz der beiden Supermächte sein. Folglich die Aufregung innerhalb der NATO-Führung und die Widersprüche in der NATO.

Anfang Juli fand in der Nordsee ein Manöver von Einheiten der SU statt, erstmalig unter Beteiligung von Verbänden aus der DDR und Polen. Gleichzeitig fanden Seemanöver am Polarkreis, Raum Shetland, Faroer und Bäreninseln statt (U-Boot-Bekämpfung und Angriff auf Versorgungskonvois). Im weitern auch im Atlantik im Raum Azoren. (Bild: SU Kampfgruppenversorger)

UNO-Vollversammlung

z.bep. Als sich abzeichnete, daß es der Sowjetunion und Vietnam nicht gelingen würde, den Sitz des Demokratischen Kampuchea in der UNO zunächst vakant zu lassen und gleichzeitig einer Delegation des Marionettenregimes die ,,Teilnahme an der Arbeit" der Vollversammlung zu ermöglichen, begannen sie, die Arbeit des Ausschusses, der die Zulassung zur Vollversammlung überprüft, zu verzögern. Bis zum Freitag letzter Woche hatte der Ausschuß auch noch keinen Bericht vorgelegt. Die 5 ASEAN-Mitglieder brachten inzwischen zusammen mit 6 weiteren Staaten, darunter Japan und Australien, den Entwurf einer Resolution ein, die die Einberufung einer internationalen Konferenz Anfang 1981 unter Teilnahme aller direkt oder indirekt Beteiligten vorsieht. Erreicht werden soll ein Abkommen, das u.a. einschließt den völligen Abzug der ausländischen Truppen, freie Wahlen unter Aufsicht der UN, Garantien für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas, sowie ,,Maßnahmen der Vereinten Nationen, um Recht und Ordnung und die Beachtung der fundamentalen Menschenrechte in Kampuchea" zu gewährleisten. Obwohl der Abzug der Truppen
nicht Vorbedingung ist, der Teilnehmerkreis unklar bleibt und die zuletzt zitierten Forderungen auf eine Beschränkung der nationalen Souveränität des Demokratischen Kampuchea hinauslaufen können, hat die Resolution positive Aspekte, insofern sie die grundlegenden Forderungen der Resolution der 34. Generalversammlung aufrechterhält.

Die Sowjetunion reagierte mit einem Antrag auf Einberufung einer Abrüstungskonferenz und der Vorlage ,,einiger unaufschiebbarer Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr". Daß es sich um ein bloßes Verwirrmanöver handelt, um von ihrer Aggressionspolitik, dem wahren Ausgangspunkt der Kriegsgefahr, abzulenken, erhellt schon aus der Stellungnahme Gromykos, die Sowjetunion würde aus Afghanistan abziehen, sobald die Gründe für ihr Eingreifen beseitigt seien – ,,aber nicht vorher". Die Außenminister Frankreichs und der BRD forderten den Abzug aus Afghanistan. Daneben erwähnten sie auch Kampuchea als Krisenherd, jedoch ohne eindeutige Forderungen zu nennen. Genscher verbreitete sich zwar wortreich über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und ähnliches, kündigte aber konkret vor allem eine Entschließung zum Flüchtlingsproblem an mit einem Verhaltenskodex für die Staaten in bezug auf die Behandlung ,,rassisch oder ideologisch unerwünschter Minderheiten", damit interne Probleme nicht durch die Vertreibung von Menschen gelöst würden. Nun geht es in Kampuchea ebensowenig wie z.B. in Afghanistan oder Palästina um interne
Probleme oder Minderheiten. Afghanistan und Kampuchea sind gegenwärtig zwei Eckpfeiler der Front gegen die Expansion des sowjetischen Sozialimperialismus. Jeder, der beansprucht, gegen diese Expansionspolitik und gegen die Kriegsgefahr zu sein, wird sich auch daran messen lassen müssen, ob er für die legitimen Rechte des Demokratischen Kampuchea eintritt.

In zwei der drei größten Chemiemonopole Kurzarbeit

Auslastung teilweise auf die Hälfte des Vorjahres gesunken / Im Fahrzeugbau weiter Kurzarbeit

z.frb. Mit Bayer hat nun Ende letzter Woche der zweite der drei größten Chemiemonopole Kurzarbeit angemeldet. Wie die Geschäftsführung des Konzerns mitteilt, mache die sich seit dem zweiten Quartal ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage der Chemischen Industrie die Maßnahme notwendig. In der Sparte organische Chemikalien betrage die Auslastung nur noch 60% des Vorjahres, bei Farben nur noch die Hälfte. Im Werk Leverkusen werden etwa 1200 Beschäftigte der Chemikalienproduktion, rund 1800 im Bereich Farben sowie 600 aus den dazugehörigen Werkstätten-Bereichen kurzarbeiten müssen. Im Werk Ürdingen sind rund 500 Lohnabhängige von der Kurzarbeit betroffen. Ab Oktober sollen diese insgesamt 4100 Arbeiter und Angestellten zunächst bis Jahresende nur die Hälfte des Monats
arbeiten.

Bereits vorletzte Woche hatte Hoechst für 1200 Arbeiter und Angestellte in der Farbenproduktion im Stammwerk Kurzarbeit ab Anfang Oktober angemeldet. Die Ausfallzeit liegt zwischen 25 und 30%. Auch 102 Beschäftigte im Naphtholbetrieb und zentralem Packmittellager sowie 1300 bei Casella im Bereich Farben und

Farbstoffvorproduktion werden auf Kurzarbeit gesetzt. Casella ist zu über 75% in Besitz von Hoechst.

BASF will laut Pressemeldungen noch keine Kurzarbeit durchführen. Die drei größten Chemie-Monopole beuten 39% der Beschäftigten des Industriezweiges aus und haben einen Anteil am Umsatz der Chemischen Industrie von 26%. Die Chemische Industrie ist gemessen am Umsatz der größte Wirtschaftszweig (11,7% 1977), der viertgrößte nach der Zahl der Beschäftigten (7,8%). Der Straßenfahrzeugbau, in dem schon länger Kurzarbeit und Entlassungen durchgesetzt sind, ist der Zahl der Beschäftigten nach noch gewichtiger (8,1%), dem Umsatz nach kommt er an fünfter Stelle.

Der Opel-Konzern hat die Verlängerung der Kurzarbeit im Oktober angekündigt, für 20000 Beschäftigte. Sie sollen wie bisher nur 14 Tage im Monat arbeiten; einige Abteilungen werden jetzt drei Wochen kurzarbeiten. Seit September wird nur noch die Frühschicht gefahren, so daß jeden Tag die Produktion läuft und die Kapitalisten auch noch die Spätschichtzulage von rund 150 DM sparen. 800 Ar-

beiter werden in Rüsselsheim umgesetzt. Die Pkw- und Kombi-Produktion in der BRD lag im August um 18% unter dem Vorjahr. In den ersten 8 Monaten des Jahres sind 2,4 Mio. Pkw und Kombi produziert worden, das waren 9,2% weniger als im Vorjahr.

Schon häufen sich auch wieder Meldungen über Säuberungsaktionen der Kapitalisten. So bei Conti, wo ebenfalls für Oktober für 3% der Belegschaft Kurzarbeit verordnet ist. Arbeiter, die seit 15 Jahren und mehr bei Conti arbeiten und überdurchschnittliche Fehlzeiten wegen Krankheit aufweisen, werden an Stellen mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen versetzt. Durch zeitweilige Überbesetzung schaffen sich die Kapitalisten die Bedingungen zur Aussortierung.

Der DGB hat ein neues Konjunkturprogramm wie 1975 gefordert. Die Untauglichkeit solcher Maßnahmen zeigt sich schon darin, daß sich seit 1975 ein fester Bestand von über 800000 Arbeitslosen gebildet hat, und seit dem zweiten Vierteljahr steigt die Zahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) wieder. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug bereits im August 185% des Vorjahres.

Abgeordnete fordern Abzug der SU aus Afghanistan

z.bep. Die Interparlamentarische Union (IPU), eine Vereinigung von Parlamentsabgeordneten aus 90 Ländern, hat am Schluß ihrer letzten Konferenz in Ostberlin vergangene Woche mit den Stimmen der Vertreter von über 70 Ländern eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem auf einen unverzüglichen, bedingungslosen und vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan gedrängt wird. Die Sowjetunion wird ausdrücklich aufgefordert, ihre Truppen schnellstens abzuziehen. Für die Resolution stimmten auch die Vertreter Rumäniens, Kubas, Indiens, Mozambiques und Finnlands.

Manöver teilweise beendet Tausende demonstrierten

z.vop. Gleichzeitig mit zwei Manövern in Hessen und Bayern hat vom 1. bis 26.9. das NATO-Manöver ,,Crusader" (Kreuzfahrer) in Norddeutschland stattgefunden. Über 100000 Soldaten, 76000 aus Großbritannien, 22000 aus den USA, 3700 aus der BRD, haben daran teilgenommen. Geübt wurde die Mobilmachung von regulärer Armee, Reservisten und Territorialarmee in Großbritannien, der schnelle Transport auf den Kontinent und das Zusammenspiel der verschiedenen NATO-Einheiten im Gefecht. In der Gefechtsübung ,,spearpoint" (Speerspitze) haben die NATO-Truppen den Angriff der Warschauer-Pakt-Truppen zerschlagen und sie aus der norddeutschen Tiefebene vertrieben. Diese Kriegsvorbereitungen der NATO-Allianz waren von Anfang an vom Widerstand der Volksmassen begleitet: An der niederländischen Grenze wurde ein Militärkonvoi durch brennende Reifen und Stroh gestoppt. In mehreren Städten wurde gegen die Manöver, für den Austritt aus der NATO und den Abzug aller fremden Truppen demonstriet.

Böse-Prozeß: Gutachter und Richter abgelehnt

z.chs. Freiburg. Nach vier Jahren Untersuchungshaft steht der im Sommer 1978 freigesprochene Krankenpfleger R. Böse wieder vor dem Freiburger Landgericht. Den durch die damalige Bewegung gegen das Ehrenberg-Programm und zur Unterstützung Böses erzwungene Freispruch vom 7.8.78 hat der Bundesgerichtshof am 18.9.79 mit der bindenden Weisung an das jetzt zuständige Schwurgericht aufgehoben; das nach 41 Stunden ohne Schlaf, mit Drohungen usw. erpreßte ,,Geständnis" Böses müsse verwertet werden. – In der 1. Verhandlung wurden 3 Richter als Mitunterzeichner des erneuten Haftbefehls als befangen von der Verteidigung abgelehnt. Diesem Antrag wurde vom Gericht nicht stattgegeben. Der Psychiatrische Gutachter Degwitz, den Böse ebenfalls als befangen ablehnte, da er die Vernehmungsfähigkeit in der 1. Nacht nach seiner Verhaftung bescheinigte, wurde vom Gericht als Gutachter ,,befreit". Böse hat in einer Erklärung am 1. Verhandlungstag die Verhältnisse im Rheinfelder Krankenhaus und die Dauer der Untersuchungshaft erneut angeprangert.

Ergebnisse der V. Delegiertenkonferenz des KBW

z.kbw.zk. 361 Delegierte nahmen an der V. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW teil, die am 20. und 21. September in Gießen stattfand. Die Delegierten debattierten und beschlossen über den Politischen Bericht und einen Organisations-und Finanzbericht des ZK-Sekretariats, über Anträge zum Statut und Anträge zu verschiedenen Fragen der politischen Linie. Der Politische Bericht (veröffentlicht in Kommunismus und Klassenkampf 9/80) wurde bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen; der Organisations- und Finanzbericht wurde ebenfalls angenommen. Im Statut wurde festgelegt, daß die Delegiertenkonferenzen und die Wahlen der Leitungen aller Ebenen künftig jährlich statt zweijährlich stattfinden. Das Prinzip der Wählbarkeit aller Leitungen von unten wurde ausdrücklich bekräftigt. Weiterhin beschlossen die Delegierten verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Demokratischen Zentralismus, zur Verbesserung der Schulungs- und Forschungstätigkeit, und zur Sicherung und Verbesserung des Publikationswesens. Um die Verbindung des ZK mit den Bezirken und Zellen zu stärken, wurde die Organisation neu gegliedert. Die Bezirksorganisationen, in denen die Zellen zusammengefaßt sind, werden nicht mehr wie früher in 12 Bezirksgruppen und drei Regionalverbänden zusammengefaßt, sondern in 10 Regionalverbänden mit eigenen gewählten Leitungen. Das neugewählte Zentrale Komitee umfaßt 45 Mitglieder. Protokoll und Beschlüsse der Delegiertenkonferenz werden gesondert veröffentlicht werden. – Die Minderheit von Delegierten, die sich vor der Delegiertenkonferenz vom KBW abgespalten hatte, ist inzwischen zur Gründung einer eigenen Organisation geschritten. Einige Dokumente dieser Abspaltung werden wir in der nächsten Ausgabe von Kommunismus und Klassenkampf veröffentlichen.

An die Leser der KVZ

Nach einem Beschluß der V. ordentlichen Delegiertenkonferenz erscheint die KVZ ab dieser Nummer mit neuer Gliederung und im Umfang von 16 Seiten. Diese Maßnahme wurde beschlossen, um die Gliederung der Zeitung übersichtlicher und die KVZ insgesamt besser lesbar zu machen. Durch die mit der Kürzung verbundene Einsparung von Kosten bei gleichbleibendem Verkaufspreis wollen wir gleichzeitig dem Ziel wieder näherkommen, die Herstellungskosten zum größten Teil aus den Verkaufserlösen zu decken.

Der Streik der Westberliner Reichsbahnarbeiter ist gebrochen worden

Direkte Verhandlungen zwischen Senat und DDR über die S-Bahn sind notwendig / Aus einem Flugblatt des KBW Westberlin

Die Reichsbahnarbeiter haben ihren Streik nach einer Woche abbrechen müssen. Keine ihrer Forderungen – nach Angleichung ihrer Löhne an die Besoldung bei der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines frei ausgehandelten Tarifvertrags, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 4 Tagen mehr Urlaub, freier Arztwahl, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Überstundenabbau – ist erfüllt. Keine ist erledigt.

Der Streik hat ein grelles Schlaglicht auf die politischen Verhältnissse in Westberlin geworfen.

Die DDR-Führung hat die Streikenden verleumdet als ,,eine Gruppe von Terroristen", ,,verbrecherische Elemente", ,,die mit allen Mitteln und unter allen Umständen die Normalisierung der Lage in Westberlin verhindern und den normalen Verkehr von und nach sowie in Westberlin unterbinden wollen" (ADN, 23.9.). Die Prawda hat von ,,nicht enden wollenden Provokationen" gegrollt. Die SEW hat alles nachgekläfft und Streikbruch betrieben.

Daraufhin haben die Streikenden erklärt, sie seien nicht mehr bereit, mit der DDR-Reichsbahndirektion zu verhandeln. Sie forderten stattdessen den Senat auf, ,,zwecks Übernahme der Betriebsrechte der Eisenbahn in Westberlin mit den Alliierten und den zuständigen Stellen der DDR Verhandlungen zu führen". Eilig trat am folgenden Morgen Bürgermeister Stobbe vor die Fernsehkameras, um die ,,bittere Wahrheit" zu verkünden, daß die Forderungen der Reichsbahner ,,an der rechtlichen und politischen Wirklichkeit Berlins vorbeigingen". Diese Wirklichkeit zeigte sich am Mittwoch, als Offiziere der britischen Besatzungsmacht die Streikenden offiziell zum Verlassen ihrer Streikzentrale, dem Containerbahnhof Moabit, aufforderten.

Am selben Tag weilten die ,,Berlin-Beauftragten der deutschen Wirtschaft" in der Stadt. ,,Man merkte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die Genugtuung an, als er auf weiter steigende Wachstumsraten und bemerkenswerte Ansiedlungserfolge hinweisen konnte" (Tagesspiegel, 24.9.). Die Herren äußerten auch ihre Genugtuung darüber, daß die Beein-

binden wollen" (ADN, 23.9.). Die Prawda hat von ,,nicht enden wollenden Provokationen" gegrollt. Die SEW hat alles nachgekläfft und Streikbruch betrieben.

Daraufhin haben die Streikenden erklärt, sie seien nicht mehr bereit, mit der DDR-Reichsbahndirektion zu verhandeln. Sie forderten stattdessen den Senat auf, ,,zwecks Übernahme der Betriebsrechte der Eisenbahn in Westberlin mit den Alliierten und den zuständigen Stellen der DDR Verhandlungen zu führen". Eilig trat am folgenden Morgen Bürgermeister Stobbe vor die Fernsehkameras, um die ,,bittere Wahrheit" zu verkünden, daß die Forderungen der Reichsbahner ,,an der rechtlichen und politischen Wirklichkeit Berlins vorbeigingen". Diese Wirklichkeit zeigte sich am Mittwoch, als Offiziere der britischen Besatzungsmacht die Streikenden offiziell zum Verlassen ihrer Streikzentrale, dem Containerbahnhof Moabit, aufforderten.

Am selben Tag weilten die ,,Berlin-Beauftragten der deutschen Wirtschaft" in der Stadt. ,,Man merkte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die Genugtuung an, als er auf weiter steigende Wachstumsraten und bemerkenswerte Ansiedlungserfolge hinweisen konnte" (Tagesspiegel, 24.9.). Die Herren äußerten auch ihre Genugtuung darüber, daß die Beein-
trächtigungen durch den Streik auf ein Minimum begrenzt werden konnten.

Zwei Klassen, entgegengesetzte Interessen. Breite Unterstützung fanden die streikenden Reichsbahner bei zahlreichen Belegschaften, Abteilungen, Gewerkschaftsgruppen, aber auch sonst bei großen Teilen der Bevölkerung. Das hat seinen Grund: Für die Arbeiterbewegung in Westberlin ist es ein unerträglicher Zustand, daß ein Teil von ihr, die 4000 Reichsbahnarbeiter, nicht den gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen wie sie unterliegen, daß sie nicht die gleichen gewerkschaftlichen Organisations- und Betätigungsrechte haben und nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Für die Volksmassen in Westberlin wurde durch den Streik erneut die Frage der Verrottung der S-Bahn aufgeworfen, die mit ihren Anlagen zu den unverzichtbaren Nahverkehrsmitteln gehört, vor allem für eine Reihe großer Belegschaften. Es werden sinnlos Millionen, wenn nicht Milliarden dafür hinausgeworfen, daß die S-Bahn von der BVG durch parallele Linien niederkonkurriert wird, bis hin zu riesigen U-Bahn-Projekten wie der Linie zum Märkischen Viertel, wo die S-Bahn längst fährt.

Gerade deswegen auch verschlingt die BVG jährlich Subventionen aus dem Stadthaushalt in Höhe von 370 Mio. DM, gezahlt aus Steuermitteln. Und gerade jetzt ist der Preis für den Einzelfahrschein auf 1,80 DM hochgeschraubt worden; für eine Netzkarte müssen künftig 120 DM im Monat gezahlt werden. Dafür arbeitet ein Arbeiter einen bis zwei volle Tage im Monat.

Bedauerlicherweise hat auch die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) den Streik nicht richtig unterstützt, sondern die skrupellose Linie des Senats unterstützt, der den Streik in einer Kampagne zur Abwerbung möglichst der gut qualifizierten Arbeiter der Reichsbahn hat ausmünden lassen. Immerhin hat die GdED jetzt zugesagt, unter den Reichsbahnern aktiv zu organisieren und den Kampf für ihre Forderungen weiterzuführen. Und immerhin ist auch die GdED dafür eingetreten, daß mit der S-Bahn etwas passieren muß.

Aber was? Die Politik des Senats entspricht nicht im geringsten den Interessen der Arbeiter und Volksmassen in Westberlin. Sie ist feige und gefährlich zugleich.

Feige ist sie in der Unterordnung unter die Besatzungsmächte, in erster Linie natürlich die US-Imperialisten, für die Westberlin nichts ist als ein vorgeschobener Stützpunkt im Machtbereich des großen Rivalen. Gefährlich ist diese Politik des Senats, weil sie sich darauf spitzt, mithilfe der Besatzungsmächte zu irgendeinem Zeitpunkt die Betriebsrechte der DDR-Reichsbahn zu kassieren, wenn das den USA gerade in den Kram ihrer Globalpolitik hineinpaßt. Natürlich wird ein solches Vorgehen in jedem Fall auf eine Berlin-Krise hinauslaufen. Das ist einkalkuliert. Auf dieselbe Weise hat im übrigen auch die Sowjetunion ein Druckmittel in der Hand, um z.B. jeden zukünftigen Streik bei der Reichsbahn, wie schon jetzt, als ,,Provokation" zu bezeichnen und ihrerseits eine Berlin-Krise zu inszenieren.

Der jetzt niedergeschlagene bzw. abgeblockte Streik der Reichsbahnarbeiter zeigt, daß es notwendig ist, um eine Politik zu kämpfen, die die Rechte dieses Teils der Westberliner Arbeiterklasse sichert und für das offene Problem der S-Bahn eine Lösung schafft.

● Eine grundsätzliche Neuregelung der Eisenbahnrechte in Westberlin ist nur denkbar und anzustreben im Rahmen eines Friedensvertrages beider deutscher Staaten mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Bis dahin muß anerkannt werden, daß die DDR-Reichsbahn auf Grundlage der in Postdam 1945 getroffenen Viermächte-Vereinbarungen die Betriebsrechte für den S-Bahnverkehr wie auch für den Transitverkehr nach Westberlin hat. Zurückzuweisen sind allerdings alle Ansprüche der DDR, hinter denen wie-

darauf spitzt, mithilfe der Besatzungsmächte zu irgendeinem Zeitpunkt die Betriebsrechte der DDR-Reichsbahn zu kassieren, wenn das den USA gerade in den Kram ihrer Globalpolitik hineinpaßt. Natürlich wird ein solches Vorgehen in jedem Fall auf eine Berlin-Krise hinauslaufen. Das ist einkalkuliert. Auf dieselbe Weise hat im übrigen auch die Sowjetunion ein Druckmittel in der Hand, um z.B. jeden zukünftigen Streik bei der Reichsbahn, wie schon jetzt, als ,,Provokation" zu bezeichnen und ihrerseits eine Berlin-Krise zu inszenieren.

Der jetzt niedergeschlagene bzw. abgeblockte Streik der Reichsbahnarbeiter zeigt, daß es notwendig ist, um eine Politik zu kämpfen, die die Rechte dieses Teils der Westberliner Arbeiterklasse sichert und für das offene Problem der S-Bahn eine Lösung schafft.

● Eine grundsätzliche Neuregelung der Eisenbahnrechte in Westberlin ist nur denkbar und anzustreben im Rahmen eines Friedensvertrages beider deutscher Staaten mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Bis dahin muß anerkannt werden, daß die DDR-Reichsbahn auf Grundlage der in Postdam 1945 getroffenen Viermächte-Vereinbarungen die Betriebsrechte für den S-Bahnverkehr wie auch für den Transitverkehr nach Westberlin hat. Zurückzuweisen sind allerdings alle Ansprüche der DDR, hinter denen wie-
derum die Sowjetunion steht, das 1 038 Hektar große Gelände der S-Bahn in Westberlin als ihr Eigentum und daher eine Art exterritoriales Hoheitsgebiet anzusehen.

● Über die Handhabung der Betriebsrechte der DDR-Reichsbahn für die S-Bahn in Westberlin und über die Finanzierung der notwendigen Aufwendungen, die im Interesse der Westberliner Bevölkerung liegen, muß der Senat zweiseitige Verhandlungen mit der DDR anstreben. Dabei gibt es überhaupt keinen Grund dafür, daß der Senat solche Verhandlungen von der Genehmigung durch die Besatzungsmächte abhängig macht. Vielmehr müssen zweiseitige Verhandlungen mit der DDR gerade dazu dienen, nach allen Seiten hin ein Stück Souveränität für Westberlin durchzusetzen. Es ist eine Tatsache, daß die DDR-Reichsbahn dem Senat mehrfach solche Verhandlungen über die S-Bahn angeboten hat. Mehrere Lösungen sind denkbar: Zum Beispiel die Übernahme der Betriebsrechte der DDR gegen eine Gebühr; oder aber die Einbeziehung der S-Bahn in einen Westberliner Verkehrsverbund als Dachgesellschaft, bei Aufrechterhaltung des Betriebs durch die Reichsbahn, wobei eine einheitliche Verkehrsplanung im Rahmen einer einheitlichen Finanzierung der BVG wie der S-Bahn über den Westberliner Haushalt angestrebt werden könnte.

● Es müßte ausdrücklich zum Gegenstand solcher Verhandlungen gemacht werden, daß die Reichsbahnarbeiter in Westberlin arbeitsrechtlich und hinsichtlich ihrer gewerkschaftlichen Organisationsrechte, damit auch in den Lohntarifen u.a. den Arbeitern bei BVG und Bundesbahn gleichgestellt werden müssen.





Kundgebung der Streikenden, nachdem sie zuvor von einem britischen Offizier zum Verlassen des Streikzentrums im Containerbahnhof Moabit aufgefordert worden waren. Die Besatzer übergaben an die Bahnpolizei der Reichsbahn – Der Stellwerksmeister Wolfgang Röschke hatte das Stellwerk Halensee den Streikenden übergeben. Kurz danach wurde es von Bahnpolizisten mit Äxten aufgebrochen und gestürmt. Röschke war vor drei Jahren aus Ost-Berlin übersiedelt, langjähriges SED-Mitglied. In der Zeit des Boykott-Aufrufs gegen die S-Bahn in Westberlin nach 1961 wurden die Reichsbahner als ,,Agenten Ulbrichts" usw. attackiert und beschimpft. Ausgerechnet der DGB stellte damals Posten vor die S-Bahnhöfe mit Schildern wie ,,Jeder S-Bahnfahrer bezahlt Ulbrichts Stacheldraht!" Nach 20 Jahren Arbeit für die Reichsbahn wurde der Stellwerksmeister jetzt fristlos entlassen. Erfahrungen, durch die der Arbeiterklasse in Westberlin ihre besondere Rechtlosigkeit wie die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Organisierung überdeutlich vorgeführt wurde.

Schildern wie ,,Jeder S-Bahnfahrer bezahlt Ulbrichts Stacheldraht!" Nach 20 Jahren Arbeit für die Reichsbahn wurde der Stellwerksmeister jetzt fristlos entlassen. Erfahrungen, durch die der Arbeiterklasse in Westberlin ihre besondere Rechtlosigkeit wie die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Organisierung überdeutlich vorgeführt wurde.

,,Da spielen andere Mächte eine Rolle ..."

Interview mit einem Mitglied der Streikleitung der Reichsbahnarbeiter

,,Da spielen andere Mächte eine Rolle ..."

Interview mit einem Mitglied der Streikleitung der Reichsbahnarbeiter

Du bist im Streikrat der Reichsbahn. Wie kam es zu dem Streik?

Die Einweiser und die Kranführer des Container-Bahnhofs in Moabit haben damit angefangen. Das hat sich dann schnell rumgesprochen. Da kamen plötzlich Rangierleiter rin und so, und dann haben wir das bei uns in der STM (Starkstrommeisterei) am Donnerstag vormittag erfahren. Wir sind dann Donnerstag nach Arbeit um halb vier hingegangen. Nachdem wir gesehen haben, daß da die ganzen Kollegen einheitlich streiken, haben wir gesagt o.k., dann bleiben wir da, und haben gleich die erste Nacht da geschlafen.

Was waren die Motive für den Streik?

Da hats Kollegen gegeben, die haben 16 Stunden gearbeitet jeden Tag. Und da ist denn auch einer umgekippt, wohl mit Herzinfarkt, der ist im Krankenhaus. Und da haben wir so die Schnauze voll gehabt. Das ist ja auch eine der ersten Forderungen gewesen, die wir aufgestellt hatten: Abbau der Überstunden, weil ... naja, 16 Stunden am Tag arbeiten, kannst du dir ja

Du bist im Streikrat der Reichsbahn. Wie kam es zu dem Streik?

Die Einweiser und die Kranführer des Container-Bahnhofs in Moabit haben damit angefangen. Das hat sich dann schnell rumgesprochen. Da kamen plötzlich Rangierleiter rin und so, und dann haben wir das bei uns in der STM (Starkstrommeisterei) am Donnerstag vormittag erfahren. Wir sind dann Donnerstag nach Arbeit um halb vier hingegangen. Nachdem wir gesehen haben, daß da die ganzen Kollegen einheitlich streiken, haben wir gesagt o.k., dann bleiben wir da, und haben gleich die erste Nacht da geschlafen.

Was waren die Motive für den Streik?

Da hats Kollegen gegeben, die haben 16 Stunden gearbeitet jeden Tag. Und da ist denn auch einer umgekippt, wohl mit Herzinfarkt, der ist im Krankenhaus. Und da haben wir so die Schnauze voll gehabt. Das ist ja auch eine der ersten Forderungen gewesen, die wir aufgestellt hatten: Abbau der Überstunden, weil ... naja, 16 Stunden am Tag arbeiten, kannst du dir ja
vorstellen, was übrigbleibt, ja?

Dann die Entlassungen im Frühjahr, und überhaupt die ganze Art, wie die Lohnverhandlung und die Lohnerhöhung durchgeführt werden. Dann die medizinische Versorgung. Also daß man keine freie Arztwahl hat, daß man versichert ist in der DDR. Du hast oft nur einen Arzt zur Wahl in der Poliklinik von der Reichsbahn. Wenn du zu dem kein Vertrauen hast, weil er schlecht ist, dann mußt du trotzdem zu dem hingehen. Auf der anderen Seite ist das Arztgeheimnis bei uns nicht vorhanden. Die Dienststelle kann bei den Ärzten anrufen und fragen, was los ist mit den Kollegen, ob du wirklich arbeitsunfähig bist.

Dazu kam dann die Lohnforderung?

Bei den bahnspezifischen Berufen wie Stellwerksmeister, wie Lokführer, wie Leute, die im Wagendienst arbeiten, die haben im Verhältnis zu den Kollegen bei der Bundesbahn drei oder vierhundert Mark weniger. Berufe wie wir, z. B. Elekromonteur oder Signal- und Fernmeldemechaniker oder so, die liegen ungefähr im Durchschnitt. Eins der großen Probleme ist die Jahresendprämie, die wie ein 13. Monatsgehalt bezahlt wird, die muß nicht gezahlt werden, die wird nur gezahlt, wenn du dir das Jahr über nichts zuschulden hast kommen lassen. Das heißt also, die können dir eine ganze Jahresprämie wegstreichen. Und du hast bei uns kein Urlaubsgeld, was ja draußen im öffentlichen Dienst 300 DM beträgt. Du hast bei uns keine Möglichkeit, einen Lohnsteuerjahresausgleich oder das 624-Mark-Gesetz zu machen. Wir stehen also unter einer besonderen Verwaltung, und unsere Steuern und unsere Krankenversicherung, alles wird an die DDR abgeführt. Wir sind also halbe DDR-Bürger. Deswegen haben wir Gleichstellung gefordert, weil wir als Westberliner die gleichen Rechte, die gleichen sozialen Leistungen, den gleichen Lohn verdienen wollen.

Woran ist der Streik gescheitert?

Ich glaube, Hauptproblem war, daß wir keine Organisation haben, die die Streikenden in allen Bereichen zusammenfaßte. Die, die in der Streikleitung waren, mußten erst einmal selber Erfahrungen machen, weil sie mit so einer Situation auch noch nie was zu tun hatten. Man kann davon ausgehen, daß ungefähr 80% der Reichsbahner mit dem Streik symphatisiert haben. Es waren viele Kollegen, die zu uns gekommen sind nach Feierabend, die noch nicht gestreikt haben und die teilweise mitgekriegt haben, daß da keine richtige Organisierung hinter ist, die waren natürlich zurecht ängstlich.

Wie war die Unterstützung der DGB-Gewerkschaften und der Mitglieder?

Da muß man unterscheiden. Die DGB-Gewerkschaften an sich haben uns nicht unterstützt, die Mitglieder, also

ben wir Gleichstellung gefordert, weil wir als Westberliner die gleichen Rechte, die gleichen sozialen Leistungen, den gleichen Lohn verdienen wollen.

Woran ist der Streik gescheitert?

Ich glaube, Hauptproblem war, daß wir keine Organisation haben, die die Streikenden in allen Bereichen zusammenfaßte. Die, die in der Streikleitung waren, mußten erst einmal selber Erfahrungen machen, weil sie mit so einer Situation auch noch nie was zu tun hatten. Man kann davon ausgehen, daß ungefähr 80% der Reichsbahner mit dem Streik symphatisiert haben. Es waren viele Kollegen, die zu uns gekommen sind nach Feierabend, die noch nicht gestreikt haben und die teilweise mitgekriegt haben, daß da keine richtige Organisierung hinter ist, die waren natürlich zurecht ängstlich.

Wie war die Unterstützung der DGB-Gewerkschaften und der Mitglieder?

Da muß man unterscheiden. Die DGB-Gewerkschaften an sich haben uns nicht unterstützt, die Mitglieder, also
Betriebsräte, Vertrauensleute oder einfache Kollegen, da war die Unterstützung groß gewesen. Das war eigentlich die größte Unterstützung, die wir überhaupt bekommen haben. Es gab auch viele Bürger, die mit selbstgebackenem Kuchen rumgekommen sind.

Die einzigen, die uns als Gewerkschaft direkt unterstützt haben, ist die GEW, die hat uns also, nachdem wir aus der Zentrale rausmußten, nen Raum zur Verfügung gestellt usw.

Warum seid ihr an den Senat herangetreten zwecks Verhandlungen über die Bahn?

Das wird heute von der Streikleitung als Fehler eingeschätzt. Wir wollten den Senat und die Westalliierten zwingen, Stellung zu nehmen, aber daß wir gesagt haben, wir verhandeln nicht mehr mit der DDR, sondern wir wollen, daß die Betriebsrechte vom Senat übernommen werden, das war ein klarer Fehler gewesen. Wer den Betrieb hat, ob die DDR oder der Senat, kann uns eigentlich egal sein. Für uns ist nur wichtig, daß wir die gleichen Rechte und den gleichen Lohn haben wie die Kollegen in Westberlin. Im Moment hat den Betrieb die DDR, und wir hätten auch unsere Forderungen an die DDR stellen müssen, beziehungsweise bestimmte Forderungen an den Senat, aber nicht daß er die Betriebsrechte übernimmt. Das hätte auch bedeutet, daß der Status geändert werden müßte. Da spielen andere Mächte eine Rolle, also die Westalliierten und die russischen Alliierten, die die Welt aufgeteilt haben, und nicht wegen 3000 Eisenbahnern neue Grenzen ziehen.

Wie hat sich der Senat verhalten und wie haben sich die Alliierten verhalten während der Auseinandersetzung, am Anfang und am Ende?

Also am Anfang hatte ich den Eindruck, daß sie uns erstmal unterstützen wollten. Dafür vielleicht zwei Beispiele. Das erste ist, daß Stobbe kurz nach Anfang des Streiks im Fernsehen gesagt hat, er sei solidarisch mit dem Streik. Und nachdem wir Bahnhof Zoo besetzt hatten am Samstag, da ist ein hoher Westberliner Polizeioffizier gekommen, der letzte, der zwischen den Alliierten und der Polizei stand. Und der, drei Personen vom Streikkomitee und der Bereichsleiter der Polizei vom Bahnhof Zoo, wir sind zusammen ins Stellwerk gegangen, und der hat uns dort versichert, die Betriebsrechte hat klar die Deutsche Reichsbahn, die Bahnpolizei darf jedes Gebäude betreten, aber wir haben das Streikrecht, und wenn wir im Gebäude sitzen und es besetzt haben, dann schützt uns die Polizei vor Gewaltanwendung durch die Bahnpolizei.

Nachdem Stobbe dann im Fernsehen geäußert hatte, daß kein Interesse besteht, den Status quo zu verändern, hat sich die ganze Situation schlagartig verändert. Die Polizei hat die gewaltsa-

Also am Anfang hatte ich den Eindruck, daß sie uns erstmal unterstützen wollten. Dafür vielleicht zwei Beispiele. Das erste ist, daß Stobbe kurz nach Anfang des Streiks im Fernsehen gesagt hat, er sei solidarisch mit dem Streik. Und nachdem wir Bahnhof Zoo besetzt hatten am Samstag, da ist ein hoher Westberliner Polizeioffizier gekommen, der letzte, der zwischen den Alliierten und der Polizei stand. Und der, drei Personen vom Streikkomitee und der Bereichsleiter der Polizei vom Bahnhof Zoo, wir sind zusammen ins Stellwerk gegangen, und der hat uns dort versichert, die Betriebsrechte hat klar die Deutsche Reichsbahn, die Bahnpolizei darf jedes Gebäude betreten, aber wir haben das Streikrecht, und wenn wir im Gebäude sitzen und es besetzt haben, dann schützt uns die Polizei vor Gewaltanwendung durch die Bahnpolizei.

Nachdem Stobbe dann im Fernsehen geäußert hatte, daß kein Interesse besteht, den Status quo zu verändern, hat sich die ganze Situation schlagartig verändert. Die Polizei hat die gewaltsa-
me Räumung zugelassen. Und am letzten Tag, also am Montag, sind Westalliierte plus Polizei gekommen und haben uns also nahegelegt, unsere Zentrale, den Containerbahnhof, zu verlassen. Sonst wären sie gezwungen, den Bahnhof zu räumen und der Bahnpolizei zu übergeben. Und gegen so'ne militärische Übermacht hatten wir natürlich keine Chance gehabt. Wir hätten dann eine Beule gehabt, aber die Zentrale hätten wir nicht halten können.

Laut Tagesspiegel wurde auf der letzten Streikversammlung im Containerbahnhof die Forderung an den Senat gerichtet, die S-Bahn zu subventionieren.

Ja, die habe ich aufgestellt. Jeder Nahverkehrsbetrieb wird subventioniert, die BVG auch. Die DDR will bei der S-Bahn in Westberlin das Defizit nicht tragen. Weder Senat noch die Reichsbahn dürfen das auf unserem Rücken austragen. Unsere Arbeitsplätze hängen z.T. an der Subventionierung, und der Nahverkehr durch die S-Bahn ebenso.

Was macht ihr jetzt?

Der Streik ist beendet. Es gibt jetzt einen Beschluß der Streikleitung, daß die Kollegen, die entlassen worden sind, sich in der GdED organisieren.

Das ist natürlich richtig, aber so wie's geführt wird, daß man also sagt, raus aus der Bahn, alle Kollegen sollen die Bahn verlassen, das ist nicht richtig und auch nicht zu schaffen. Es wäre richtig, wenn die Kollegen, die in dem Betrieb arbeiten, sich in der GdED organisieren und von daher gleiche Rechte fordern, um dort die Front wiederaufzubauen für unsere Forderungen, denn diese sind nicht erledigt. Der Kampf kann ja weitergehen.

Schwedische Regierung legt Sparprogramm vor

z.coi.Stockholm. ,,Wir können nicht einander für alles bezahlen, was wir im Dienst der Gesellschaft leisten. Wir müssen einen Spielraum für freiwillige Leistungen schaffen und zu solch einem Verantwortungsgefühl stimulieren, der solche Leistungen in der Kranken- und Sozialpflege ermöglicht. Wir müssen die Eltern auffordern, aktiveren Anteil an der Schularbeit zu erbringen und das Schulbudget zu entlasten'', schrieb Gyllenhammar, Chef des Volvo-Konzerns, im August. Damals war die Regierung längst in diesem Sinne in Bewegung gesetzt, vorige Woche hat nun das ,,öffentliche Sparpaket'' von 6,3 Mrd. SKr. (2,7 Mrd. DM) das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Am 13.10. soll der Reichstag darüber beschließen, vermutlich mit einer Stimme Mehrheit gegen Sozialdemokraten und Revisionisten. Nach den kürzlich beschlossenen Steuererhöhungen ist dies der zweite Schlag, den die Arbeiterklasse und die Volksmassen einstecken sollen. Das sei erst der Anfang, droht der Wirtschaftsminister auf der Pressekonferenz, in den kommenden Jahren müsse jährlich mindestens 1% des Bruttonationalproduktes auf diese Weise eingespart werden.

Unter den Hauptposten des Pakets sind die Streichungen der Nahrungsmittelsubventionen von derzeit gut 4 Mrd. SKr. um 550 Mio., Erhöhung der Arztgebühren von 20 auf 40 SKr. pro Besuch und der Rezeptgebühren von zwischen 10 und 25 SKr. auf 20 bis 40 SKr.; Kürzung des Wohngeldes, Streichung von 2% des staatlichen Schulbudgets und Senkung der Renten. Letzteres soll geschehen durch Entkoppelung der jährlichen Rentenanpassung an die Inflation vom amtlichen Konsumentenpreisindex. Die Regierung will die Renten stattdessen an einen Verbraucherpreisindex anbinden, der von der Erhöhung der Energiepreise (Elektrizität, Heizöl, Benzin usw.) und aller indirekten Steuern bereinigt ist. Damit sollen den 1,9 Mio. Rentnern Lebensmittel im Werte von 700 Mio. Skr. entzogen werden. Darüberhinaus soll das Wohngeld gesenkt werden, auf das die Rentner mit sehr niedrigen Renten Anspruch haben, und die Teilrenten direkt gesenkt werden. Teilrentner heißen die Lohnabhängigen zwischen 60 und 65 Jahren, die nur noch teilzeitig arbeiten können und 65% des Lohnausfalls aus der Rentenversicherung bekommen. Die Regierung will den Rentenanteil auf 50% des Lohnausfalls senken.

Die Bourgeoisie begründet die Rentensenkung u. a. mit der relativ höheren Steigerung der Renten gegenüber den Löhnen in den letzten Jahren. Durch die Anbindung der Renten an den amtlichen Verbraucherindex konnten in den Expansionszeiten des schwedischen Imperialismus, mit niedriger Inflationsrate, die Renten relativ zu den Löhnen gesenkt werden. Jetzt, in Zeiten hoher Inflationsraten, wird der Bourgeoisie die ,,Ungerechtigkeit'' solcher Verfahrensweise schmerzhaft an der Abnahme der Rücklagen der Versicherungskassen bewußt.

,,Neue Opposition'' in den Philippinen: Radikalere Töne, aber alte Absichten

z.mat.Sydney. Die Entwicklung der Volkskämpfe in den Philippinen bereiten den USA, die das Land mit dem Marinestützpunkt Subic Bay und dem Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base zu einem Eckpfeiler ihrer Militärpräsenz in Südostasien gemacht haben, zunehmend Unbehagen. Wirtschaftlich halten sie das Land gefesselt wie eh und je. Erst in diesen Tagen konnten sie den Abbau von Schutzzöllen, Ausdehnung von Importlizenzen und die Erschließung neuer Energiequellen als Bedingungen für einen neuen Weltbankkredit durchsetzen. Für die politische Fesselung reicht das aber nicht aus. In der KVZ 28/80 berichteten wir, wie daß Marcos-Regime unter dem Druck der Volkskämpfe Verschleißerscheinungen zeigt. Seit geraumer Zeit suchen die US-Imperialisten deshalb nach einer bürgerlichen Opposition, die unter der Forderung nach Abschaffung des Kriegsrechts die Volksbewegung auffangen könnte. Die Wahlen im Februar bescherten ihnen die

Beendigung des Kriegsrechts kann die alten Absichten nicht verdecken: Ausbeutung und imperialistische Plünderung. Aber wenn das Programm der Opposition auch keine Forderungen zur Besserung der sozialen Lage der Massen enthält und die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit, sozialer Gerechtigkeit und selbständiger Wirtschaft auch aus Marcos-Reden bekannt sind, beschleunigt das Manöver den Gährungsprozeß im Land. Roxas, ehemaliger Senator und Oppositionsmitglied: ,,Ich glaube, wir alle werden schon bald bedeutungslos sein, weil die Ereignisse uns überholen werden.''

Der Ruf nach freien Wahlen und Beendigung des Kriegsrechts kann die alten Absichten nicht verdecken: Ausbeutung und imperialistische Plünderung. Aber wenn das Programm der Opposition auch keine Forderungen zur Besserung der sozialen Lage der Massen enthält und die Forderungen

Der Krieg um Shatt al-Arab

Hinterlassenschaft osmanischer und britischer Fremdherrschaft

z.chm. 15 km tief, entlang einer Front von 500 km Länge sind irakische Truppen in den Iran einmarschiert. Die iranische Erdölproduktion ist von 1,7 Mio. Barrel/Tag auf 500000 Barrel herabgesunken. Erdölprodukte müssen rationiert werden. Infolge der Bombardierung der Erdölraffinerien von Basra durch die iranische Luftwaffe mußte der Irak seine Erdöllieferungen einstellen. Der irakische Verteidigungsminister erklärte: ,,Der Krieg wird sofort aufhören, wenn der Iran unsere Rechte und unsere volle Souveränität über Shatt al-Arab anerkennt.'' Shatt al-Arab ist die 160 km lange Bucht, die die Mündung von Euphrat und Tigris mit dem Persischen Golf verbindet. Im persischen Sassanidenreich (221 – 651 n.u.Z.) bilden der Irak (Mesopotamien, Zweistromland) zusammen mit Fars, die am Ostufer des Persischen Golfes gelegene Provinz Irans, die Kerngebiete des Reiches. Ktesiphon, die Hauptstadt der Sassaniden, lag dort, wo heute Bagdad liegt. Nach der islamisch-arabischen Eroberung im Jahre 637 und dem endgültigen Zusammenbruch des Sassanidenreiches 14 Jahre später wird Irak – der Name stammt von den arabischen Eroberern und bedeutet ,,das Land mit den tiefen Wurzeln'' – Sitz des islamischen Khalifats der Abbasiden (750 – 1258 n.u.Z.). Die Beduinenstämme siedeln in den fruchtbaren Flußebenen, weiter als Khuzistan ins Innere des Landes sind sie kaum vorgedrungen (die Einheimischen nennen Khuzistan bald Arabistan, Land der Araber). So ist z.B. in Fars, das südlich von Khuzistan liegt, bis ins 9. Jahrhundert hinein das Pahlevi (Mittelpersisch) weitverbreitet. Von Anfang an wohnt eine Mischbevölkerung von Arabern und Persern in Khuzistan. Basra, als Garnisonsstadt des Beduinenheeres aufgebaut, wird für Irak und für Fars und Khuzistan Hafen und Absatzmarkt.

Schon Mitte des 9. Jahrhunderts entstehen lokale persische Dynastien, die mehr oder weniger die Autorität des Khalifen anerkennen. (Das Maß der Anerkennung schlägt sich immer nieder in dem, was sie an Steuereinnahmen an Bagdad schicken.) Die ersten Revolten gegen die Zentralregierung entstehen in diesem Gebiet, gemeinsam von den iranischen Bauern und den seßhaft gewordenen Beduinen. Der erste islamische Bürgerkrieg Mitte des 7. Jahrhunderts, der die Spaltung der islamischen Gemeinde in zwei Glaubensrichtungen, Shi'a und Sunna, zum Ergebnis hat, wurzelt in diesen Revolten. Die islamischen Khalifatshistoriker belegen diese Aufstände, die sich in der Regel zu Unabhängigkeitsbewegungen von der Zentralregierung entwickelten, mit dem Schimpfwort ,,Shu'ubiyya'', einem rassistisch gefärbten Sammelbegriff, für ,,antiarabische'' Separationsbestrebungen, der auch in der jetzigen Auseinandersetzung von der irakischen Regierung benutzt wird. Mit den Safawiden (15. Jh.) vollzieht sich die endgültige Lostrennung Persiens vom restlichen islamischen Reich, das seit dem 13. Jh. von den Osmanen beherrscht wird. Der Shiismus wird Staatsreligion in Persien, in Konfrontation mit den Osmanen, die Sunniten sind. Bis 1639 versuchen beide Reiche, den Irak ihrem Machtbereich einzuverleiben. Den Osmanen gelingt es. Irak bleibt bis zum Ersten Weltkrieg eine Provinz des Osmanischen Reiches. Als die britischen und die französischen Imperialisten die Beute teilen, marschieren britische Truppen in Irak ein, werden aber sofort wieder vertrieben. Großbritannien läßt sich im Vertrag von Sèvres (1921) Irak als Mandat zuschustern, wird jedoch gezwungen, einen Vertrag mit der irakischen Regierung abzuschließen, der ihr weitgehende ökonomische und militärische Privilegien einräumt, ihr aber keine militärische Präsenz im Irak gestattet.

1945 tritt Irak der arabischen Liga bei und nimmt teil an dem ersten Verteidigungskrieg der arabischen Nation gegen den zionistischen Kolonialstaat im Jahre 1948. Die US-Imperialisten zwingen das Land mit Hilfe der korrupten Königsfamilie, 1956 in den CENTO-Pakt einzutreten, dem Großbritannien, Iran, Pakistan und Türkei angehören. 1958 fegen nationalgesinnte Offiziere den König Faisal weg und erklären den Irak zur Arabischen Republik. Der Schah, von den US-Imperialisten zum Wachhund am Golf aufgerüstet, erfüllt seine Aufgabe in bezug auf den Irak, indem er die Kurdenaufstände unterstützt, während er die kurdische Minderheit im eigenen Land unterdrückt. 1969 annulliert er einen Vertrag, den Großbritannien mit Iran und Irak 1937 abgeschlossen hatte und der den ganzen Shatt al-Arab irakischer (damals gleich britischer) Vorherrschaft unterstellt. Dem vorausgegangen war 1913 ein Protokoll zwischen dem britischen Imperialismus und dem Osmanischen Reich, in dem festgelegt wurde, daß die Grenze mitten durch die Bucht verläuft. Das Schahregime besetzt die drei Inseln Großer Tumb, Kleiner Tumb und Abu Moussa im Persischen Golf, kaum daß die britischen Truppen abgezogen waren. Die Inseln gehören den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Besetzung der Inseln ist die Vorbereitung auf die Invasion in Dhofar, der Südprovinz Omans, wo das Schahregime gemeinsam mit den britischen Imperialisten gegen das um seine Befreiung kämpfende omanische Volk einen Ausrottungskrieg führt. Durch die Vermittlung Algeriens schließen Irak und Iran 1975 den Vertrag über Schatt al-Arab. Irak wird zu diesem Vertragsschluß gezwungen, da es nicht in der Lage ist, den Aufstand des kurdischen Volkes so zu beenden, daß es die Forderungen der irakischen Kurden nach Autonomie, Selbstbestimmung und Beteiligung an dem Ölreichtum, der in Irakisch Kurdistan konzentriert ist, angemessen berücksichtigt, was dem Schah und den beiden Supermächten alle Möglichkeiten der Subversion im Irak öffnet. Daß der Vertrag dem Irak aufgezwungen wurde vom Schahregime, barg in sich den Kern für zukünftige Auseinandersetzungen. Die Unterstützung der irakischen Kurden durch die Islamische Republik Iran und die Aurufe Ayatollah Khomeinys zum Sturz der irakischen ,,Ketzer, die den Pfad des Islams verlassen haben'', waren Anlaß für die irakische Regierung, Iraks Position im Golfgebiet durch die Zurückeroberung Schatt al-Arabs zu stärken.



mittelsubventionen von derzeit gut 4 Mrd. SKr. um 550 Mio., Erhöhung der Arztgebühren von 20 auf 40 SKr. pro Besuch und der Rezeptgebühren von zwischen 10 und 25 SKr. auf 20 bis 40 SKr.; Kürzung des Wohngeldes, Streichung von 2% des staatlichen Schul-

driger Inflationsrate, die Renten relativ zu den Löhnen gesenkt werden. Jetzt, in Zeiten hoher Inflationsraten, wird der Bourgeoisie die ,,Ungerechtigkeit'' solcher Verfahrensweise schmerzhaft an der Abnahme der Rücklagen der Versicherungskassen bewußt.

schen Khalifats der Abbasiden (750 – 1258 n.u.Z.). Die Beduinenstämme siedeln in den fruchtbaren Flußebenen, weiter als Khuzistan ins Innere des Landes sind sie kaum vorgedrungen (die Einheimischen nennen Khuzistan bald Arabistan, Land der Araber). So ist z.B. in Fars, das südlich von Khuzistan liegt, bis ins 9. Jahrhundert hinein das Pahlevi (Mittelpersisch) weitverbreitet. Von Anfang an wohnt eine Mischbevölkerung von Arabern und Persern in Khuzistan. Basra, als Garnisonsstadt des Beduinenheeres aufgebaut, wird für Irak und für Fars und Khuzistan Hafen und Absatzmarkt.

Schon Mitte des 9. Jahrhunderts entstehen lokale persische Dynastien, die mehr oder weniger die Autorität des Khalifen anerkennen. (Das Maß der Anerkennung schlägt sich immer nieder in dem, was sie an Steuereinnah-

sten die Beute teilen, marschieren britische Truppen in Irak ein, werden aber sofort wieder vertrieben. Großbritannien läßt sich im Vertrag von Sèvres (1921) Irak als Mandat zuschustern, wird jedoch gezwungen, einen Vertrag mit der irakischen Regierung abzuschließen, der ihr weitgehende ökonomische und militärische Privilegien einräumt, ihr aber keine militärische Präsenz im Irak gestattet.

1945 tritt Irak der arabischen Liga bei und nimmt teil an dem ersten Verteidigungskrieg der arabischen Nation gegen den zionistischen Kolonialstaat im Jahre 1948. Die US-Imperialisten zwingen das Land mit Hilfe der korrupten Königsfamilie, 1956 in den CENTO-Pakt einzutreten, dem Großbritannien, Iran, Pakistan und Türkei angehören. 1958 fegen nationalgesinnte Offiziere den König Faisal weg und erklären den Irak zur Arabischen Re-

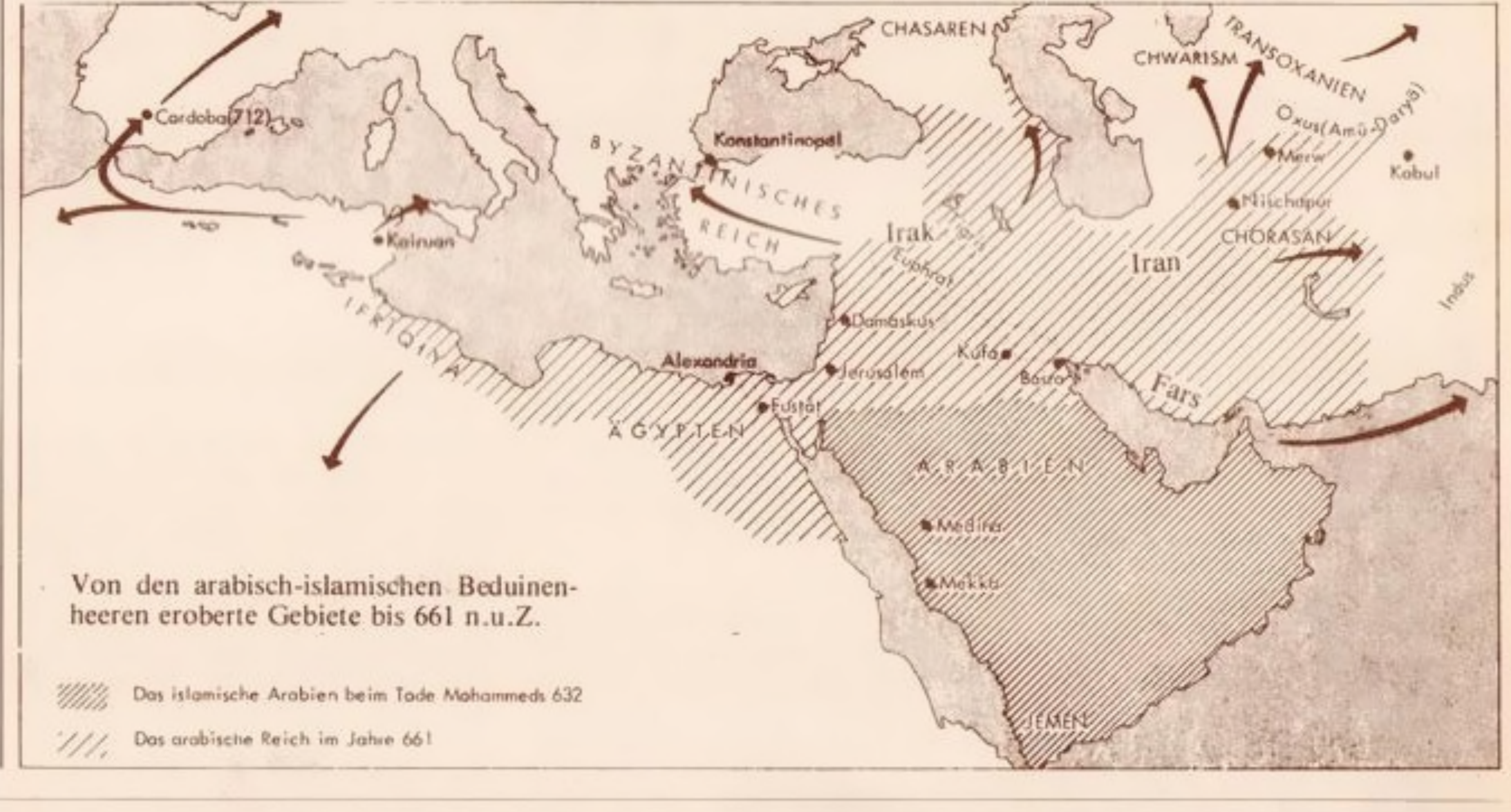
al-Arab. Irak wird zu diesem Vertragsschluß gezwungen, da es nicht in der Lage ist, den Aufstand des kurdischen Volkes so zu beenden, daß es die Forderungen der irakischen Kurden nach Autonomie, Selbstbestimmung und Beteiligung an dem Ölreichtum, der in Irakisch Kurdistan konzentriert ist, angemessen berücksichtigt, was dem Schah und den beiden Supermächten alle Möglichkeiten der Subversion im Irak öffnet. Daß der Vertrag dem Irak aufgezwungen wurde vom Schahregime, barg in sich den Kern für zukünftige Auseinandersetzungen. Die Unterstützung der irakischen Kurden durch die Islamische Republik Iran und die Aurufe Ayatollah Khomeinys zum Sturz der irakischen ,,Ketzer, die den Pfad des Islams verlassen haben'', waren Anlaß für die irakische Regierung, Iraks Position im Golfgebiet durch die Zurückeroberung Schatt al-Arabs zu stärken.

,,Neue Opposition'' in den Philippinen: Radikalere Töne, aber alte Absichten

z.mat.Sydney. Die Entwicklung der Volkskämpfe in den Philippinen bereiten den USA, die das Land mit dem Marinestützpunkt Subic Bay und dem Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base zu einem Eckpfeiler ihrer Militärpräsenz in Südostasien gemacht haben, zunehmend Unbehagen. Wirtschaftlich halten sie das Land gefesselt wie eh und je. Erst in diesen Tagen konnten sie den Abbau von Schutzzöllen, Ausdehnung von Importlizenzen und die Erschließung neuer Energiequellen als Bedingungen für einen neuen Weltbankkredit durchsetzen. Für die politische Fesselung reicht das aber nicht aus. In der KVZ 28/80 berichteten wir, wie daß Marcos-Regime unter dem Druck der Volkskämpfe Verschleißerscheinungen zeigt. Seit geraumer Zeit suchen die US-Imperialisten deshalb nach einer bürgerlichen Opposition, die unter der Forderung nach Abschaffung des Kriegsrechts die Volksbewegung auffangen könnte. Die Wahlen im Februar bescherten ihnen die schmerzliche Erfahrung, daß die Volkskämpfe für eine Opposition unter Ausschluß der Kommunistischen Partei keinen Raum mehr lassen: Nur die Kommunisten können uns zu einer Massenbasis verhelfen, erkärten bürgerliche Oppositionspolitiker damals und verzichteten auf eine Kandidatur (siehe Bericht in der KVZ 7/80).

Der Ruf nach freien Wahlen und Beendigung des Kriegsrechts kann die alten Absichten nicht verdecken: Ausbeutung und imperialistische Plünderung. Aber wenn das Programm der Opposition auch keine Forderungen zur Besserung der sozialen Lage der Massen enthält und die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit, sozialer Gerechtigkeit und selbständiger Wirtschaft auch aus Marcos-Reden bekannt sind, beschleunigt das Manöver den Gährungsprozeß im Land. Roxas, ehemaliger Senator und Oppositionsmitglied: ,,Ich glaube, wir alle werden schon bald bedeutungslos sein, weil die Ereignisse uns überholen werden.''

Der Ruf nach freien Wahlen und Beendigung des Kriegsrechts kann die alten Absichten nicht verdecken: Ausbeutung und imperialistische Plünderung. Aber wenn das Programm der Opposition auch keine Forderungen zur Besserung der sozialen Lage der Massen enthält und die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit, sozialer Gerechtigkeit und selbständiger Wirtschaft auch aus Marcos-Reden bekannt sind, beschleunigt das Manöver den Gährungsprozeß im Land. Roxas, ehemaliger Senator und Oppositionsmitglied: ,,Ich glaube, wir alle werden schon bald bedeutungslos sein, weil die Ereignisse uns überholen werden.''



Von den arabisch-islamischen Beduinenheeren eroberte Gebiete bis 661 n.u.Z.

Kim legt Revision ein Proteste gegen Todesurteil

z.wos. Am 19.9. hat der zum Tode verurteilte südkoreanische Oppositionsführer Kim Dae-jung Berufung eingelegt. Die DVR Korea hat am Freitag Gespräche über eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit dem Süden boykottiert. – In der ganzen Welt rief das Urteil Proteste hervor. Das Komitee zur friedlichen Wiedervereinigung und die Demokratische Vaterländische Einheitsfront in der DVR Korea haben das Todesurteil als ungeheuerliche Willkür bezeichnet, die von den USA gedeckt sei. Sofort nach seinem Bekanntwerden am 17. hat in Japan der ,,Verbindungsrat zur Rettung Kims'' zu Kundgebung und Demonstration aufgerufen. Am Abend beteiligten sich über 10000 daran, unter ihnen der Vorsitzende der Sozialistischen Partei sowie Funktionäre der KPJ und anderer Oppositionsparteien. Die Mobilisierung ging hauptsächlich vom Gewerkschaftsverband SOHYO aus, der auch Versammlungen während der Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben organisierte. In Frankreich fordern CGT und CFDT die Freilassung Kims. Unter diese Forderung sammeln auch Studenten- und Juristenverbände in Thailand Unterschriften; u.a. haben sie über 100 Abgeordnete der Regierungs- und Oppositionsparteien gewonnen. – Schmidts Telegramm an den neuen Ministerpräsidenten Nam und Genschers Erklärungen sind keine ausreichenden Schritte. Für die Unterstützung der demokratischen Bewegung in Südkorea müssen sich hier jetzt besonders die Gewerkschaften einsetzen.

Islamische Staaten für Ausschluß Israels aus der UNO

z.chm. Die Konferenz der islamischen Staaten in Fes, Marokko, hat beschlossen, alle Mittel einzusetzen, um einen Ausschluß des zionistischen Kolonialstaates aus der UNO zu erreichen. Die wiederholte Mißachtung der Beschlüsse der Weltorganisation durch Israel, vor allem des Jerusalem-Beschlusses, und die rassistische Politik gegenüber dem palästinensischen Volk, die im Gegensatz zur Charta der Vereinten Nationen steht, rechtfertigen diesen Ausschluß. Bei ihren Eröffnungsreden bekräftigten der Präsident von Senegal, Senghor, und von Guinea, Sekou Touré, den arabisch-islamischen Charakter Jerusalems. Der Sekretär der Islamischen Konferenz, Habib Shatti, erläuterte den Aufruf des saudiarabischen Königs Khaled zum Heiligen Krieg für die Befreiung Jerusalems: ,,Der Heilige Krieg, der Djihad, ist die politische Aktion, verlängert durch die wirtschaftliche Aktion und zu Ende geführt durch den Krieg.'' Am Samstag wird Shatti in Bagdad und Teheran erwartet, um zwischen Irak und Iran zu vermitteln.

NATO für Verhandlungen über Mittelstreckenraketen

z.hev. Die NATO schlägt der Sowjetunion die Aufnahme von Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Raketenrüstung in Europa für den 15. Oktober in Genf vor. Sie reagiert damit auf den von Breschnew über Schmidt während dessen Moskaubesuch Ende Juni gemachten Vorschlag. Das belgische Kabinett will die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf belgischem Territorium nur zulassen, wenn Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt zu keinem Ergebnis führen. Der Konsultativausschuß der NATO erörterte am 15. und 16. September, wie weit die SU ihre atomaren Mittelstreckenraketen (SS 20) nach Osten zurückziehen soll und sprach sich dafür aus, die sog. ,,Forward-Based-Systems'', das sind Flugzeuge und U-Boote, die mit ihren Raketen sowjetisches Territorium erreichen können, nicht zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Die NATO ist auch nicht von ihrem Beschluß, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, abgerückt. Aus diesen Gründen ist im sowjetischen Fernsehen als erste Reaktion die Bereitschaft der NATO zu Verhandlungen bezweifelt worden.

Türkische Militärregierung führt IWF-Programm fort

z.frb. Die regierenden Generale in der Türkei wollen die Wirtschaftspolitik der Regierung Demirel, die sie gestürzt haben, fortsetzen. Dies erklärte in Ankara Turgut Ozal, der das Programm unter Demirel zusammengestellt hatte, gegenüber der Financial Times. Ozal war vor dem Militärputsch Unterstaatssekretär beim Premierminister, nun ist er stellvertretender Premierminister. Diese Woche sollen Verhandlungen mit den international tätigen Bankmonopolen zur Umschuldung fälliger 3 Mrd. Dollar Auslandsschulden aufgenommen werden. Auch das ,,Sanierungsprogramm'', das der Internationale Währungsfonds im Januar von der Türkei für die Gewährung eines 1,65 Mrd. Dollar Kredits abverlangt hatte, wird fortgesetzt. Die Türkei hat Auslandsschulden von etwa 20 Mrd. Dollar und mußte bereits einen Teil der Industrie lahmlegen, weil die Rohstofflieferungen nicht mehr bezahlt werden konnten. Die Hauptgläubiger, vor allem die USA und im Verbund mit ihnen die westdeutschen Imperialisten, hatten dies genutzt, um ein Programm durchzusetzen, das ihnen das Land öffnet. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Reduzierung der staatlichen Unternehmen, die 47% der Industrieproduktion stellen; der Versuch, Import von Fertigwaren durch eigene Produktion zu ersetzen, sollte damit beendet werden. Ozal vertritt sein Land auf der Jahrestagung des Währungsfonds in Washington und wird bei dieser Gelegenheit mit US-Banken verhandeln. Es könne fünf Jahre dauern, bis die türkische Wirtschaft wieder hergestellt sei, erklärte er.



Robert Mugabe spricht während seines Besuches in den USA auf einer Veranstaltung in Harlem

Die Armee – eine produktive Kraft
Auszüge aus einer Parlamentsrede Robert Mugabes

,,Einige Leute fragen sich, ob der Staat wirklich eine Armee dieser Größe aufrechterhalten kann. Tatsächlich unterscheidet sich hier wahrscheinlich unsere Auffassung von der einiger unserer Kommandeure, vor allem derjenigen, die nach dem alten militärischen System ausgebildet wurden. Wir stellen der Armee zwei Aufgaben, so haben wir auch unsere eigenen Guerillastreitkräfte aufgebaut. Sie hatten die Aufgabe, für die Befreiung zu kämpfen. Sie hatten zusätzlich die Aufgabe, Nahrungsmittel anzubauen, auf der Basis der Selbstversorgung. Sie hatten natürlich auch politische Aufgaben unter den Volksmassen durchzuführen (Hört, Hört!) Die Armee muß zwei Aufgaben haben. (Hört, Hört!) Sie muß eine Verteidigungsstreitkraft sein, sie muß eine Sicherheitsstreitkraft sein, und sie muß auch eine Streitkraft der Produktion sein. (Hört, Hört!)

Wenn es alte Auffassungen gibt, die dem entgegenstehen, müssen diese verschwinden. Ein Soldat hat ein Gewehr zu tragen, darüberhinaus muß er aber auch eine Hacke, einen Hammer oder einen Spaten in die Hand nehmen, muß produktive Arbeiten einschließlich Bauarbeiten auf Gebieten übernehmen, zu denen er sich am besten eignet. Die Operation ,,Seed" ist nur der Anfang eines Prozesses. Sie ist nicht dazu gedacht, Leute aus den Versammlungsorten zu beschäftigen, die sonst keine Verwendung in der Armee finden. Das ist nicht der Zweck. Sie ist Teil der Entwicklung der Ausbildung in der Armee, sie ist tatsächlich die Basis, auf der die Armee aufgebaut werden soll. Die Armee soll produzieren, während sie sich ausbildet.

Die Frage der Größe stellt sich also nicht, denn wenn die Armee eine Quelle von Einkünften des Staates ist, sehe ich keinen Grund, warum wir uns über die Ausgaben Sorgen machen sollten. Wenn sie produziert, und in großem Maßstab produziert, dann wird sicherlich ein Teil der Ausgaben, die die Regierung für die Armee aufbringt, ausgeglichen durch die Einnahmen, die Waren, die Produkte erbringen werden, die von der Armee hergestellt werden. Deswegen beabsichtigt die Regierung, daß jeder in den Versammlungsorten, der gewillt ist, in der Armee zu bleiben, vorausgesetzt er ist dazu gesundheitlich und vom Alter her qualifiziert, die Möglichkeit hat, in der Armee zu bleiben."

,,Ich bin der Auffassung, daß mehr politische Ausbildung nötig ist, zwischen ZANU und ZAPU, mehr politische Bewußtheit. Dies ist die Erfahrung vieler unserer Kollegen. Sind wir bewußt genug, ist unsere politische Bewußtheit groß genug, uns zu befähigen, das Prinzip der Versöhnung umzusetzen, die Tatsache zu akzeptieren, daß das Bestehen politischer Differenzen uns nicht gegenseitig zu Feinden machen sollte, sondern zu politischen Gegnern? Ist da Gewalt angebracht? ... Wofür wir gekämpft haben, war Unabhängigkeit, sie dies Ziel haben wir erreicht. Im Kampf für Unabhängigkeit sind viele auf beiden Seiten gefallen. Aber sollen weiterhin Menschen sterben? Diese Frage sollten wir uns in den Zentralkomitees der ZANU und der ZAPU stellen, und diese Frage sollten wir uns auch auf unseren Versammlungen stellen, warum sollten wir fortfahren, uns gegenseitig zu töten?"

Schrittweise Bodenreform in Zimbabwe

Budgetdebatte in Zimbabwes Parlament / Regierung konkretisiert Pläne zum Wiederaufbau

z.lup. ,,Es gibt keinen Zweifel daran, daß das Hauptmotiv unseres Befreiungskampfes der Kampf um Land war", erklärte der Minister für Land, Umsiedlung und ländliche Entwicklung, Sidney Sekeramayi, während der Budgetdebatte im zimbabwischen Parlament. ,,Jedermann in diesem Haus weiß, daß die Politik der früheren Regierungen absichtlich eine Situation herbeigeführt hat, in der die Mehrheit unseres Volkes auf den ausgelaugten Böden der Stammesgebiete zusammengepfercht wurde. Ohne Infrastruktur, sandige Böden, und übervölkert. Sie wissen, daß dieses Land schließlich geteilt wurde in 16 Millionen Hektar kommerziell genutztes und 17 Millionen Hektar kommunales Gemeindeland, und der größte Teil des Gemeindelandes ist dem kommerziell genutzten Land unterlegen. Ein weiteres Ergebnis der historischen Entwicklung besteht darin, daß der Boden in diesem Land in Besitz von Leuten ist, die in England oder den Vereinigten Staaten von Amerika leben, abwesenden Großgrundbesitzern ... Es ist unhaltbar, daß so viele Menschen in unserem Land hungern, weil sie kein Land haben, während sich große Gebiete des Landes im Besitz von abwesenden Großgrundbesitzern befinden. Wir stehen vor zwei großen Problemen: der Unzufriedenheit unseres Volkes und

len auf das ,,käufliche Land", auf dem sich in den letzten Jahren afrikanische Mittelbauern angesiedelt hatten, 75% auf die großen kommerziellen europäischen Farmen. An dem landwirtschaftlichen Handel waren diese 1979 sogar zu 90% beteiligt.

Die Durchschnittsgröße einer europäischen Farm in Zimbabwe beträgt 2290 Hektar. Während in den Stammesgebieten das Land – offiziellen Schätzungen zufolge – 17mal intensiver kultiviert ist, als ökologisch wünschenswert wäre, sind 40% des europäischen Landes nicht oder nur ungenügend landwirtschaftlich genutzt.

Als Dringlichkeitsmaßnahme hat die Regierung Zimbabwes mit Unterstützung des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen dafür gesorgt, daß in den kommenden Wochen 55000 Tonnen an Saatgut in die Stammesgebiete und an die neuangesiedelten Flüchtlinge verteilt werden, zusätzlich verschiedene einfache landwirtschaftliche Geräte. Die Verteilung des Saatgutes erfolgt über 1000 landwirtschaftliche Zentren und steht in Verbindung mit Ausbildungsprogrammen für die Bauern. Es liegt aber auf der Hand, daß eine wirksame Verbesserung der Lage der Bauern ohne Enteignung des europäischen Farmlandes nicht mög-

prüft, um die Enteignung des Landes zu erzwingen, ist die Erhebung einer Steuer auf ungenutztes Land.

Während der laufenden Budgetdebatte hat die Regierung Zimbabwes auf den verschiedenen Gebieten ihr Programm zum Wideraufbau des Landes konkretisiert. Es ist klar, daß jeder dieser Schritte auf den erbitterten Widerstand der ehemaligen Kolonialherren stößt und zunehmend auch von Hetze in der imperialistischen Presse begleitet wird. Gegenwärtig finden in Zimbabwe Distriktwahlen statt, die die Macht der von der Kolonialregierung eingesetzten Distriktkommissare schrittweise einschränken und schließlich ablösen und die Volksmacht von unten her sichern werden. Die Wahl der Gemeinderäte und Provinzräte soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Die Integration der verschiedenen Armeen zu einer einheitlichen nationalen Armee ist inzwischen in Gang gekommen, gegenwärtig sind 3 integrierte Bataillone geschaffen worden, bis Jahresende sollen es 9 sein. Die Einheiten der Guerillastreitkräfte werden aus den im ganzen Land verteilten Versammlungsorten in Baracken in der unmittelbaren Umgebung der Großstädte verlegt.

Robert Mugabe spricht vor Angehörigen der ZANLA-Streitkräfte in einem Versammlungsort

Budgetdebatte in Zimbabwes Parlament / Regierung konkretisiert Pläne zum Wiederaufbau

z.lup. ,,Es gibt keinen Zweifel daran, daß das Hauptmotiv unseres Befreiungskampfes der Kampf um Land war", erklärte der Minister für Land, Umsiedlung und ländliche Entwicklung, Sidney Sekeramayi, während der Budgetdebatte im zimbabwischen Parlament. ,,Jedermann in diesem Haus weiß, daß die Politik der früheren Regierungen absichtlich eine Situation herbeigeführt hat, in der die Mehrheit unseres Volkes auf den ausgelaugten Böden der Stammesgebiete zusammengepfercht wurde. Ohne Infrastruktur, sandige Böden, und übervölkert. Sie wissen, daß dieses Land schließlich geteilt wurde in 16 Millionen Hektar kommerziell genutztes und 17 Millionen Hektar kommunales Gemeindeland, und der größte Teil des Gemeindelandes ist dem kommerziell genutzten Land unterlegen. Ein weiteres Ergebnis der historischen Entwicklung besteht darin, daß der Boden in diesem Land in Besitz von Leuten ist, die in England oder den Vereinigten Staaten von Amerika leben, abwesenden Großgrundbesitzern ... Es ist unhaltbar, daß so viele Menschen in unserem Land hungern, weil sie kein Land haben, während sich große Gebiete des Landes im Besitz von abwesenden Großgrundbesitzern befinden. Wir stehen vor zwei großen Problemen: der Unzufriedenheit unseres Volkes, und
der Tatsache, daß dieses Land oft nicht genutzt wird."

Zimbabwe gehört zu den Ländern Afrikas mit den reichsten natürlichen Ressourcen – sowohl was die Bodenschätze angeht, wie auch hinsichtlich der Fruchtbarkeit des Bodens. Von den natürlichen Bedingungen her ist die Landwirtschaft Zimbabwes ausgezeichnet in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren und darüberhinaus in bedeutendem Umfang Nahrungsmittel zu exportieren. Tabak, Rindfleisch, Mais, Baumwolle, Zucker, Milchprodukte, Weizen, Geflügel, Kaffee, Schweine, Tee und Sojabohnen sind – in absteigender Reihenfolge – die wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukte. Aber: In diesem Jahr ist Zimbabwe zum ersten Mal gezwungen, Mais zu importieren, um die Ernährung seiner Bevölkerung zu sichern. Hauptsächlich geht das auf die Folgen des Krieges zurück, es ist aber auch Ergebnis der Struktur der Landwirtschaft. Die afrikanischen Bauern in den Stammesgebieten betreiben zum überwiegenden Teil Subsistenzproduktion. Die großen kommerziellen Farmer produzieren hauptsächlich für den Export. Preissenkungen für Mais auf dem Weltmarkt haben zu einer Einschränkung der Anbaugebiete für Mais geführt, die soweit ging, daß nicht einmal die einheimischen Bedürfnisse befriedigt werden können, so daß jetzt die notwendig gewordenen Maisimporte bedeutende Preissteigerungen auf dem inländischen Markt herbeigeführt haben. Die Kolonialherrschaft hat zu einer immensen Fesselung der Produktivkräfte der afrikanischen Bauern in den Stammesgebieten geführt. An der gesamten landwirtschaftlichen Produktion des Landes waren diese 1979 lediglich mit 20% beteiligt. 5% entfie-

len auf das ,,käufliche Land", auf dem sich in den letzten Jahren afrikanische Mittelbauern angesiedelt hatten, 75% auf die großen kommerziellen europäischen Farmen. An dem landwirtschaftlichen Handel waren diese 1979 sogar zu 90% beteiligt.

Die Durchschnittsgröße einer europäischen Farm in Zimbabwe beträgt 2290 Hektar. Während in den Stammesgebieten das Land – offiziellen Schätzungen zufolge – 17mal intensiver kultiviert ist, als ökologisch wünschenswert wäre, sind 40% des europäischen Landes nicht oder nur ungenügend landwirtschaftlich genutzt.

Als Dringlichkeitsmaßnahme hat die Regierung Zimbabwes mit Unterstützung des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen dafür gesorgt, daß in den kommenden Wochen 55000 Tonnen an Saatgut in die Stammesgebiete und an die neuangesiedelten Flüchtlinge verteilt werden, zusätzlich verschiedene einfache landwirtschaftliche Geräte. Die Verteilung des Saatgutes erfolgt über 1000 landwirtschaftliche Zentren und steht in Verbindung mit Ausbildungsprogrammen für die Bauern. Es liegt aber auf der Hand, daß eine wirksame Verbesserung der Lage der Bauern ohne Enteignung des europäischen Farmlandes nicht mög-
lich ist. Die bei den Lancaster-Verhandlungen im letzten Jahr vereinbarte Verfassung setzt der Enteignung des Landes Grenzen. In Lancaster hatten sich die Befreiungsbewegungen verpflichtet, nach der Unabhängigkeit Land nur gegen finanzielle Kompensationen zu enteignen, während die britischen und amerikanischen Imperialisten zugesagt hatten, eine ,,Afrikanische Entwicklungsbank" zu gründen und Finanzen für den Aufkauf von Land zur Verfügung zu stellen. Die USA und Großbritannien haben ihre Zusagen nicht eingehalten, die für den Wiederaufbau des Landes zugesagte Hilfe, die größtenteils in Form von Krediten gegeben wird, liegt weit unterhalb der in Lancaster genannten Summen. Eine große Zahl europäischer Farmer hat ungenutztes Land zum Verkauf angeboten – zu weit überhöhten Preisen, wobei sie sich zusätzlich die Tatsache zunutze machen, daß Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Infrastruktur nur durchgeführt werden können, wenn große zusammenhängende Gebiete erworben und den afrikanischen Bauern zur Verfügung gestellt werden können. Dementsprechend prüft die Regierung Zimbabwes, wie sie innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens die Enteignung und Neuverteilung des Landes erzwingen kann. ,,In Lancaster, auf dem Papier, erschien es als ein Problem. Aber jetzt stellen wir fest, daß es im Grunde einfach ist" erklärte E. Zvobgo, Minister für Wohnungen und Lokalverwaltung. ,,Wir haben festgestellt, daß die Mehrheit der Farmer bis über die Ohren bei der Regierung verschuldet ist. Also ist es nur die Frage einer Verfallserklärung: ,,Zahlt uns, was ihr uns schuldet, oder wir nehmen euch eure Farm." Eine andere Möglichkeit, die die Regierung Zimbabwes

prüft, um die Enteignung des Landes zu erzwingen, ist die Erhebung einer Steuer auf ungenutztes Land.

Während der laufenden Budgetdebatte hat die Regierung Zimbabwes auf den verschiedenen Gebieten ihr Programm zum Wideraufbau des Landes konkretisiert. Es ist klar, daß jeder dieser Schritte auf den erbitterten Widerstand der ehemaligen Kolonialherren stößt und zunehmend auch von Hetze in der imperialistischen Presse begleitet wird. Gegenwärtig finden in Zimbabwe Distriktwahlen statt, die die Macht der von der Kolonialregierung eingesetzten Distriktkommissare schrittweise einschränken und schließlich ablösen und die Volksmacht von unten her sichern werden. Die Wahl der Gemeinderäte und Provinzräte soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Die Integration der verschiedenen Armeen zu einer einheitlichen nationalen Armee ist inzwischen in Gang gekommen, gegenwärtig sind 3 integrierte Bataillone geschaffen worden, bis Jahresende sollen es 9 sein. Die Einheiten der Guerillastreitkräfte werden aus den im ganzen Land verteilten Versammlungsorten in Baracken in der unmittelbaren Umgebung der Großstädte verlegt.

nicht dazu gedacht, Leute aus den Versammlungsorten zu beschäftigen, die sonst keine Verwendung in der Armee finden. Das ist nicht der Zweck. Sie ist Teil der Entwicklung der Ausbildung in der Armee, sie ist tatsächlich die Basis, auf der die Armee aufgebaut werden soll. Die Armee soll produzieren, während sie sich ausbildet.

wir erreicht. Im Kampf für Unabhängigkeit sind viele auf beiden Seiten gefallen. Aber sollen weiterhin Menschen sterben? Diese Frage sollten wir uns in den Zentralkomitees der ZANU und der ZAPU stellen, und diese Frage sollten wir uns auch auf unseren Versammlungen stellen, warum sollten wir fortfahren, uns gegenseitig zu töten?"



Robert Mugabe spricht vor Angehörigen der ZANLA-Streitkräfte in einem Versammlungsort

Japan knüpft neue Beziehungen in Asien

Sondierungsgespräche mit der DVR Korea / Kapitalisten bändeln mit Heng Samrin an

z.wos. Zum ersten Mal ist im August eine Delegation von Vertretern großer japanischer Konzerne zu Gesprächen und Besichtigungen in die Demokratische Volksrepublik Korea gereist. Japan hat mit der DVRK noch immer keine diplomatischen Beziehungen. Es existiert nur ein minimaler Handelsaustausch. Nach dieser Reise ist besonders in den Wirtschaftszeitungen eine Diskussion im Gange, wie die Bedingungen stehen, jetzt auch mit dem sozialistischen Nordkorea ins Geschäft zu kommen. Die hohe Wachstumsrate des Werts der Industrieproduktion (1978/79: 14,5%) und die Agrarproduktion von insgesamt 9 Mio. t werden bewundert, andererseits melden die Kommentatoren Zweifel daran an, ob denn die Zahlungsbilanz gesund sei. Werden nicht Probleme entstehen, wenn Nordkorea Industrieanlagen aus dem Ausland erwerben will? (Japan Economic Journal, 23.9.1980) Eine im September die DVRK bereisende Delegation des Asien-Afrika-Instituts der Regierungspartei LDP äußerte, in den wenigen Handelsgeschäften bisher habe es kaum Zahlungsverzögerungen seitens Nordkoreas gegeben. Was allerdings die Produktivität betrifft, so habe man in einer nordkoreanischen Lokomotiven-Fabrik gesehen, daß diese niedriger sei als in einer vergleichbaren Fabrik in Japan.

Der Grund dafür, daß jetzt – neben den schon seit einiger zunehmenden Besuchen von Gewerkschafts- und JSP-Delegationen – auch Delegationen der Kapitalistenverbände und der LDP immer häufiger nach Nordkorea reisen, liegt einmal in der unsicheren und krisenhaften Situation in Südkorea, zum andern aber in der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Stärke der DVRK. Gerade wegen ihres hohen Kapitaleinsatzes im Süden wird den japanischen Kapitalisten die Lage dort etwas mulmig. Das Todesurteil gegen Kim Dae-jung beruhigt sie keineswegs, fürchten sie doch weitere ,,Instabilität". Außerdem steht ihre Südkorea-Politik innenpolitisch unter Beschuß. Den Norden können sie nicht mehr ignorieren. Selbst der LDP-Delegationsleiter hat erklärt, die ,,Bedrohung aus dem Norden" habe nichts mit der Wirklichkeit zu tun. (Asahi-Shimbun, 19.9.) Aber auch dort suchen sie jetzt nach Profitmöglichkeiten.

Aus dem gleichen Interesse an rechtzeitiger Absicherung und – wie sie es sehen – Anpassung an die Realitäten hat eine Kapitalistenfraktion Handelsbeziehungen mit dem Heng-Samrin-Regime in Kampuchea aufgenommen. Im August haben 21 Firmen unter dem Aushängeschild der ,,Japan-Kampuchea Trade Association" in Phnom Penh ein Abkommen mit der ,,Staatlichen Kambodschanischen Export-Import-Gesellschaft" unterzeichnet. Sie wollen Gummi, Holz und landwirtschaftliche Produkte im Austausch gegen Maschinenersatzteile und pharmazeutische Grundstoffe. Das Heng-Samrin-Regime beabsichtigt, zunächst 200 t Kapot – eine baumwollartige Faser zum Stopfen von Kissen und Decken – zu liefern. Alle Zahlungen sollen übrigens in DM über die Niederlassung der vietnamesischen Außenhandelsbank in Ho-Chi-Minh-Stadt abgewickelt werden. – Die ASEAN-Staaten sehen das neue Abkommen als grobe Mißachtung ihrer von der japanischen Regierung unterstützten Politik gegenüber dem Marionettenregime. Die in Bangkok erscheinende ,,Nation" greift die ,,Geld-über-alles-Ethik" jener geheim bleibenden Firmen an, während sich die japanische Regierung herausredet. In Wahrheit ist diese informiert und billigt das Abkommen, kommt sie doch auf diese Weise an die sonst unzugänglichen Informationen über die politische und wirtschaftliche Lage unter dem Heng-Samrin-Regime heran.

Gleichzeitig wollen die japanischen Kapitalisten jetzt von neuem verschiedene Sibirien-Projekte ankurbeln. Sie fühlen sich übers Ohr gehauen, weil sie die US-Sanktionen gegen die UdSSR befolgen und folglich ihr Handel mit der UdSSR zurückgeht. wogegen derjenige anderer westlicher Länder, z.B. Frankreichs, ansteigt. Zudem sind sie weiter auf der Jagd nach Energiequellen. Afghanistan hin, Afghanistan her. Mit dieser Einstellung fanden sie natürlich beim stellvertretenden sowjetischen Außenhandelsminister Suskow, der am 8.9. in Tokyo Gespräche führte, bereitwilliges Entgegenkommen. Suskow sprach auch gleich die gemeinsame Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen in den Gewässern vor Sachalin an. Die UdSSR wünscht außerdem neue Kredite von rund 3 Mio. $.

Höhere Bodenpreise beschleunigen Konzentration

z.gas. Anfang September veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke für 1979. Danach wurden von rund 27000 landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 26070 ha Landwirtschaftsfläche für rund 794 Mio. DM gekauft. Während die verkaufte Landwirtschaftsfläche von 1978 auf 79 um 1300 ha sank, stieg der Kaufwert im Durchschnitt von 25265 DM je ha auf 30474 DM um 18%, bei einer Fläche zwischen 2 und 5 ha sogar um 27% auf 32115 DM je ha. Zum einen vergrößerte sich die verkaufte Fläche je Kauffall und zum anderen stiegen die Kaufwerte je ha gerade dort am stärksten, wo die kleinen Bauern gezwungen sind, ihren Hof aufzugeben, so bei Böden mit geringer Ertragsfähigkeit um 21%. Während die zunehmende Landarmut die Bauern dazu zwingt, ihre Anbauflächen zu erweitern, mußten sie 1979 für denselben Hektar Land um bis zu 27% mehr zahlen als 1978. Diese rund 6000 DM je ha fehlen dann wieder, um die Maschinerie zu erneuern. Gleichzeitig konzentrierte sich die Nachfrage auf Landwirtschaftsflächen mit geringer und mittlerer Ertragsfähigkeit, auf das Land der Nebenerwerbsbauern, deren Erlös aus der Landwirtschaft nicht mehr ausreicht, die aber, bevor sie den Hof aufgeben, die paar gebliebenen Hektar Land und den Hof nach Feierabend bewirtschaften.

Höhere Kartoffelpreise

z.gkr. 7 bis 10 DM für 25 kg Einkellerungskartoffeln bei Abholung werden die Kartoffelpreise voraussichtlich betragen, 7,7 bis 11% mehr als vor einem Jahr erwartet. Die Ursache sei, so der Handel, der alleine daran verdienen wird, die kleine Kartoffelernte: um 5,7% verringerte Anbaufläche und vor allem im Bundesdurchschnitt eine 22% niedrigere Ernte auf Grund des nassen Sommers, die höchsten Ausfälle dürften bei ca. 36% liegen.

Höchste Ausgaben bei Einpersonenhaushalt

z.gkr. Das statistische Bundesamt veröffentlichte die Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für 1978:
Ein-Personenhaushalt 293 DM
Zwei-Personen-Haushalt 272 DM
Drei-Personen-Haushalt 223 DM
Vier-Personen-Haushalt 187 DM
Zwei Tendenzen zeigen sich in diesen Zahlen: einerseits ist die Ernährung in einem größeren Haushalt ökonomischer zu organisieren, andererseits stehen in der Regel auch nur geringere Mittel pro Person zur Verfügung. Beides zeigt sich in der Untersuchung des Statistischen Bundesamtes: Danach gehen die steigenden Pro-Kopf-Ausgaben in erster Linie auf das Konto von

DGB-Vorschläge für neue EG-Agrarpolitik

In Ansätzen gegen die Spaltung von Arbeitern und Bauern, aber noch im Fahrwasser der Bourgeoisie

z.ulw. In einer agrarpolitischen Stellungnahme sprach sich der DGB für eine Änderung der EG-Agrarpolitik aus. Die bisherige Politik „führe nicht nur zu wachsenden Überschüssen und Finanzlasten, sondern löse auch nicht die zentralen Probleme der Landwirtschaft, denn sie komme am meisten den landwirtschaftlichen Großbetrieben und den ohnehin begünstigten Agrarregionen zugute." Dies ist gegenüber früheren Äußerungen des DGB ein Fortschritt, denn sie klärt, daß es nicht die einfachen Bauern sind, die den Nutzen von den aus Steuergeldern finanzierten Agrarpreissubventionen haben. Wenn die Gewerkschaften nicht mehr als Unterstützung für die Hetze der Bourgeoisie gegen die Bauern herhalten, ist das günstig. In der Hauptsache setzt die DGB-Kritik an der EG-Agrarpolitik allerdings an anderen Punkten an: Wachsende Kosten durch die Überschußproduktion engten den Spielraum für die Finanzierung „struktur- und beschäftigungspolitischer Aufgaben" ein. Für die Finanzierung dieser Kosten fasse die Bundesregierung darüberhinaus die Erhöhung der Verbrauchssteuern ins Auge. Die Überschußproduktion steht im Gegensatz zum Hunger in der Welt.

Ebenso wie die Bundesregierung fordert der DGB, daß „wirksame Maßnahmen zum Abbau der Agrarüberschüsse ergriffen" und „der Anstieg der Agrarausgaben unterhalb des Anstiegs der eigenen Einnahmen der EG gehalten werden müssen." Folgende drei Maßnahmen schlägt der DGB vor: 1. Die Marktpreise sollen der zurückgebliebenen Nachfrage angepaßt werden. 2. Die „Mitverantwortungsabgabe im Milchsektor soll weiter angehoben werden, wenn die zuletzt beschlossene Erhöhung nicht zum Erfolg führt". 3. Ein „System direkter Einkommenshilfen" soll die „einkommenspolitische Funktion der Preispolitik" ergänzen und teilweise ablösen. Bisher haben die staatlich garantierten Mindestpreise als Hebel gedient, den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft zu beschleunigen. Betriebe mit relativ hoher Produktivität konnten durch die künstlich festgesetzten Preise überdurchschnittliche Gewinne einstreichen, und so den Ausbau hin zu kapitalistischer Großproduktion beschleunigen. Die kleineren, weniger produktiven Betriebe fielen dadurch in der Konkurrenz noch weiter zurück, und ihre Ruinierung wurde besiegelt. Auf die Dauer hat das Monopolkapital allerdings kein Interesse an der Finanzierung von Extraprofiten für diese Teile der Bauern, sondern liegt ihr Interesse gerade darin, durch möglichst große Verbilligung der Lebensmittel den Wert der Ware Arbeitskraft drücken zu können.



Zerstückelte Felder in Hessen. Auf Grundlage der Fesselung durch das Privateigentum bedeutet „Flurbereinigung" Ruinierung der kleinen Bauern

Eine der Ursachen der Überproduktion ist, daß die kleinen Bauern keine andere Wahl haben, als die Viehhaltung auszudehnen, weil ihnen die Erweiterung der Produktion bodenabhängiger Erzeugnisse durch Zukauf von Land zumeist versperrt ist. Diese Bauern werden durch die „Mitverantwortungsabgabe" am meisten getroffen. Den Vorschlag der direkten Einkommensbeihilfen, den der DGB aufgreift, verhandelt die Bourgeoisie unter dem Gesichtspunkt, daß sie darüber den demagogischen Druck gegen die Bauern verstärken könnte – weil „direkte Subventionierung" und somit für jeden sichtbar. Außerdem könnte man, so die Überlegung, diese Zahlungen in Form von Freibeträgen beim Steuerabzug gewähren und darüber die Bauern endlich vollständig zur Steuerveranlagung zwingen.

Der Druck auf die kleineren Bauern wird so nicht gemildert. Ihre Ruinierung wird höchstens vollendet. Die Gewerkschaften müssen am Bündnis der Arbeiterbewegung mit den Bauern interessiert sein. Dabei kann es aber nicht darum gehen, die historisch rückständige landwirtschaftliche Kleinproduktion zu erhalten, sondern darum, die Vernichtung dieser Produktionsweise *durch Ruinierung* der Bauern zu bekämpfen.

Die USA sind der größte Verkäufer, die Sowjetunion der größte Käufer auf dem Getreideweltmarkt

z.krk. Die USA und die Sowjetunion sind die zwei bestimmenden Faktoren des Getreide-Weltmarktes, aber in sehr verschiedener Weise. Sie stellen sozusagen die zwei entgegengesetzten Pole dar: die USA sind die größten Verkäufer, die Sowjetunion ist der größte Käufer von Getreide. Die Ernteergebnisse und die Handelspolitik der beiden Regierungen bestimmen also zu einem beachtlichen Maß, wieviel und zu welchem Preis die Völker in den Ländern zu essen haben werden, die ihre Lebensmittelversorgung nicht aus eigener Kraft sicherstellen können. Denn Getreide ist nicht nur, was den direkten Verzehr von Brot oder anderen Grundformen von Speisen betrifft, entscheidend: es ist auch die Grundlage der Fleischproduktion.

Nach bisherigen Schätzungen (die Ernte ist noch immer nicht abgeschlossen) wird das diesjährige Ergebnis der sowjetischen Getreideproduktion mit-

port und der Lagerung stellen sich erfahrungsgemäß große Verluste ein.

In der Sowjetunion dominieren die Sommergetreidesorten, für die die diesjährige Witterung nicht günstig war, sie behinderte zuerst die Aussaat und verlangsamte dann das Wachstum. Vor und während der Ernte legten langandauernde Regenfälle das Korn flach, dadurch konnten vielerorts die Mähdrescher nicht eingesetzt werden. Die Ernte zog sich dahin, da sie jetzt in zwei Phasen erledigt werden mußte: zuerst wird abgeschnitten, dann getrocknet und in einem getrennten Arbeitsgang gedroschen. Dafür wurde dann Tag und Nacht abgeschnitten, die Rückstände konnten jedoch nicht aufgeholt werden.

Nach der Verkündung des US-Getreideembargos sind nach einer ZK-Direktive die Aussaatflächen für Brotgetreide zugunsten von Futtermitteln ver-

gesehen. Auch die Belieferung mit den notwendigen Maschinen erfolgte nicht planmäßig.

Obwohl Breschnew in seiner Rede auf dem Novemberplenum 1979 die Wirksamkeit des Einsatzes von Erntehelfern stark in Frage stellte, war auch dieses Jahr die Zahl der aufs Land beorderten Soldaten, Studenten und Rentnern hoch. Infolge der schlechten Lebensbedingungen auf dem Lande findet eine andauernde Abwanderung in die Industrie statt, daher leidet die sowjetische Landwirtschaft an Arbeitskräftemangel. (Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums beschäftigt die sowjetische Landwirtschaft bei niedriger Produktivität fünf- bis sechsmal soviel Arbeitskräfte wie die amerikanische) Trotz Investitionen und Masseneinsätzen sowie optimistischer Töne der Presse sind viele Betriebsleitungen zur Einschätzung gelangt, daß es im kommenden Jahr nicht viel zu

113,8 Mio. t steigen. Bei Mais dagegen, dem die andauernde Dürre am meisten geschadet hat, wird mit einem Rückgang von 14% gerechnet, manche rechnen sogar mit 17%, was zur 4%igen Verminderung der gesamten amerikanischen Getreideproduktion führen wird. Dies entspricht der allgemeinen Tendenz in der Welt: die wichtigsten weizenexportierenden Länder, Argentinien, Australien, Kanada aber auch die west- und osteuropäischen Länder haben ihre Weizenproduktion steigern können. Die gesamte Getreideernte der Welt wird voraussichtlich 1,19 Mrd. t, 3,5% mehr betragen als 1979. Innerhalb dessen fand jedoch ein starker Rückgang bei Futtermitteln statt. 1978 748 Mio. t, 1979 nur noch 727 Mio. t, 1980 wird das Ergebnis voraussichtlich auf 720 Mio. t weiter sinken.

Die Versorgungslage ist allgemein angespannt. Nicht nur, weil der Man-

schüsse ergriffen" und „der Anstieg der Agrarausgaben unterhalb des Anstiegs der eigenen Einnahmen der EG gehalten werden müssen." Folgende

tik" ergänzen und teilweise ablösen. Bisher haben die staatlich garantierten Mindestpreise als Hebel gedient, den Konzentrationsprozeß in der Land-

Auf die Dauer hat das Monopolkapital allerdings kein Interesse an der Finanzierung von Extraprofiten für diese Teile der Bauern, sondern liegt ihr In-

duktion zu erhalten, sondern darum, die Vernichtung dieser Produktionsweise durch Ruinierung der Bauern zu bekämpfen.

Höhere Kartoffelpreise

z.gkr. 7 bis 10 DM für 25 kg Einkellerungskartoffeln bei Abholung werden die Kartoffelpreise voraussichtlich betragen, 7,7 bis 11% mehr als vor einem Jahr erwartet. Die Ursache sei, so der Handel, der alleine daran verdienen wird, die kleine Kartoffelernte: um 5,7% verringerte Anbaufläche und vor allem im Bundesdurchschnitt eine 22% niedrigere Ernte auf Grund des nassen Sommers, die höchsten Ausfälle dürften bei ca. 36% liegen.

Höchste Ausgaben bei Einpersonenhaushalt

z.gkr. Das statistische Bundesamt veröffentlichte die Pro-Kopf-Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für 1978:

Ein-Personenhaushalt	293 DM
Zwei-Personen-Haushalt	272 DM
Drei-Personen-Haushalt	223 DM
Vier-Personen-Haushalt	187 DM

Zwei Tendenzen zeigen sich in diesen Zahlen: einerseits ist die Ernährung in einem größeren Haushalt ökonomischer zu organisieren, andererseits stehen in der Regel auch nur geringere Mittel pro Person zur Verfügung. Beides zeigt sich in der Untersuchung des Statistischen Bundesamtes: Danach gehen die steigenden Pro-Kopf-Ausgaben in erster Linie auf das Konto von Genußmitteln und des Verzehrs in Gaststätten. Für Nahrungsmittel allein ist die Differenz zwischen 166 DM und 123 DM entsprechend geringer.

Samische Demonstranten in Norwegen freigesprochen

z.ref. Im Kampf gegen den Ausbau eines Riesenkraftwerkes am Alta-Fluß hat die samische Bevölkerung von Alta/Kautokeino, unterstützt durch eine breite Volksbewegung, einen wichtigen Sieg errungen. Ein Jahr, nachdem 90 Demonstranten in Stilla den Beginn der Bauarbeiten verhindert haben, wurden die drei Führer der Aktion vom Gericht in Alta freigesprochen. Der Freispruch wird mit dem Recht auf Notwehr begründet, denn der Beginn der Bauarbeiten sei unrechtmäßig gewesen. Es war dem Vertreter des Staates von Anfang an mißlungen, den Prozeß auf die Ebene „Ungehorsam gegen die Polizei" herabzuziehen. Stattdessen wurde Stück für Stück der große Schaden bewiesen, den der Ausbau für Rentierzucht, Lachsfang, Land- und Forstwirtschaft vor allem unter der samischen Bevölkerung anrichtet. So lag z.B. ein Gutachten vor, nach dem der Ausbau die Haltung von 30000 Rentieren nachhaltig beeinträchtigt. – Allein durch den Prozeßverlauf wurden viele Ausbaubefürworter für die Front gegen den Ausbau gewonnen. Gleichzeitig haben die Samek ihr Recht als Urbevölkerung verteidigt. Tore Bongo in seiner Rede: „Der Hauptgrund für mein Recht, mich vor die Baumaschinen zu setzen, ist das Recht der Samek auf Land und Wasser." Wahrscheinlich wird Berufung vor dem obersten Gericht eingelegt.

Die USA sind der größte Verkäufer, die Sowjetunion der größte Käufer auf dem Getreideweltmarkt

z.krk. Die USA und die Sowjetunion sind die zwei bestimmenden Faktoren des Getreide-Weltmarktes, aber in sehr verschiedener Weise. Sie stellen sozusagen die zwei entgegengesetzten Pole dar: die USA sind die größten *Verkäufer*, die Sowjetunion ist der größte *Käufer* von Getreide. Die Ernteergebnisse und die Handelspolitik der beiden Regierungen bestimmen also zu einem beachtlichen Maß, wieviel und zu welchem Preis die Völker in den Ländern zu essen haben werden, die ihre Lebensmittelversorgung nicht aus eigener Kraft sicherstellen können. Denn Getreide ist nicht nur, was den direkten Verzehr von Brot oder anderen Grundformen von Speisen betrifft, entscheidend: es ist auch die Grundlage der Fleischproduktion.

Nach bisherigen Schätzungen (die Ernte ist noch immer nicht abgeschlossen) wird das diesjährige Ergebnis der sowjetischen Getreideproduktion mittelmäßig ausfallen. Nach der Erntekatastrophe des letzten Jahres (179 Mio. t bei einem Bedarf, den der Landwirtschaftsminister Mesjaz auf 235 Mio. t bezifferte) ist eine gewisse Besserung zu verzeichnen. Erwartet werden 210–215 Mio. t, was aber trotzdem weit hinter den geplanten 235 Mio. t zurückbleibt. Die Vorgaben des Fünfjahrplanes können unter keinen Umständen mehr erfüllt werden. Zudem sind die sowjetischen Voraussagen mit Vorsicht zu behandeln, denn um die Weltmarktpreise auf die Nachricht einer Mißernte beim größten Käufer nicht in die Höhe schnellen zu lassen, werden in der Regel überhöhte Angaben über die Ernteerwartungen gemacht. Beim Transport und der Lagerung stellen sich erfahrungsgemäß große Verluste ein.

In der Sowjetunion dominieren die Sommergetreidesorten, für die die diesjährige Witterung nicht günstig war, sie behinderte zuerst die Aussaat und verlangsamte dann das Wachstum. Vor und während der Ernte legten langandauernde Regenfälle das Korn flach, dadurch konnten vielerorts die Mähdrescher nicht eingesetzt werden. Die Ernte zog sich dahin, da sie jetzt in zwei Phasen erledigt werden mußte: zuerst wird abgeschnitten, dann getrocknet und in einem getrennten Arbeitsgang gedroschen. Dafür wurde dann Tag und Nacht abgeschnitten, die Rückstände konnten jedoch nicht aufgeholt werden.

Nach der Verkündung des US-Getreideembargos sind nach einer ZK-Direktive die Aussaatflächen für Brotgetreide zugunsten von Futtermitteln verringert worden. Trotzdem ist es bisher nicht gelungen, die Tierproduktion ausreichend zu versorgen. Der staatliche Aufkauf von Rindern und Schweinen stagniert (bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,8%; ohne die Notschlachtungen von Januar und Februar wäre der Aufkauf ohnehin rückgängig gewesen), die Milchproduktion pro Kuh ging im Verhältnis zu 1979 um 5%, im Verhältnis zu 1978 sogar um 9% zurück, was von schlechter Fütterung zeugt.

Um gemessen an der Industrie bescheidene 3% sind die landwirtschaftlichen Investitionen gestiegen, aber die zuständigen Fabriken haben 1,2 Mio. t weniger Kunstdünger geliefert als vorgesehen. Auch die Belieferung mit den notwendigen Maschinen erfolgte nicht planmäßig.

Obwohl Breschnew in seiner Rede auf dem Novemberplenum 1979 die Wirksamkeit des Einsatzes von Erntehelfern stark in Frage stellte, war auch dieses Jahr die Zahl der aufs Land beorderten Soldaten, Studenten und Rentnern hoch. Infolge der schlechten Lebensbedingungen auf dem Lande findet eine andauernde Abwanderung in die Industrie statt, daher leidet die sowjetische Landwirtschaft an Arbeitskräftemangel. (Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums beschäftigt die sowjetische Landwirtschaft bei niedriger Produktivität fünf- bis sechsmal soviel Arbeitskräfte wie die amerikanische) Trotz Investitionen und Masseneinsätzen sowie optimistischer Töne der Presse sind viele Betriebsleitungen zur Einschätzung gelangt, daß es im kommenden Jahr nicht viel zu Essen geben wird: sie versuchen jetzt schon für ihre Kantinen Graupen- und Grützevorräte anzulegen.

Nach dem Kampf der polnischen Arbeiter hat die Sowjetunion Polen die Lieferung von 500000 t Getreide zugesagt. Neben den Käufen für den eigenen Bedarf wird sie auch diese Menge auf dem Weltmarkt kaufen müssen, nach US-Schätzungen insgesamt 30 Mio. t. Nach dem katastrophalen 79er Erntejahr sind die Vorräte aufgezehrt, daher die hohe Schätzung.

In den USA fiel die Ernte je nach Sorte sehr verschieden aus: bei Weizen ist ein neuer Rekord zu erwarten, das Exportangebot wird um 4,3% auf 113,8 Mio. t steigen. Bei Mais dagegen, dem die andauernde Dürre am meisten geschadet hat, wird mit einem Rückgang von 14% gerechnet, manche rechnen sogar mit 17%, was zur 4%igen Verminderung der gesamten amerikanischen Getreideproduktion führen wird. Dies entspricht der allgemeinen Tendenz in der Welt: die wichtigsten weizenexportierenden Länder, Argentinien, Australien, Kanada aber auch die west- und osteuropäischen Länder haben ihre Weizenproduktion steigern können. Die gesamte Getreideernte der Welt wird voraussichtlich 1,19 Mrd. t, 3,5% mehr betragen als 1979. Innerhalb dessen fand jedoch ein starker Rückgang bei Futtermitteln statt. 1978 748 Mio. t, 1979 nur noch 727 Mio. t, 1980 wird das Ergebnis voraussichtlich auf 720 Mio. t weiter sinken.

Die Versorgungslage ist *allgemein* angespannt. Nicht nur, weil der Mangel an Futtermitteln auf den Brotgetreidemarkt drückt (Brotgetreide kann auch verfüttert werden). Vor allem deswegen, weil die Ruinierung der Bauern in vielen Ländern der Dritten Welt über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Neokolonialismus zum Zusammenbruch der Getreideproduktion geführt hat. Dies gilt vor allem für die weizen- und maisproduzierenden Länder Afrikas. Anfang der 60er Jahre konnten sie 98% ihres Nahrungsmittelverbrauchs selber produzieren, heute nur etwa 80%. Diese Länder treten nun verstärkt als Käufer auf – soweit sie bezahlen können.

Gegenwärtig liegt der Getreidepreis um 15% über dem Vorjahresniveau. Seit Mitte/Ende Juni ist der Preis für Mais um 22% gestiegen. Es steht schon fest, daß die Sowjetunion wieder der größte Käufer von Getreide sein wird. Liefern werden die USA. Es besteht zwischen den beiden Ländern ein Fünfjahresabkommen, demnach die SU jährlich 8 Mio. t Getreide bei den USA kaufen kann. Diese 8 Mio. fielen ausdrücklich nicht unter das Embargo. Die SU hat in diesem Jahr bereits 2,06 Mio. t Weizen und 3,61 Mio. t Mais von den USA gekauft. Der US-Senat drängt inzwischen auf die völlige Abschaffung des Embargos. Am 26.9. verweigerte er die zur Finanzierung notwendigen Gelder.

Die Unfähigkeit der sowjetischen Supermacht, die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung zu sichern, wird über den imperialistischen Getreidemarkt die Lasten der eigenen Bevölkerung, aber auch der Länder der Dritten Welt weiter erhöhen.





Im Rayon Leninsk-Kusnezki in Sibirien wird gepflügt. Der Raubbau am Boden bei der Anlage riesiger Getreidefelder in Sibirien hat sich nicht ausgezahlt. Erosion und heftige Sandstürme haben schwere Folgen für Aussaat und Ernte.

„Unser regierender Kollege Helmut Schmidt"

z.smm. Zweimal hat Helmut Schmidt als Bundeskanzler an der Eröffnung der Gewerkschaftstage der IG Metall teilgenommen und jeweils ein Referat gehalten. 1977 und 1980. Stets beginnt er mit dem Hinweis auf seine langjährige Mitgliedschaft in einer der Einzelgewerkschaften des DGB. Stets endet er nach dem Motto: „Einer für alle. Alle für Einen." Die Absicht, die er mit seinem Auftreten auf den Gewerkschaftstagen verfolgt, ist, eine Einheit herzustellen zwischen den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften und der Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Die Arbeiterbewegung ideologisch an die Bourgeoisie zu binden und sie ihren Interessen zu unterwerfen.

Auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag bestand der Dreh der Versöhnung darin, über den Angriff auf Strauß, die Widersprüche zwischen der Politik der Bundesregierung, für die er verantwortlich ist, und den Interessen der Arbeiterbewegungen, wie sie sich z.T. in den Anträgen an den Gewerkschaftstag formulieren, zu verwischen. „Wir haben die höchsten Löhne, Herr Geißler und die höchsten Renten, Herr Stoiber." Beide saßen in der ersten Reihe der Gäste des Gewerkschaftstages. Und: „Wer sich für die gewerkschaftliche Pluralität, für die Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften ausgesprochen hat, wer den bestehenden Einheitsgewerkschaften abgesprochen hat, freiheitlich gesonnen zu sein, der soll mir vom Leibe bleiben mit seinen schnapslangen Tränen über freie Gewerkschaften in anderen Ländern." In diesem Zusammenhang konnte Schmidt ohne hörbaren Widerspruch feststellen, daß er einen Streik bei Mannesmann um die Erhaltung der Mitbestimmung ablehnt. Er hat auch den Initiativantrag aus der SPD-Bundestagsfraktion zur Sicherung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann nicht unterschrieben. Er steht damit im direkten Gegensatz zum Hauptvorstand der IG Metall und des DGB, die die Haltung zur Montanmitbestimmung zum entscheidenden Wahlprüfstein erklärt haben.

Seit 1977 hat die Mitgliederzahl der IG Metall um 4%, zugenommen. Im Zeitraum zwischen den Gewerkschaftstagen 1974 und 1977 hat die IG Metall 15 Mio. DM an Streikgeldern ausgegeben. Zwischen 1977 und 1980 waren es 174 Mio. DM. Das sind Tatsachen, die den Aufschwung der Arbeiterbewegung dokumentieren. Ebenfalls die Aufstellung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche und die Kündigung des Lohngruppenschlüssels, die tarifliche Absicherung eines sechswöchigen bezahlten Urlaubs und die Aufstellung einer Mindest/Prozentforderung im Lohnkampf 79/80. Im gleichen Zeitraum zwischen 1977 und 1980 führte die Bundesregierung die Rentensanierung durch, das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, erhöhte die Mehrwertsteuer und die indirekten Steuern, stimmte der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland und dem Nachrüstungshaushalt zu. Es sind grundsätzlich entgegenstehende Interessen, die die Sozialdemokraten im Vorstand der IG Metall und die Sozialdemokraten in der Bundesregierung zum Handeln treiben.

Hinter der Gewerkschaftssozialdemokratie steht die Arbeiterbewegung in ihrer zunehmenden Vereinheitlichung und Kampfkraft. Hinter den Regierungssozialdemokraten steht die Monopolbourgeoisie in ihrem Interesse nach Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter ihre Interessen. Schmidt soll und will beides unter einen Hut bringen. Das bringt ihn in den Gegensatz zu den Gewerkschaften, den er verwischen will. Worin zeigt sich dieser Gegensatz?

In der Entschließung 12 des Hauptvorstandes wird gefordert: „Die weitere *Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen*, als Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung ... – 35-Stunden-Woche." Schmidt in einem Interview mit der „Deutschen Handwerkszeitung" vom 19.9.: „Der *Wunsch* nach einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden liegt *langfristig* im Zuge dieser Tarifpolitik. Niemand kann heute voraussagen, wann dieses Ziel durch entsprechende *Steigerung der Produktivität erreicht werden wird.*" *Entschließung 3 des Hauptvorstandes: „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt diese militärische Aggression der Sowjetunion, er fordert den vollständigen Rückzug* der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ..." Schmidt in seiner Neujahrsansprache 79/80, zwei Tage nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan: „Mit unserer ganzen Kraft werden wir dafür sorgen ... daß uns der innere und äußere Frieden auch im kommenden Jahr erhalten bleiben ... Dabei können wir unsere *Beunruhigung* über das Vorgehen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Asien und Afrika nicht verschweigen."

Der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie wächst. Die Widersprüche zwischen Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie nehmen zu. Gleich nach dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 tauschte Schmidt in seinem Kabinett Minister aus. Mit der Hinausbeförderung Rohdes und Lebers beseitigte Schmidt die traditionellen Gewerkschaftsvertreter in der Bundesregierung endgültig.

13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Wachsende Widersprüche über Forderungen zur Regierung und Ausbeuterordnung

z.ped. 566 Delegierte legten den Kurs der mit 2,684 Mio. stärksten Einzelgewerkschaft der Welt fest. Seit dem letzten Gewerkschaftstag 1977 stieg die Mitgliederzahl um 103168. Über die Hälfte der in der Metallindustrie beschäftigten ausländischen Arbeiter sind inzwischen in der IGM organisiert. Mehr als 150000 Vertrauensleute in den Betrieben bilden ein dichtes Organisationsnetz. Schlagkräftig präsentiert sich die IGM 1980 von den reinen Zahlen her.



Man wird den Vorstand der IGM und die Masse der Delegierten nicht beleidigen, wenn man behauptet, daß ihre politische Absicht im reformistischen Ausgleich der Interessen der Arbeiter mit denen der herrschenden Kapitalisten besteht und keineswegs im Gebrauch der organisierten Kräfte, um das Lohnsystem abzuschaffen. Der Klassenkampf bringt die Widersprüche innerhalb der Gewerkschaften zwischen der Mitgliedschaft und den sozialdemokratischen Funktionären in Bewegung. Je mehr er aufbricht, um so weniger greift die sozialdemokratische Behauptung, der Klassengegensatz sei zu versöhnen. Forderungen nach Demokratie und zur Einschränkung der Ausbeutung werden im gewerkschaftlichen Aktionsprogramm verankert.

Obgleich bei Redaktionsschluß der Gewerkschaftstag noch nicht beendet war, zeigt bereits ein Vergleich der vom Vorstand vorgelegten Entschließungen 1980 zu jenen von 1977 entsprechende Fortschritte, obgleich die Entschließungen meist noch hinter die Anträge der Verwaltungsstellen zurückfallen und diese selbst ja auch nicht einfach das Votum der Mitgliedschaft darstellen, sondern nur mehr oder weniger widerspiegeln. Bezüglich der außenpolitischen Interessen mußte so auch der Gewerkschaftstag gegen eine „leidenschaftliche" Rede Loderers für Ausgewogenheit gegenüber beiden Supermächten die klare Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen durch Kampfabstimmung, die eindeutig ausfiel, durchsetzen. Wie der Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan gefordert und die US-Strategie eines begrenzten Atomkrieges verurteilt wird, so ist es entscheidend für den Kampf gegen den Krieg in Westdeutschland, daß er sich richtet gegen die Einbeziehung der BRD in die Kriegsvorbereitungen der Supermächte über die NATO-Allianz. In der entwicklungspolitischen Entschließung werden erstmals direkt Forderungen der Dritten Welt unterstützt: Zahlung von Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des Bruttosozialproduktes, Unterstützung einer neuen Weltwirtschaftsordnung sowie die Aufforderung an die Bundesregierung, den „restriktiven wirtschaftlichen Maßnahmen des Weltwährungsfonds zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung in den betroffenen Entwicklungsländern entgegenzuwirken."

Wirtschaftsdemokratie und mit Entschiedenheit ein neues Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung wird gefordert, was Wasser auf die Mühlen der Kapitalistenklasse ist. In ihren Folgen für die Lohnabhängigen wird diese sozialdemokratische Programmatik versucht, durch die Forderungen zur Steuer einerseits – „Steuergerechtigkeit erfordert, daß auch in Zukunft die Steuerprogression für Arbeitnehmer nachhaltig entschärft wird (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung der Arbeitnehmer-Freibeträge); eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Steuerbelastung der Arbeitnehmer lehnt der Gewerkschaftstag ab" – wie gegen die kapitalistische Rationalisierung – „die immer mehr darauf ausgerichtet ist, den Personalstand systematisch zu verringern, während die verbleibenden Beschäftigten zur Mehrarbeit und zu höherer Leistung gezwungen werden" – andererseits einzuschränken. Bezüglich der Schule wird das dreigliedrige Schulsystem angegriffen, die Gesamtschule als Ganztagsschule „mit dem Ziel der Einheitsschule" (Preiß) gefordert. Eine Neuregelung der Arbeitszeitordnung wird gefordert, die die „40-Stunden-Woche festschreibt und die Mehrarbeit auf ein Mindestmaß begrenzt" sowie „das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen auf alle Arbeitnehmerinnen und andere Gruppen ausdehnt". In der Arbeitsgerichtsbarkeit wird die bis zur gerichtlichen Klärung aufschiebende Wirkung des Einspruchs der Betriebsräte bei Kündigungen sowie eine „entscheidende Zurückdrängung der derzeitigen Möglichkeiten zur Kündigung kranker Arbeitnehmer" gefordert.

Bei den Bestimmungen zum wirtschaftlichen Kampf ist neu, daß sie sich gegen die wachsende Arbeitsintensität wie Nacht- und Schichtarbeit ausdrücklich richten, obgleich konkrete Forderungen der Anträge aus der Entschließung herausgehalten wurden und man schauen muß, inwieweit die Delegierten diese in der Beschlußfassung noch durchsetzen konnten. 1977 konnte die Kündigung der Lohnschlüssel, die 35-Stunden-Woche sowie ein neues Schlichtungsabkommen zwecks Einschränkung der Friedenspflicht gegenüber dem Vorstand durchgesetzt werden und dann gegenüber den Kapitalisten bis auf die 35-Stunden-Woche ebenfalls.

Im Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie wurde gegenüber dem Vorstand beschlossen, daß dieser während der Forderungsaufstellung in den Bezirken kein Volumen der Forderungshöhe wie im letzten Jahr festsetzt, während bei der Wahl der Bezirksleiter wie bei der Übernahme eines Tarifabschlusses in anderen Tarifbezirken nach wie vor der Vorstand entscheidet.

Mag das auch minimal erscheinen, insgesamt finden sich gegenüber dem 12. Gewerkschaftstag mehr positive Forderungen und Ansatzpunkte in den Beschlüssen, die im Kampf gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat genutzt werden können, um die Aktionseinheit in den Gewerkschaften auf der Grundlage des Klassenkampfes herzustellen und die Ideologie und Politik der sozialdemokratischen Verteidiger der bürgerlichen Ausbeuterordnung innerhalb der Gewerkschaften zu bekämpfen.

soll mir vom Leibe bleiben mit seinen schnapslangen Tränen über freie Gewerkschaften in anderen Ländern." In diesem Zusammenhang konnte Schmidt ohne hörbaren Widerspruch feststellen, daß er einen Streik bei Mannesmann um die Erhaltung der Mitbestimmung ablehnt. Er hat auch den Initiativantrag aus der SPD-Bundestagsfraktion zur Sicherung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann nicht unterschrieben. Er steht damit im direkten Gegensatz zum Hauptvorstand der IG Metall und des DGB, die die Haltung zur Montanmitbestimmung zum entscheidenden Wahlprüfstein erklärt haben.

Seit 1977 hat die Mitgliederzahl der IG Metall um 4%, zugenommen. Im Zeitraum zwischen den Gewerkschaftstagen 1974 und 1977 hat die IG Metall 15 Mio. DM an Streikgeldern ausgegeben. Zwischen 1977 und 1980 waren es 174 Mio. DM. Das sind Tatsachen, die den Aufschwung der Arbeiterbewegung dokumentieren. Ebenfalls die Aufstellung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche und die Kündigung des Lohngruppenschlüssels, die tarifliche Absicherung eines sechswöchigen bezahlten Urlaubs und die Aufstellung einer Mindest/Prozentforderung im Lohnkampf 79/80. Im gleichen Zeit-

Stunden liegt *langfristig* im Zuge dieser Tarifpolitik. Niemand kann heute voraussagen, wann dieses Ziel durch entsprechende *Steigerung der Produktivität erreicht werden wird.*" *Entschließung 3 des Hauptvorstandes: „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt diese militärische Aggression der Sowjetunion, er fordert den vollständigen Rückzug* der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ..." Schmidt in seiner Neujahrsansprache 79/80, zwei Tage nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan: „Mit unserer ganzen Kraft werden wir dafür sorgen ... daß uns der innere und äußere Frieden auch im kommenden Jahr erhalten bleiben ... Dabei können wir unsere *Beunruhigung* über das Vorgehen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Asien und Afrika nicht verschweigen."

Der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie wächst. Die Widersprüche zwischen Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie nehmen zu. Gleich nach dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 tauschte Schmidt in seinem Kabinett Minister aus. Mit der Hinausbeförderung Rohdes und Lebers beseitigte Schmidt die traditionellen Gewerkschaftsvertreter in der Bundesregierung endgültig.

1980 zu jenen von 1977 entsprechende Fortschritte, obgleich die Entschließungen meist noch hinter die Anträge der Verwaltungsstellen zurückfallen und diese selbst ja auch nicht einfach das Votum der Mitgliedschaft darstellen, sondern nur mehr oder weniger widerspiegeln. Bezüglich der außenpolitischen Interessen mußte so auch der Gewerkschaftstag gegen eine „leidenschaftliche" Rede Loderers für Ausgewogenheit gegenüber beiden Supermächten die klare Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen durch Kampfabstimmung, die eindeutig ausfiel, durchsetzen. Wie der Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan gefordert und die US-Strategie eines begrenzten Atomkrieges verurteilt wird, so ist es entscheidend für den Kampf gegen den Krieg in Westdeutschland, daß er sich richtet gegen die Einbeziehung der BRD in die Kriegsvorbereitungen der Supermächte über die NATO-Allianz. In der entwicklungspolitischen Entschließung werden erstmals direkt Forderungen der Dritten Welt unterstützt: Zahlung von Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des Bruttosozialproduktes, Unterstützung einer neuen Weltwirtschaftsordnung sowie die Aufforderung an die Bundesregierung, den

ergerechtigkeit erfordert, daß auch in Zukunft die Steuerprogression für Arbeitnehmer nachhaltig entschärft wird (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung der Arbeitnehmer-Freibeträge); eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Steuerbelastung der Arbeitnehmer lehnt der Gewerkschaftstag ab" – wie gegen die kapitalistische Rationalisierung – „die immer mehr darauf ausgerichtet ist, den Personalstand systematisch zu verringern, während die verbleibenden Beschäftigten zur Mehrarbeit und zu höherer Leistung gezwungen werden" – andererseits einzuschränken. Bezüglich der Schule wird das dreigliedrige Schulsystem angegriffen, die Gesamtschule als Ganztagsschule „mit dem Ziel der Einheitsschule" (Preiß) gefordert. Eine Neuregelung der Arbeitszeitordnung wird gefordert, die die „40-Stunden-Woche festschreibt und die Mehrarbeit auf ein Mindestmaß begrenzt" sowie „das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen auf alle Arbeitnehmerinnen und andere Gruppen ausdehnt". In der Arbeitsgerichtsbarkeit wird die bis zur gerichtlichen Klärung aufschiebende Wirkung des Einspruchs der Betriebsräte bei Kündi-

die 35-Stunden-Woche sowie ein neues Schlichtungsabkommen zwecks Einschränkung der Friedenspflicht gegenüber dem Vorstand durchgesetzt werden und dann gegenüber den Kapitalisten bis auf die 35-Stunden-Woche ebenfalls.

Im Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie wurde gegenüber dem Vorstand beschlossen, daß dieser während der Forderungsaufstellung in den Bezirken kein Volumen der Forderungshöhe wie im letzten Jahr festsetzt, während bei der Wahl der Bezirksleiter wie bei der Übernahme eines Tarifabschlusses in anderen Tarifbezirken nach wie vor der Vorstand entscheidet.

Mag das auch minimal erscheinen, insgesamt finden sich gegenüber dem 12. Gewerkschaftstag mehr positive Forderungen und Ansatzpunkte in den Beschlüssen, die im Kampf gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat genutzt werden können, um die Aktionseinheit in den Gewerkschaften auf der Grundlage des Klassenkampfes herzustellen und die Ideologie und Politik der sozialdemokratischen Verteidiger der bürgerlichen Ausbeuterordnung innerhalb der Gewerkschaften zu bekämpfen.

Generalstreik in ganz Italien am 2. Oktober

z.gih. Zehntausende Metallarbeiter demonstrierten am vergangenen Donnerstag in Turin gegen die von Fiat eingeleiteten 15000 Entlassungen. In Solidaritätsstreiks legten in ganz Italien rund 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder. Seit zwei Wochen haben die Fiat-Arbeiter bereits die Produktion des Konzerns zum Stillstand gebracht. Jeden Tag führten sie drei- bis vierstündige Streiks und Demonstrationen durch und verhinderten den Abtransport von fertiggestellten Fahrzeugen. Der Streit hatte sich zugespitzt, nachdem die Fiat-Kapitalisten von den geplanten 24000 Entlassungen bis 1981 bereits 15000 eingeleitet hatten. Sie wollen die Produktion umorganisieren, damit sie gestärkt aus der Autokrise herauskommen. Die Gewerkschaften und Beschäftigten sind gegen die Entlassungen. Sie fordern: Keine Entlassungen, Umbesetzungen im gesamten Fiat-Konzern, Herabsetzung der Arbeitszeit für die Gesamtbelegschaft. Nachdem die Fiat-Kapitalisten nicht auf die Forderungen eingegangen waren und auf jeden Fall die „notwendigen Sanierungsmaßnahmen" durchführen wollen, hatten die Gewerkschaften für Donnerstag, den 26.9. zu einem vierstündigen Generalstreik in Turin und ganz Piemont aufgerufen. Der kommunistische Bürgermeister Turins, Diego Novelli, hat den streikenden Arbeitern versprochen, daß er mit ihnen die Fabriken besetzen werde, wenn Fiat tatsächlich die 15000 Arbeiter entlassen sollte. (Handelsblatt, 25.9.) Als weiteren Kampfschritt haben die Gewerkschaften für den 2. Oktober in ganz Italien einen Generalstreik für 14 Millionen Beschäftigte ausgerufen. Am vergangenen Wochenende haben die Fiat-Kapitalisten verkünden lassen, daß sie die 15000 Entlassungen zurücknehmen wollen und bis zum Jahresende keine Entlassungen mehr planen.

Aktionen gegen ärztliche Bereitschaftsdienste

z.gih. In einem Rundbrief an alle Interessierten, die den Kampf gegen die Bereitschaftsdienste im Krankenhaus unterstützen wollen, schlägt der Hamburger Kinderarzt G. Limbrock folgende Aktionen vor und informiert über folgende Termine: Am 1.10. beginnt das Bundesarbeitsgerichtsverfahren gegen Junghans. Der Prozeß geht nur über die Zahl der Dienste. Am 11.10., 10.00 Uhr, findet in Frankfurt ein Koordinationstreffen für alle Interessierten statt. Am Vorabend, 10.10., 20 Uhr, führt der Bund gewerkschaftlich organisierter Ärzte (ÖTV) eine öffentliche Podiumsdiskussion durch. Am 24.10. findet in Köln das Tarifgespräch über die Sonderregelungen 2a und 2c des BAT statt, in denen für Angestellte in Krankenhäusern und für Ärzte die Bedingungen für Bereitschaftsdienste festgelegt sind.

1262 ausgebildete Lehrer nicht eingestellt

z.gih. 1262 ausgebildete Lehrer in Baden-Württemberg wurden nicht wieder eingestellt. Die GEW spricht von „Massenentlassunngen". Anfang Juli 80 sicherte der Kultusminister in „schulintern", einer Information für Lehrer, noch „reibungslose Lehrereinstellung" zu. Von pünktlichem Unterrichtsbeginn konnte am ersten Schultag jedoch nicht die Rede sein. Nachdem die Schulleiter angewiesen waren, die verbleibenden Stunden als Überstunden zu verteilen, wurden am ersten Schultag plötzlich doch noch Teilzeitlehrer zugewiesen. Allem Anschein nach steckte dem Minister doch noch die Angst in den Knochen angesichts der öffentlichen Aktionen der Lehrer im Juli gegen die Entlassungen und für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche. Trotzdem sind derzeit in Baden-Württemberg insgesamt über 1900 ausgebildete Lehrer arbeitslos, wenn man zu den diesmal abgewiesenen Bewerbern noch die 650 nicht berücksichtigten „Altbewerber" zählt. Ein Teil der jetzt kurzfristig eingestellten Lehrer hat einen Nebenlehrervertrag. Sie erhalten vom Land bei gleicher Arbeitsleistung rund die Hälfte der Bezahlung eines angestellten Lehrers nach BAT.



Mehrere hundert der 2600 Arbeiter der Öresunds-Werft in Landskrona bei Malmö zogen am Freitag zum Rathaus, um den dort tagenden Vorstand des staatlichen Werftkonzerns Svenska Varv zur Rede zu stellen; dieser hatte vorher die Werft für konkursreif erklärt. Damit wollte der Konzern den schwedischen Reichstag zur Zurücknahme des im Frühjahr gefaßten Beschlusses zwingen, die Schließung der Werft bis 1985 aufzuschieben. *Bild:* Am 11.1.1980 demonstrierten in Landskrona 15000 gegen die Werftschließungspläne.

Tarifkampf Keramik und Braunkohlebergbau

z.gih. Am 6.10. ist der 1. Verhandlungstag im Tarifkampf der Keramikindustrie Rheinland. Als Forderung wurde von der IG Chemie aufgestellt: 9,5% mehr Lohn und Gehalt, 60 DM mehr Ausbildungsvergütung, Erhöhung der Jahressondervergütung auf 173 Stundenlöhne bzw. 100%. – Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um ebenfalls 9,5% will die IG Bergbau bei den am 29. September beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im linksrheinischen Braunkohlebergbau verlangen.

Generalstreik in Südindien

z.gih. Ein Generalstreik hat in der vorigen Woche in der südindischen Unionsrepublik Andhra Pradesh das öffentliche Leben praktisch zum Erliegen gebracht. Zu der Aktion hatten die Gewerkschaften und die Oppositionsparteien aus Protest gegen die Preiserhöhungen aufgerufen. Die Polizei verhaftete 11 Personen, darunter auch den führenden kommunistischen Funktionär.



Leiharbeit gefährdet Arbeits-Schutzbestimmungen

Kapitalisten: Keinerlei Einschränkung der Leiharbeit, Aufhebung der 3-Monatsfrist

z.brp. Der „4.Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ ist nun doch mit über zweimonatlicher Verspätung veröffentlicht worden. (s. KVZ Nr. 29) Widersprüche zwischen den beiden Regierungsparteien hatten zu dieser Verzögerung geführt. Die SPD, insbesondere Ehrenberg als verantwortlicher Minister und Mitglied der IG Bau Steine Erden, steht unter Zugzwang gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die ein generelles gesetzliches Verbot der Leiharbeit fordert. So wird in dem Bericht ein halbes Zugeständnis gemacht, daß Leiharbeit für den Baubereich verboten werden sollte, „weil auf andere Art und Weise Ordnung in diesem Bereich nicht herzustellen ist“. Die FDP, die gegen jegliche Einschränkung der Kapitalisten bei der Vernutzung der Arbeitskraft eintritt und deren Politik gerade auf die kleinen und mittleren Kapitalisten sowie die Selbständigen zielt, die die Hauptvernutzer von Leiharbeitern sind, wollte den Bericht in Ausschußarbeit und durch Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium korrigieren. Jetzt haben sich beide Parteien geeinigt, erst nach der Bundestagswahl Stellung zu nehmen.

Die Anzahl der Verleihfirmen, die über das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von 1972 erfaßt werden, ist seit 1977 um 400 auf 1205 Betriebe angestiegen. Wirtschaftliche Not, die sich in einer übergroßen Zahl von Lohnpfändungen äußert, und Arbeitslosigkeit zwingen mehr Arbeiter und eine beträchtliche Zahl von Studenten, ihre Arbeitskraft an Sklavenhändler zu verkaufen (plus 71,4% gegenüber 1977). Die höchste Zahl überhaupt wurde im Juli 1979 mit über 41000 registrierten Leiharbeitern erreicht. Der Anteil der Ausländer ist um 50% gestiegen, sie machen jetzt 36,6% der Leiharbeiter aus. Hauptentleiher sind vor allem die Kapitalisten der Bauwirtschaft mit über 22% und die der Metallindustrie mit über 36% der Leiharbeiter; Frauen werden zu fast 90% in Büro- und Verwaltungstätigkeiten verliehen. Groß und steigend ist der Anteil der Hilfsarbeiter mit 18,5% bei Männern und 8,2% bei Frauen. Kurze Arbeitsverhältnisse in der Entleihfirma (1,6% der Männer und 3,4% der Frauen arbeiten länger als 1 Jahr bei einer Entleihfirma, demgegenüber 17,9% der Männer und 10,9% der Frauen kürzer als eine Woche). Durchbrechung des Prinzips „Tarifeinheit in einem Betrieb“ und geringere tarifliche Bezahlung kennzeichnen die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter. Sie bedeuten eine erhebliche Spaltung und Druck auf die erkämpften Schutzbestimmungen und den Lohnstandard. Für die meisten Leiharbeiter gelten keine Tarifverträge; die ÖTV hat als einzige DGB-Gewerkschaft einen Tarifvertrag mit dem Verband der Ladearbeitseinsatz-Betriebe Berlins abgeschlossen. Verschärfend wirkt die illegale Leiharbeit, die sich im Schatten des AÜG weiter ausgedehnt hat, vor allem im Bau-, Metallbereich und in der Schiffahrt.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist gegen jede Einschränkung und erst recht gegen das Verbot der Leiharbeit. Als „personelle Flexibilität“, die notwendig bei Arbeitsspitzen, Kapazitätsauslastung, Verkürzung des Stillstands bei Reparaturen, zur Gewährung von Mutterschafts- und Bildungsurlaub, zur Abwicklung von Betriebsstillegungen sei – so ihre Stellungnahme zum Bericht – bezeichnet sie die Umgehung der Kündigungsvorschriften, Reduzierung der Stammarbeiter, um mit den Leiharbeitern die Arbeitsintensität zu steigern und Rationalisierungen durchzuführen sowie zur Einsparung von Lohngeldern. Die Kapitalisten fordern von der Regierung die Streichung der 3-Monatsfrist für Entleiher, damit sie Leiharbeiter unbeschränkt lange ausbeuten können. Sie wenden sich gegen die Überprüfung von Werksverträgen, was ein Vorschlag des Berichts ist, mit dem der illegalen Leiharbeit entgegengetreten werden soll.

Konzertierte Aktion im November: Am Zahnersatz soll gestrichen werden

z.doi. Auf der nächsten ..Konzertier- teuer genug: für eine einfache Gold- stätigt werden muß. Solche Wirtschaft-

en hatten zu dieser Verzögerung geführt. Die SPD, insbesondere Ehrenberg als verantwortlicher Minister und Mitglied der IG Bau Steine Erden, steht unter Zugzwang gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die ein generelles gesetzliches Verbot der Leiharbeit fordert. So wird in dem Bericht ein halbes Zugeständnis gemacht, daß Leiharbeit für den Baubereich verboten werden sollte, „weil auf andere Art und Weise Ordnung in diesem Bereich nicht herzustellen ist“. Die FDP, die gegen jegliche Einschränkung der Kapitalisten bei der Vernutzung der Arbeitskraft eintritt und deren Politik gerade auf die kleinen und mittleren Kapitalisten sowie die Selbständigen zielt, die die Hauptvernutzer von Leiharbeitern sind, wollte den Bericht in Ausschußarbeit und durch Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium korrigieren. Jetzt haben sich beide Parteien geeinigt, erst nach der Bundestagswahl Stellung zu nehmen.

Die Anzahl der Verleihfirmen, die über das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von 1972 erfaßt werden, ist

kaufen (plus 71,4% gegenüber 1977). Die höchste Zahl überhaupt wurde im Juli 1979 mit über 41000 registrierten Leiharbeitern erreicht. Der Anteil der Ausländer ist um 50% gestiegen, sie machen jetzt 36,6% der Leiharbeiter aus. Hauptentleiher sind vor allem die Kapitalisten der Bauwirtschaft mit über 22% und die der Metallindustrie mit über 36% der Leiharbeiter; Frauen werden zu fast 90% in Büro- und Verwaltungstätigkeiten verliehen. Groß und steigend ist der Anteil der Hilfsarbeiter mit 18,5% bei Männern und 8,2% bei Frauen. Kurze Arbeitsverhältnisse in der Entleihfirma (1,6% der Männer und 3,4% der Frauen arbeiten länger als 1 Jahr bei einer Entleihfirma, demgegenüber 17,9% der Männer und 10,9% der Frauen kürzer als eine Woche). Durchbrechung des Prinzips „Tarifeinheit in einem Betrieb“ und geringere tarifliche Bezahlung kennzeichnen die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter. Sie bedeuten eine erhebliche Spaltung und Druck auf die erkämpften Schutzbestimmungen und den Lohnstandard. Für die meisten

gedehnt hat, vor allem im Bau-, Metallbereich und in der Schiffahrt.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist gegen jede Einschränkung und erst recht gegen das Verbot der Leiharbeit. Als „personelle Flexibilität“, die notwendig bei Arbeitsspitzen, Kapazitätsauslastung, Verkürzung des Stillstands bei Reparaturen, zur Gewährung von Mutterschafts- und Bildungsurlaub, zur Abwicklung von Betriebsstillegungen sei – so ihre Stellungnahme zum Bericht – bezeichnet sie die Umgehung der Kündigungsvorschriften, Reduzierung der Stammarbeiter, um mit den Leiharbeitern die Arbeitsintensität zu steigern und Rationalisierungen durchzuführen sowie zur Einsparung von Lohngeldern. Die Kapitalisten fordern von der Regierung die Streichung der 3-Monatsfrist für Entleiher, damit sie Leiharbeiter unbeschränkt lange ausbeuten können. Sie wenden sich gegen die Überprüfung von Werksverträgen, was ein Vorschlag des Berichts ist, mit dem der illegalen Leiharbeit entgegengetreten werden soll.

Konzertierte Aktion im November: Am Zahnersatz soll gestrichen werden

z.doj. Auf der nächsten „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ am 24./25.11. stehen neben weiteren kostendämpfenden Maßnahmen in den Krankenhäusern und bei Heil- und Hilfsmitteln auch Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben bei Zahnersatz auf der Tagesordnung. Gerade die Zahnersatzkosten liegen dem westdeutschen Staat und den zu 50% in den gesetzlichen Krankenkassen vertretenen Kapitalisten besonders am Herzen. Die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz machten im Jahr 1978/79 bei Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenkassen von 74,3 Mrd. DM immerhin einen Anteil von 11,2 Mrd. DM aus. Besonders die Zahnersatzkosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Das kommt daher, daß mit der Durchsetzung von Zahnersatz als Kassenleistung seit 1967 im folgenden Jahrzehnt die Prothesen auch bis zu 100% von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt wurden. Damit war den Lohnabhängigen überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, sich mit dem nötigen Zahnersatz versorgen zu lassen. Daß diese dennoch nicht annähernd ausreichend ist, zeigten wir in KVZ 25/80 bei der Darstellung des schlechten Gebißzustandes der westdeutschen Bevölkerung.

Da mit der Bezahlung auch hochwertigen Zahnersatzes seit 1975 die Ausgaben der Krankenkassen rasant anstiegen, wurde unter anderem mit dem Kostendämpfungsgesetz 1977 festgelegt, daß die Krankenkassen für Zahnersatz nur 80% bezahlen dürfen. Das kommt die Massen, verglichen mit dem Zustand vor 1967, immer noch teuer genug: für eine einfache Goldkrone machen 2o% etwa 100 DM Eigenanteil aus, zur Wiederherstellung eines unvollständigen Gebisses muß mancher einen vollen Monatslohn bezahlen.

Dennoch sind die Zahnersatzkosten in den letzten zwei Jahren weiter angestiegen, im ersten Quartal 1980 am meisten von allen Kassenausgaben:

Zahnersatz	+ 20,0%
Heil- und Hilfsmittel	+ 16,7%
Krankenhäuser	+ 8,3%
Zahnärzte	+ 7,0%
Ambulante Behandlung	+ 4,3%

(aus den Angaben der AOKs).

Durchgeschlagen hat hier vor allem die Erhöhung der Material- und Laborkosten für die technische Herstellung der Prothesen. Sie machen bei den hochwertigen Arbeiten weit über die Hälfte der Gesamtkosten aus und steigen seit der Steigung der Goldpreise vor allem 1980 stark an. Dies, obwohl seit dem Kostendämpfungsgesetz auch die Zahnlabore an Preisfestlegungen gebunden sind.

Das Sozialministerium plant nun, Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei Zahnersatz, kieferorthopädischer und Zahnfleischbehandlung vorzunehmen. Das heißt, daß z.B. *nach* der Eingliederung eines fertigen Zahnersatzes die Kassen die Zahlung der Arbeit an die Zahnärzte (die die Laborkosten schon vorgelegt haben) verweigern oder kürzen können. Die Zahnärzte sind darüber empört. Denn die Kontrolle der Krankenkassen ist bisher schon dadurch geregelt, daß jede Prothese vorher bei der Kasse beantragt wird und die Übernahme der Kosten von ihr bestätigt werden muß. Solche Wirtschaftlichkeitsprüfungen nützen der Arbeiterklasse überhaupt nichts, sie führen nur dazu, daß weniger Zahnersatz gefertigt wird. Was die Arbeiter also bisher über die Krankenkassen vertraglich an nötigem Zahnersatz durchgesetzt haben, würde damit hinterhältig wieder weggekürzt.

Die zahnärztlichen Standesvereinigungen versuchen, dem staatlichen Druck auszuweichen mit dem reaktionären Vorschlag der *erweiterten* Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten. Daß die Selbstbeteiligung aber selbst unter den Ärzten äußerst umstritten ist, hat die Auseinandersetzung auf dem letzten Ärztetag gezeigt. Für die Arbeiterklasse ist das gar keine Frage: weder nachträgliche Wirtschaftlichkeitsprüfungen noch Erhöhung der Selbstbeteiligung, sondern volle Bezahlung des Zahnersatzes durch die Krankenkassen. Über die höhere oder niedrigere Bezahlung einzelner zahnärztlicher oder Laborleistungen kann man sich streiten und auch über alternatives Zahnmaterial zu Gold – vorausgesetzt, es ist gleichwertig –, aber Streichungen an der Qualität oder Menge des Zahnersatzes kommen nicht in Frage! An der Ablehnung jeglicher Selbstbeteiligung halten auch die Gewerkschaften fest, die ja die meisten Vertreter der Lohnabhängigen in den Krankenkassen stellen. Nimmt man in dieser Frage keine Zugeständnisse in Kauf, so wird dem Staat die weitere Durchsetzung kostendämpfender Maßnahmen schwerfallen und können auch Teile der Ärzteschaft für die Forderungen der Arbeiterklasse gewonnen werden.

Warnstreiks der Redakteure in mehreren Zeitungsverlagen

z.per. Mittwoch, den 24.9., Punkt 14.30 Uhr sind die Redakteure der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten im Druckzentrum in einen dreistündigen Warnstreik getreten. Als um 17.30 Uhr weitergearbeitet wurde, mußte der Umfang der Zeitung um 8 Seiten reduziert werden. Zur gleichen Zeit standen in sechs anderen Redaktionen hunderte Redakteure ebenfalls im Warnstreik: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Hannoversche Neue Presse, Weserkurier, Bremer Nachrichten, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Mainzer Allgemeine, Südkurier und Neue Westfälische Zeitung. Aufgefufen zu diesen Warnstreiks hatten der Deutsche-Journalisten-Verband (DJV) und die Deutsche Journalisten Union (DJU) in der IG Druck und Papier. In der 7. Verhandlungsrunde hatten an diesem Vormittag die Verlagskapitalisten den Gewerkschaften kein akzeptables Angebot bezüglich deren Forderungen nach einem neuen Manteltarifvertrag gemacht.

Der nun schon seit neun Monaten gekündigte MTV für Redakteure an Tageszeitungen sieht im wesentlichen eine Anpassung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen an die der Arbeiter und Angestellten in der Druck- und Verlagsindustrie vor. Die wichtigsten Forderungen: 1. 40-Stundenwoche bzw. 35-Stundenwoche (DJU) an 5 Arbeitstagen, wobei mindestens zweimal im Monat die zwei freien Tage auf das Wochenende fallen müssen. 2. Der Jahresurlaub wird auf zwischen 30 bis 38 Tage angehoben, je nach Alter. 3. Den Redakteuren steht eine Jahresleistung in Höhe eines monatlichen Effektivlohnes zu. 4. Nachtarbeitszuschlag 75%, Sonn- und Feiertagszuschlag 100% und eine Antrittsgebühr bei Sonn- und Feiertagen von 100 DM. 5. Unbefristete Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfalle.

Die bisherige tarifliche Regelung für Redakteure sah eine monatliche Arbeitszeit von 195 Stunden vor, wobei ihnen lediglich eine 40-stündige wöchentliche ununterbrochene Ruhezeit zustand. Über den Normalarbeitstag hinaus stand ihnen kein Überstundenzuschlag zu. Für Sonn- oder Feiertagsarbeit mußten lächerliche 40 DM bezahlt werden, wobei die Arbeitslänge an Sonntagen keine Rolle spielte.

Der Warnstreik und die Forderungen der Redakteure haben über deren Reihen hinaus große Bedeutung, da die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit vieler Angestellter und Arbeiter an die der Redakteure angebunden sind. Angeboten haben die Vertreter des Bundes Deutscher Zeitungsverleger bei den Verhandlungen bisher lediglich die 5 Tagewoche, ohne jedoch den 8-Stundentag zu gewährleisten und ohne mindestens zwei freie Wochenenden zu garantieren. Ebenso 150 DM Sonntagsarbeitszulage.
Die Redakteure aus Stuttgart haben in einem Telegramm an die Verhandlungskommissionen gefordert, daß, „wenn die Arbeitgeber keine entsprechenden Angebote vorlegen, muß das Scheitern der Verhandlungen erklärt und die Urabstimmung eingeleitet werden.“

Tarife Keramik Rheinland Pfalz zum 31.10.80 gekündigt

z.baj. Der zum 31.10.80 auslaufende Tarif für die keramische Industrie Rheinland-Pfalz ist von der IG Chemie gekündigt. Die Gewerkschaft fordert 9,5% mehr Lohn und Gehalt, 60 DM mehr Ausbildungsvergütung, Erhöhung der Jahressondervergütung von bisher 76% auf 100%. Erster Verhandlungstag ist der 6.10.80.

Ein Vergleich Tariflöhne Keramik mit Tarif Chemie Rheinland-Pfalz 1979 ergibt folgendes: LG1 Keramik – 9,06 DM / Chemie – 9,01 DM, LG2 – 9,58 DM / 9,43 DM, LG3 – 9,77 DM / 9,83 DM, LG4 – 9,95 DM / 10,30 DM, LG5 – 10,61 DM / 11,05 DM. In den unteren LG liegt die Keramische Industrie also knapp über der Chemie, das Lohnniveau in der Keramik insgesamt ist aber wesentlich niedriger als in der Chemieindustrie. Von den 6893 Beschäftigten Keramik Rheinland-Pfalz sind knapp über 1000 Angestellte, in der Chemie sind von den rund 72000 Beschäftigten 42%

Glasieren fallen unter die LG1 – „einfache Arbeiten“. Die LG2 ist belegt von „Arbeiten der LG3 während der Anlernzeit bis zu 3 Monaten“; in die LG3 sind Arbeiten eingestuft, die z.B. mehr Körperkraft erfordern, also Gießen bei einem Bewegungsgewicht über 5 kg usw., sowie das Bedienen von Formgebungsmaschinen, das Ein- und Aussetzen an den Brennöfen und Brennen. In den LG4 und 5 sind Facharbeiter und Spezialfacharbeiter. Der ganze große Bereich Verputzen und Glasieren, sowie das Bedienen einfacher Maschinerie wird von Arbeiterinnen gemacht (LG1); Gießen, Ausformen, Brennen usw. von Arbeitern (LG3).

In fast allen Keramikfabriken mit Massenproduktion konnten die Kapitalisten seit dem 2. Weltkrieg Akkord bzw. Prämien durchsetzen. Im Westerwald, dem Kern der Keramikproduktion Rheinland-Pfalz, ist uns gerade ein Betrieb bekannt, in dem es derzeit keinen Akkord gibt. Schichtarbeit

im Monat die zwei freien Tage auf das Wochenende fallen müssen. 2. Der Jahresurlaub wird auf zwischen 30 bis 38 Tage angehoben, je nach Alter. 3.

chenden Angebote vorlegen, muß das Scheitern der Verhandlungen erklärt und die Urabstimmung eingeleitet werden.“

Tarife Keramik Rheinland Pfalz zum 31.10.80 gekündigt

z.baj. Der zum 31.10.80 auslaufende Tarif für die keramische Industrie Rheinland-Pfalz ist von der IG Chemie gekündigt. Die Gewerkschaft fordert 9,5% mehr Lohn und Gehalt, 60 DM mehr Ausbildungsvergütung, Erhöhung der Jahressondervergütung von bisher 76% auf 100%. Erster Verhandlungstag ist der 6.10.80.

Ein Vergleich Tariflöhne Keramik mit Tarif Chemie Rheinland-Pfalz 1979 ergibt folgendes: LG1 Keramik – 9,06 DM / Chemie – 9,01 DM, LG2 – 9,58 DM / 9,43 DM, LG3 – 9,77 DM / 9,83 DM, LG4 – 9,95 DM / 10,30 DM, LG5 – 10,61 DM / 11,05 DM. In den unteren LG liegt die Keramische Industrie also knapp über der Chemie, das Lohnniveau in der Keramik insgesamt ist aber wesentlich niedriger als in der Chemieindustrie. Von den 6893 Beschäftigten Keramik Rheinland-Pfalz sind knapp über 1000 Angestellte, in der Chemie sind von den rund 72000 Beschäftigten 42% Angestellte. Der Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern beträgt in der Keramik 17%, in der Chemie 59%. Fast die Hälfte der einfachen Arbeiter in der Keramik sind Frauen. Dem großen Umfang an einfacher Arbeit in der Keramik entspricht die Lohngruppeneinteilung: die ganzen Kernbereiche der Keramikproduktion wie Gießen, Ausformen, maschinelle Produktion von Bechern und Tassen, Verputzen und Glasieren fallen unter die LG1 – „einfache Arbeiten“. Die LG2 ist belegt von „Arbeiten der LG3 während der Anlernzeit bis zu 3 Monaten“; in die LG3 sind Arbeiten eingestuft, die z.B. mehr Körperkraft erfordern, also Gießen bei einem Bewegungsgewicht über 5 kg usw., sowie das Bedienen von Formgebungsmaschinen, das Ein- und Aussetzen an den Brennöfen und Brennen. In den LG4 und 5 sind Facharbeiter und Spezialfacharbeiter. Der ganze große Bereich Verputzen und Glasieren, sowie das Bedienen einfacher Maschinerie wird von Arbeiterinnen gemacht (LG1); Gießen, Ausformen, Brennen usw. von Arbeitern (LG3).

In fast allen Keramikfabriken mit Massenproduktion konnten die Kapitalisten seit dem 2. Weltkrieg Akkord bzw. Prämien durchsetzen. Im Westerwald, dem Kern der Keramikproduktion Rheinland-Pfalz, ist uns gerade ein Betrieb bekannt, in dem es derzeit keinen Akkord gibt. Schichtarbeit konnten die Kapitalisten solange nicht umfassend einführen, wie in Gipsformen gegossen wurde, weil diese bis zu 12 Stunden Trockenzeit brauchen, bevor sie neu eingeschüttet werden können. Mit der Ersetzung der herkömmlichen Gießmethoden per Gipsformen durch Tassen- und Tellertaktstraßen, Becher- und Kübelroller, wo es das Problem der Trockenzeit nicht mehr gibt, wird jetzt die Schichtarbeit ausgedehnt.

GEW klagt auf Anerkennung der 40-Stundenwoche für Lehrer

z.ult. Im Rahmen der Maßnahmen zur Verkürzung der Lehrerarbeitszeit klagt die GEW gegen die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder vor dem Arbeitsgericht in Bonn auf Anerkennung der 40-Stundenwoche als Regelarbeitszeit auch für Lehrer.

Die GEW stellt in der Klageschrift fest: Die Arbeitszeit für Lehrer beträgt 40 Stunden. Der mit der Festlegung von sogenannten Pflichtstunden festgelegte Arbeitsauftrag hat sich zusammen mit den fixierten Arbeitszeiten sonstiger Art im Rahmen dieser Bestimmungen zu halten. Ob er sich im Rahmen dieser Bestimmungen hält, ist festzustellen anhand der vom durchschnittlichen Lehrer voraussichtlich zu erbringenden Arbeitszeit während seiner Vor- und Nachbereitung des Arbeitsauftrages zu Hause.“ Die Bundesländer sind durch die Vorschriften für Beamte, die durch Übernahme in den Bundesangestelltentarif auch für die Angestellten gelten, an die 40-Stundenwoche gebunden. Die konkrete Arbeitszeit der Lehrer wird durch Landesdienstordnungen und Landesarbeitszeitverordnungen geregelt. Da aber die Anzahl der Pflichtstunden nicht gesetzlich, bezogen auf das Maß 40-Stundenwoche festgelegt wird, bietet die erlaßmäßige Regelung der Pflichtstunden den Ländern die Möglichkeit, die Arbeitszeit hierüber auszudehnen. Für die Lehrer setzt sich die Arbeitszeit zusammen aus Unterricht und Teilnahme an sonstigen schulischen Veranstaltungen, wie aus der Vor- und Nachbereitung dieser Tätigkeit zu Hause. Diese beiden Elemente der Arbeitszeit müßten demnach 40 Stunden ergeben. In Wirklichkeit wird die Pflichtstundenzahl festgelegt nach den „Notwendigkeiten“ von Lehrerplanstellenzahl, Unterrichtsbedarf nach Klassenzahl und vorhandenen Klassengrößen. D.h. die Pflichtstunden sind berechnet auf die vorhandenen schlechten Bedingungen an den Schulen.

Höchster Schuldenstand – Steigerung bei Landwirtschaft

Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds / Anerkennung der PLO gefordert

z.gkr. Die Weltbank, mit dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister Mc Namara an der Spitze, und der Internationale Währungsfonds (IWF) treten am 30. September zu ihrer diesjährigen Jahrestagung in Washington zusammen. ,,Es geht um die politisch entscheidende Frage, wie die Folgen der Ölpreiserhöhung finanziert und damit bewältigt werden können'', so die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' vom 25.9.

Die Weltbank mit den Tochtergesellschaften IDA (Internationale Entwicklungsorganisation) und IFC (Internationale Finanzcorporation) sowie der IWF, der Internationale Währungsfonds, sind die wichtigsten internationalen Organisationen, die Kredite vor allem an Länder der Dritten Welt vergeben. 135 Mitglieder zählt gegenwärtig die Weltbank, 121 die Internationale Entwicklungsorganisation. Im Geschäftsjahr 1979/80 bewilligten Weltbank und IDA Darlehen und Kredite in Höhe von 11,482 Mrd. $, 14,7% mehr als im vergangenen Jahr. Die Weltbank selbst errechnet, unter Berücksichtigung von Wechselkursänderungen, Preissteigerungen etc. eine *reale* Steigerung von 6,7%. Noch 1971 betrugen die Darlehens- und Kreditbeträge erst 2,5 Mrd. $, bis 1975 waren sie auf 5,896 Mrd. $ gestiegen. Mit den neue gewährten Krediten ist die Verschuldung der Länder der Dritten Welt bei Weltbank und Internationaler Entwicklungsorganisation gegenüber dem Vorjahr um 11,482 Mrd. $ auf 79,911 Mrd. $ gestiegen.

Mehr als ein Fünftel, 21,25% aller insgesamt bestehenden öffentlichen und privaten Schulden der Länder der Dritten Welt bestehen damit gegenüber Weltbank und IDA, nicht gerechnet Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds, auf den ein weiterer beachtlicher Teil entfällt. Dabei gibt diese Zahl noch nicht die tatsächlich bestehende Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den Internationalen Finanzorganisationen wieder, denn im Durchschnitt werden von den Krediten nur 30% der Kosten der entsprechenden Projekte gedeckt, die übrigen 70% durch andere ausländische Kredite oder durch nationale Gelder, so daß, grob geschätzt, Weltbank und Internationale Entwicklungsorganisation direkten Einfluß auf Investitionen von ca. 240 Mrd. $ nehmen können.

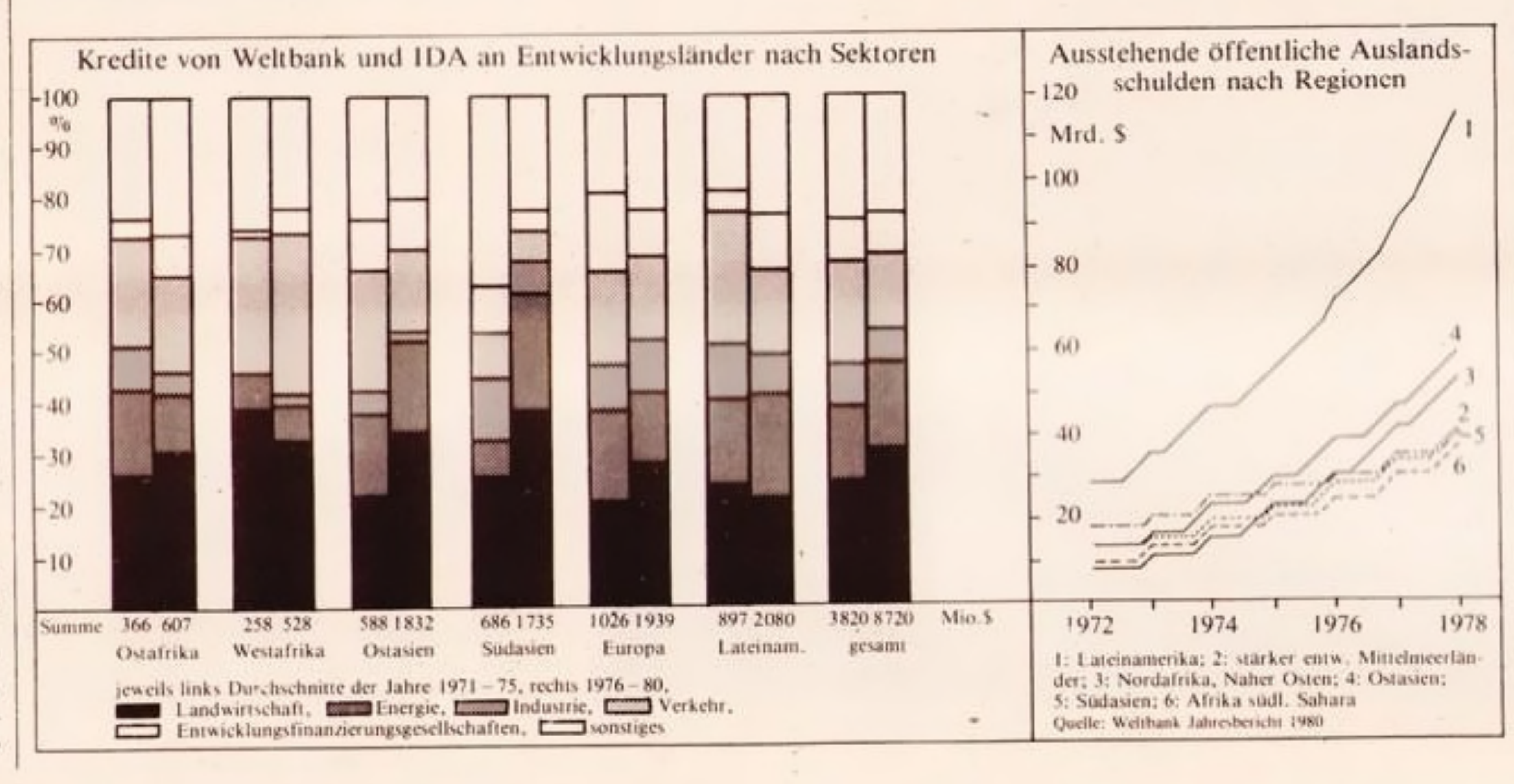
Beherrscht wird die Weltbank über die Koppelung der Stimmenanteile an die Einzahlungen der Staaten von den Imperialisten. Allein die USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan, Kanada, Italien verfügen über 50,87% der Stimmen, ähnlich in der IDA. Ihnen geht es nicht um bedingungslose Entwicklungshilfe, sondern in erster Linie um die Sicherung der Möglichkeiten von Kapitalinvestitionen und Ausplünderung. Die Darlehen der Weltbank werden in der Regel mit ca. 8% Verzinsung vergeben, nur der geringere Anteil, die Kredite der IDA, werden nahezu zinslos für bestimmte Projekte zur Verfügung gestellt. Dabei achten die Imperialisten wohl darauf, eine möglichst hohe Chance auf Rückzahlung zu haben. ,,Sowohl die Verschuldung als auch der Schuldendienst sind auf einige wenige Entwicklungsländer, vor allem auf die größeren und dynamischeren unter ihnen, konzentriert, d.h. auf Länder mit einem relativ starken Exportsektor oder Länder mit hohen Währungsreserven ... Von den Ende 1978 ausgezahlten und ausstehenden 318,4 Mrd. Dollar wurden 55% von nur 10 Ländern geschuldet, die mit zwei Ausnahmen – Indonesien und Indien – Länder mit mittlerem Einkommen sind.'' (Bericht der Weltbank, S. 20; Länder mit mittlerem Einkommen: Bruttosozialprodukt über 650 $ pro Person). So ist nicht erstaunlich, daß die niedrigsten Kreditzusagen sowohl absolut wie auch mit den niedrigsten Steigerungsraten im Durchschnitt von 1971 bis 75 und von 1976 bis 1980 die Länder Ost- und Westafrikas erhalten, die fast ausnahmslos zu den armen Entwicklungsländern gerechnet werden.

Seit Anfang der siebziger Jahre ist der Anteil der Kredite für landwirtschaftliche Programme am gesamten Kreditrahmen gestiegen (vgl. Schaubild). Insgesamt 3,46 Mrd. $, entsprechend 30,1%, wurden hierfür 1980 bewilligt. Die Weltbank mußte auf Grund der Verhältnisse und der Forderungen der Staaten der Dritten Welt abrücken von ihren ,,ehrgeizigen industriellen Projekten'', die sie noch Anfang dieses Jahrzehnts in weit stärkerem Maße gefördert hatte. Ohne über die Nützlichkeit bestimmter geförderter Projekte Aussagen zu machen, entspricht die Struktur der Ausgaben gegenwärtig eher den Notwendigkeiten von Entwicklungsländern. Dabei achten die Imperialisten wohl darauf, daß mit den Krediten vor allem auch die Bedingungen für die Ausbeutung des Volkes und des Landes verbessert werden, Energie und Verkehr folgen in der Bedeutung auf die Landwirtschaft. Höhere private Investitionen und Kredite und damit verbunden auch Zuziehung der Kreditschlinge sind die Folge: ,,Mit der zunehmenden Bedeutung der privaten Finanzierungsquellen verhärteten sich die durchschnittlichen Konditionen insgesamt gesehen deutlich ... Infolge des ständig steigenden Anteils privater Zuflüsse am Gesamtbetrag verkürzte sich allerdings die durchschnittliche Gesamtlaufzeit.'' Darüberhinaus stiegen auf diese Weise die durchschnittlich zu zahlenden Zinsen von 5,6% 1972 auf 7,9% 1978. Aber auch diese privaten Kredite beschränkten sich auf Länder ,,mittleren Einkommens''.

So muß denn auch der Jahresbericht der Weltbank feststellen: ,,Obwohl in der Geschäftspolitik und den Programmen der Bank sowohl quantitativ als auch qualitativ Änderungen eingetreten sind, gingen diese Änderungen bislang noch nicht weit genug, um die Situation der absolut Armen wesentlich zu beeinflussen.'' Die Schuld an den begrenzten und nahezu aufgebrauchten Mitteln, so die Weltbank, hätten vor allem die ölexportierenden Länder. Sie vor allem sollten zahlen. Diese sind zwar bereit, höhere Beträge für Kredite zur Verfügung zu stellen, wie sie auch schon angeboten hatten, den ärmsten Entwicklungsländern direkt zu helfen. Eine Schuld anerkennen sie aber nicht, sondern halten vielmehr an der berechtigten Forderung nach Schutz vor der Ausplünderung auch anderer Rohstoffe als des Öls durch die Imperialisten mit Hilfe eines Rohstoffonds fest. Sie verlangen aber gleichzeitig eine Änderung des Stimmrechts, Lösung von den eingezahlten Quoten. Die Länder der Dritten Welt fordern schließlich eine Erhöhung der aus dem Währungsfonds in Form von Sonderziehungsrechten zu ziehenden Kredit.

USA wollen Anerkennung der PLO verhindern

z.gkr. Die islamischen Staaten hatten einen Antrag gestellt, die Zulassung der PLO mit Beobachterstatus auf der Jahrestagung von Weltbank und IWF als Tagesordnungspunkt zu verhandeln. Widersprüche entzündeten sich, denn einerseits wollen die Imperialisten die OPEC zu Zahlungen in den Fonds der Weltbank gewinnen, andererseits wollen die US-Imperialisten und in ihrem Schlepptau vor allem die BRD auf jeden Fall eine Anerkennung der PLO verhindern. Bei einer äußerst knappen Mehrheit von einer Stimme hoffen die USA mit einem Beschluß im Gouverneursrat eine drohende Niederlage zu verhindern: Es sollen überhaupt keine Beobachter eingeladen werden, auch nicht, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, die OECD und die UNO.



SU versucht mit Iran ins Geschäft zu kommen

z.chm. Vorige Woche wurde die erste Teheraner Handelsmesse nach der Revolution eröffnet. Von den 15 ausländischen Ausstellern sind neun aus dem RGW-Bereich, darunter auch die SU und die DDR, die mit Werken der Petrochemie und der Stahlindustrie vor allem vertreten sind. Die SU und ihr Anhang versuchen, die Schwierigkeiten, die dem Iran durch den Boykott der US-Imperialisten und verschiedener europäischer Imperialisten entstanden sind (nur Schweden und Österreich sind anwesend) zu nutzen, um die ökonomische Infiltration des Landes, die ihnen der Schah gestattet hatte, wiederaufzunehmen. Bei mehreren Besuchen von Handelsdelegationen im Iran haben sich die Sozialimperialisten angedienert, iranische Waren zu importieren. Staatspräsident Bani-Sadr hat die Angebote bisher abgelehnt und erklärt, der Iran habe nichts zu verschleudern. Vor kurzem hatte Iran die Erdgaslieferungen an die UdSSR eingestellt, weil diese nicht den geforderten Preis zahlen wollte.

Siemens-USA – Umsatzsteigerung von über 20%

z.gkr. Um 21% stieg der Umsatz der Siemens-Tochter Siemens Corp. in den USA im vergangenen Jahr auf 408 Mio. Dollar. Daneben ist Siemens an 23 Gesellschaften in den USA beteiligt, so die Siemens Allies Inc. mit etwa 180 Mio. Dollar Jahresumsatz und die Gammasonics Inc., die in erster Linie medizinische Geräte produziert und damit den medizinischen Bereich, der derzeit 41% der US-Tochter ausmacht, verstärkt. Mit diesen Unternehmen dürfte der Umsatz jetzt schon bei 650 Mio. Dollar liegen, ca. 250 Mio. Dollar hat der Siemens-Konzern in den letzten 10 Jahren in die US-Gesellschaften investiert. Nach wie vor zählt ,,Siemens auf dem großen Elektromarkt noch zu den kleinen – wenn auch wohl kaum mehr zu den Zwergen'' (Handelsblatt). Sein Konzernanteil liegt einstweilen unter einem halben Prozent aller Elektrokonzerne in den USA.

850 Kündigungen bei der DDG ,,Hansa''

z.ulw. 850 Beschäftigten hat die Reederei DDG ,,Hansa'' ,,vorsorglich'' zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Die Kapitalisten setzen damit die Sanierung fort, die die Eigentümer der Reederei, Deutsche Bank und Allianz, im letzten Monat endgültig beschlossen haben. Sie wollen sich der, wegen der Krise im Nahen Osten unrentabel gewordenen, Reederei entledigen. Dreist haben sie auch die Kündigung von Betriebsratsmitgliedern beantragt. Vermutlich, so das ,,Handelsblatt'', werden alle Kündigungen vom Betriebsrat zurückgewiesen.

Mrd. $ gestiegen.

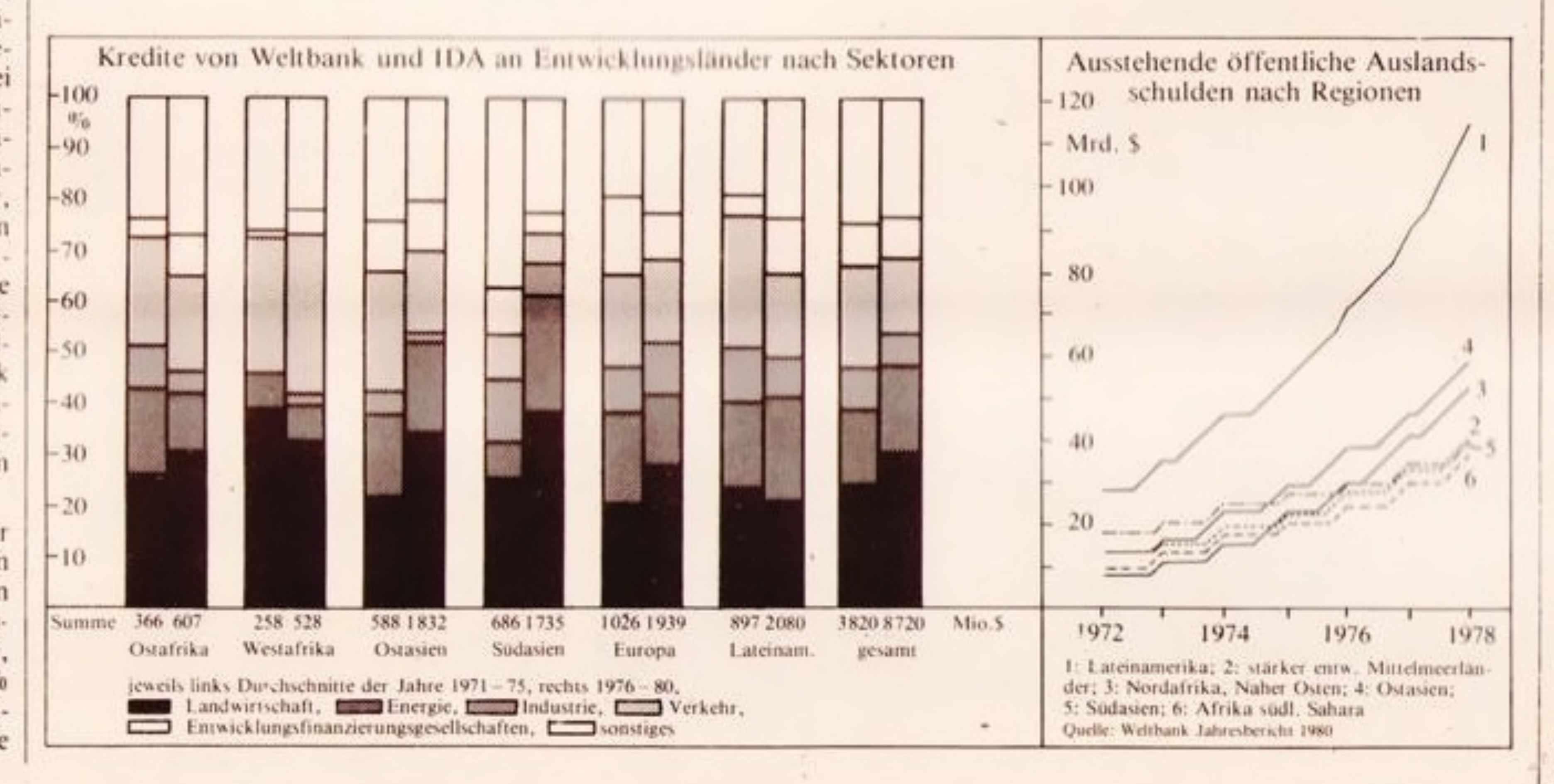
Mehr als ein Fünftel, 21,25% aller insgesamt bestehenden öffentlichen und privaten Schulden der Länder der Dritten Welt bestehen damit gegenüber Weltbank und IDA, nicht gerechnet Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds, auf den ein weiterer beachtlicher Teil entfällt. Dabei gibt diese Zahl noch nicht die tatsächlich bestehende Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den Internationalen Finanzorganisationen wieder, denn im Durchschnitt werden von den Krediten nur 30% der Kosten der entsprechenden Projekte gedeckt, die übrigen 70% durch andere ausländische Kredite oder durch nationale Gelder, so daß, grob geschätzt, Weltbank und Internationale Entwicklungsorganisation direkten Einfluß auf Investitionen von ca. 240 Mrd. $ nehmen können.

Beherrscht wird die Weltbank über die Koppelung der Stimmenanteile an die Einzahlungen der Staaten von den Imperialisten. Allein die USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan, Kanada, Italien verfügen über 50,87% der Stimmen, ähnlich in der IDA. Ihnen geht es nicht um bedingungslose

Kreditrahmen gestiegen (vgl. Schaubild). Insgesamt 3,46 Mrd. $, entsprechend 30,1%, wurden hierfür 1980 bewilligt. Die Weltbank mußte auf Grund der Verhältnisse und der Forde-

lang noch nicht weit genug, um die Situation der absolut Armen wesentlich zu beeinflussen.'' Die Schuld an den begrenzten und nahezu aufgebrauchten Mitteln, so die Weltbank, hätten

neursrat eine drohende Niederlage zu verhindern: Es sollen überhaupt keine Beobachter eingeladen werden, auch nicht, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, die OECD und die UNO.



Gammasonics Inc., die in erster Linie medizinische Geräte produziert und damit den medizinischen Bereich, der derzeit 41% der US-Tochter ausmacht, verstärkt. Mit diesen Unternehmen dürfte der Umsatz jetzt schon bei 650 Mio. Dollar liegen, ca. 250 Mio. Dollar hat der Siemens-Konzern in den letzten 10 Jahren in die US-Gesellschaften investiert. Nach wie vor zählt ,,Siemens auf dem großen Elektromarkt noch zu den kleinen – wenn auch wohl kaum mehr zu den Zwergen'' (Handelsblatt). Sein Konzernanteil liegt einstweilen unter einem halben Prozent aller Elektrokonzerne in den USA.

850 Kündigungen bei der DDG ,,Hansa''

z.ulw. 850 Beschäftigten hat die Reederei DDG ,,Hansa'' ,,vorsorglich'' zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Die Kapitalisten setzen damit die Sanierung fort, die die Eigentümer der Reederei, Deutsche Bank und Allianz, im letzten Monat endgültig beschlossen haben. Sie wollen sich der, wegen der Krise im Nahen Osten unrentabel gewordenen, Reederei entledigen. Dreist haben sie auch die Kündigung von Betriebsratsmitgliedern beantragt. Vermutlich, so das ,,Handelsblatt'', werden alle Kündigungen vom Betriebsrat zurückgewiesen.

Konzentration unter den größten Konzernen hat weiter zugenommen

Drittes Hauptgutachten der Monopolkommission / Ein Viertel des Industrieumsatzes durch 100 Konzerne

z.frb. ,,Der Grad der Unternehmenskonzentration hat 1977 ein hohes Niveau erreicht und ist gegenüber 1975 erneut fühlbar gestiegen.'' Dies ist die Kernaussage des im Juli dem Bundestag zugeleiteten Dritten Hauptgutachtens der Monopolkommission. Alle zwei Jahre legt die Kommission – neuerdings im Wechsel mit dem Bericht des Kartellamtes – ihren Bericht vor.

Im ersten Kapitel ihres Berichts stellt die Kommission die Konzentration des *Umsatzes* auf die größten Unternehmen innerhalb der *Wirtschaftszweige* dar. Gezeigt wird also, inwiefern eine kleine Anzahl von Unternehmen einen bestimmten Markt dominiert. Alle Unternehmen werden nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Verwendet wird die Systematik des Statistischen Bundesamtes, die das gesamte produzierende Gewerbe in 33 Zweige untergliedert. Die Daten reichen bis 1977. Die Unternehmen werden als rechtliche Einheiten gefaßt, Beteiligungsverhältnisse blieben unberücksichtigt. Dadurch wie durch die grobe Gliederung der Wirtschaftszweige untertreiben die Ergebnisse den Grad der Konzentration. Trotz dieser Einschränkungen lohnt sich eine genauere Betrachtung der Ergebnisse.

Im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige hatten die drei größten Unternehmen am Umsatz ihres jeweiligen Wirtschaftszweiges einen Anteil von 26,9% (1975: 25,3%). Der Anteil der sechs größten Unternehmen liegt bei durchschnittlich 36,6% (34,5%), der Anteil der je zehn größten Unternehmen beträgt 43,7% (42,3%).

Seit 1954 hat sich der Anteil der je zehn größten Unternehmen ständig erhöht:

1954	31,1%	1973	41,8%
1960	33,5%	1974	42,0%
1968	38,5%	1975	42,3%
1970	40,9%	1976	42,7%
1972	41,5%	1977	43,7%

Auffallend ist der Sprung 1976 auf 1977. In jene Zeit fällt der Beginn einer neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwungphase. Hatten die größten Unternehmen schon während der Krise ihren Umsatz leicht über dem Durchschnitt gehalten, so haben sie nach Ende der Krise besonders rasch expandiert.

In ihrem zweiten Kapitel stellt die Monopolkommission die Konzentration der 100 größten Konzerne im Inland dar. Erfaßt werden die Unternehmen hier als wirtschaftliche Einheit; zum Konzern zusammengefaßte Unternehmen zählen als eine Einheit. Der Anteil am Umsatz der Gesamtwirtschaft betrug 1972: 21,7%; 1974: 24,6%; 1976: 24,4%; 1978: 24,2%. Während sich also der Anteil der 100 größten Konzerne am Industrieumsatz seit 1974 nicht mehr erhöht hat, hat die Konzentration unter den 100 größten weiter zugenommen. Der Anteil der sechs Spitzenreiter am Umsatz der 100 größten betrug 1972: 19,8%; 1974: 20,7%; 1976: 22,2%; 1978: 23,3%. Seit 1972 hat sich die Zusammensetzung der sechs größten Monopole nicht verändert (VEBA, Siemens, VW, Daimler-Benz, Thyssen, BASF). Drei von ihnen haben sich vier andere aus dem Kreis der 100 größten Konzerne einverleibt. Der VEBA-Konzern schluckte 1976 die Gelsenberg AG (1979 an Deutsche BP verkauft) und 1978 die Chemischen Werke Hüls. Zum Siemens-Konzern gehört seit 1978 die Kraftwerkunion, 1974 schlossen sich Thyssen AG und Rheinstahl (jetzt Thyssen Industrie AG) zusammen.

Der Umsatz liefert allerdings nur einen eingeschränkten Gesichtspunkt über die Stellung eines Konzerns. In der Mineralölverarbeitung – wie VEBA – wird dem Produkt, verglichen mit seinem hohen Wert vor Bearbeitung, relativ geringer Wert zugefügt. Der Umsatz steht für den Wert des Gesamtprodukts, die Wertschöpfung für den in diesem Konzern zugefügten Neuwert. Geringer Neuwert im Vergleich zum Gesamtwert kann auch bedeuten, daß ein Konzern einen großen Teil seiner Produkte von Zulieferern produzieren läßt. So etwa in der Automobilindustrie. Erstmals für 1978 hat die Monopolkommission eine Rangliste nach *Wertschöpfung* und nach Zahl der Beschäftigten aufgestellt. An der Spitze der Liste nach Wertschöpfung steht Siemens, gefolgt von Daimler-Benz, VW, Thyssen. Ganz ähnlich die Reihenfolge nach der Zahl der Beschäftigten. Während der Umsatzanteil der 100 größten Konzerne 1978 24,2% betrug, beuteten sie knapp 18% aller Lohnabhängigen aus und ließen 16,6% der Wertschöpfung produzieren.

Wie sehr die größten Industriemonopole untereinander und mit dem Bankkapital verbunden sind, darüber geben Beteiligungen und darüber hinaus personelle Verbindungen Auskunft. 37 Beteiligungen an den 100 größten Konzernen werden von anderen Konzernen aus dieser Gruppe gehalten, 33 Beteiligungen werden von Banken und Versicherungen gehalten. 65 der 100 größten Konzerne sind untereinander durch Gemeinschaftsunternehmen verbunden; VEBA ist allein mit 46 anderen Konzernen, Thyssen mit 42 verbunden. Von den 100 größten Konzernen (für 10 liegen keine Angaben vor) entsenden 40 Mitglieder ihrer Vorstände und Aufsichtsgremien in die entsprechenden Organe anderer Konzerne. 82 der 90 erfaßten Unternehmen sind durch Mehrfachmitgliedschaft von Aufsichtsräten und Vorständen verbunden. 57 Konzerne sind dadurch verbunden, daß ein Bankvertreter in mehreren Aufsichtsräten sitzt. Herausragend sind hierbei die drei Großbanken. Allein die Deutsche Bank ist in 40 der 100 größten Industriekonzernen vertreten, die Dresdner in 23, die Commerzbank in 14. Hierin kommt ihre Funktion als Leitstelle der ganzen Wirtschaft zum Ausdruck.

Ungarn: Privatisierung des Lebensmitteleinzelhandels

z.krk. Die Verstaatlichung des Lebensmitteleinzelhandels war seinerzeit eine der großen Errungenschaften der demokratischen Umgestaltung nach dem zweiten Weltkrieg in Ungarn. Durch staatlich festgelegte Preise und Kontrolle wurden Wucher und Plünderung der Bevölkerung im Lebensmittelhandel abgeschafft. Der vor zwei Wochen gefaßte Beschluß des Ministerrates über die neue Abrechnungsweise von kleineren Einzelhandelsläden und Restaurants bedeutet faktisch den Verkauf dieser Länden an einzelne Unternehmer. – Diese Leiter-Unternehmer bleiben zwar Angestellte des staatlichen Laden- oder Restauranteigentümers, sie betreiben aber den Laden auf eigenes Risiko, die Einheit funktioniert als selbständiges Unternehmen. Leiter und Eigentümer schließen miteinander einen Vertrag. Der Leiter zahlt eine – den bisherigen Gewinnen entsprechend festgelegte – Summe an den Eigentümer, der dafür für den Unterhalt der Räume und Einrichtungen sorgt. Was von den Einnahmen übrigbleibt, ist das steuerpflichtige Einkommen des Leiters, aus dem er auch Prämien an die Angestellten zahlen kann. Die Leitungsposten erhalten diejenigen, die bei der Bewerbung dem Staat das günstigste Angebot machen können, dh. den höchsten Profit in Aussicht stellen können. Betroffen sind 39 500 von 54 700 staatlichen Einzelhandelsläden.



Schüler einer Kopenhagener Volksschule holen in der großen Pause die belegten Brote und die Milch für ihre Klasse ab.

Kostenlose Schulspeisung in Kopenhagen durchgesetzt

z.bag.Aarhus. Seit dem 15.9. können alle Schüler Kopenhagens von den Vorschulklassen bis zum 10. Schuljahr eine kostenlose Mahlzeit in der großen Pause bekommen. 23000 Schüler nehmen an diesem Essen teil, das sind 63% der Schüler insgesamt, 80% aus den unteren Klassen. Erreicht wurde dies durch Druck zahlreicher Eltern auf die Parteien im Stadtrat, unterstützt von ärztlichen Untersuchungen über den Ernährungszustand der Schüler. Beim letzten Haushaltsplan mußten die Sozialdemokraten und die Revisionisten im Kopenhagner Stadtrat die Schulspeisung durchsetzen, was ihnen um so schwerer fiel, als die Regierung die Kommunen angewiesen hat, die öffentlichen Ausgaben drastisch einzuschränken.

Befragungen hatten ergeben, daß jeder dritte Schüler ohne Frühstück zum Unterricht kam und daß mehr als ein Drittel kein Schulbrot mitbekam. Wenn die Schüler von zu Hause Geld mitbekamen, kauften sie in der Pause meist Süßigkeiten und Pommes frites, Sachen, die schnell satt machen und relativ billig sind. Von den Schülern, die kein Pausenessen mithatten, gaben die meisten an, daß die Eltern bzw. sie selbst keine Zeit hatten, Brote zu machen und/oder daß Obst und ordentlicher Aufschnitt nicht im Haus war, weil das Geld dafür nicht reichte. Dahinter wird der ständig gefallene Reallohn der letzten Jahre sichtbar und die ständig gestiegene weibliche Beufstätigkeit. Nach neuesten Berechnungen des Gewerkschaftsbundes ist der Reallohn seit 1976 um 10% gefallen, der Anteil der Frauen in Lohnarbeit stieg von 27% (1972) auf heute 31%. Wegen der oft langen Anfahrtswege zu den stark zentralisierten Schulen haben auch viele der Schüler selbst morgens nicht genügend Zeit, Brote zu machen; macht man sie am Abend vorher, sind sie bis zum Mittag ziemlich trocken.

Das Essen, das die Schüler jetzt in der Mittagspause bekommen, besteht aus zwei belegten Broten, einer Tüte Milch und Obst und Gemüse. Es wird in kommunalen Küchen zubereitet, zu den Schulen gebracht und auf die Klassen verteilt. Für ausländische Schüler, vor allem aus dem islamischen Kulturbereich, wurden besondere Portionen ohne Schweinefleisch durchgesetzt. Diese ,,Gastarbeiterbrote'', wie die Kinder sie nennen, sind aber auch bei den dänischen Schülern beliebt, weil sie weniger Fett und mehr Vitamine enthalten.

In der zweitgrößten Stadt Dänemarks, Aarhus, existiert die kostenlose Schulmahlzeit schon seit 1949, allerdings nur von den Vorschulklassen bis zum 5. Schuljahr. Fast 16000 Schüler sind jetzt daran beteiligt, das sind rund 85%. Im letzten Jahr machten erst halb so viele von dem Angebot Gebrauch.

Die Durchsetzung der Schulspeisung auf Staatskosten ist eine wichtige Maßnahme der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die zunehmende Verengung der Reproduktion; wie auch die Vergesellschaftung der Reproduktion insgesamt ihren Interessen entspricht. Man darf dabei allerdings nicht zulassen, daß die Kosten – und mehr – über erhöhte Steuern wieder eingetrieben werden, wie es der neue Kopenhagener Haushaltsplan jetzt vorsieht.

Neue Demonstrationen in Zürich

Die Bewegung greift auf große Teile der Schweiz über

z.hew. In der vergangenen Woche berichtete die Presse über erneute Demonstrationen der Zürcher Jugendlichen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Die Bewegung für solche Jugendzentren hat inzwischen große Teile der Schweiz erfaßt. So berichtete die ,,Neue Zürcher Zeitung'' am 18.9., daß in St. Gallen die Diskussion über ein Jugendkulturzentrum und vor allem über dessen Verwaltung in Gang gekommen sei. Am 20.9. führten die Jugendlichen in Zug eine Kundgebung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum durch. Aufgerufen hatte die ,,Bewegung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Zug''.

Die Auseinandersetzungen in Zürich hatten sich an der Absicht, das autonome Jugendzentrum zu schließen, entwickelt. Seit Beginn des Monats haben sich ständig Demonstrationen und Zusammenschlüsse gegen diese Schließung gebildet. Mit brutalen Auflösungsversuchen der Polizei gegenüber den Demonstrationen der Züricher Jugendlichen gegen die Schließung ihres Jugendzentrums versuchte die Bourgeoisie der Bewegung Herr zu werden. Sie hat sie damit nicht zerschlagen können.

Am 4.9. schließlich stürmte die Polizei das Autonome Jugendzentrum in Zürich. Mit Massenfestnahmen am Tage der Stürmung unter den Jugendlichen, die sich im Haus befanden, sollte der Widerstand gegen die Schließung im Keim erstickt werden. 178 Jugendliche waren im Haus, davon wurden 137 ,,zur näheren Abklärung'', wie die ,,Neue Zürcher'' schreibt, festgenommen.

In den folgenden Tagen versuchten die Jugendlichen immer wieder, sich ihr Haus zurückzuholen. Große Kämpfe mit zahlreichen Festnahmen entwickelten sich. Noch am Tage der Stürmung des Autonomen Jugendzentrums führten die Jugendlichen eine Vollversammlung durch. Sie beschlossen eine Resolution, in der die sofortige Wiedereröffnung des Hauses und 500000 Franken für die Renovierung gefordert werden. Die Versammlung wurde mit einer Demonstration beendet.

Diese Resolution ist die Grundlage des weiteren Kampfes der Zürcher Jugendlichen für ihr Zentrum. Die Stärke der Bewegung hat bereits einige Spaltung in den Reihen des Stadtrates hervorgebracht. So konnte die Sozialdemokratische Partei und deren Fraktion nicht für die Schließung eintreten. In einer Sitzung des Stadtrates wurde keine Einigung erzielt, was nun mit dem Haus zu geschehen habe. Einig sind sich die bürgerlichen Parteien, daß das Haus auf der Grundlage der staatlichen Gesetze zu arbeiten habe. Die SP verspricht sich jedoch eine wirkungsvolle Zersetzung der Bewegung durch die sofortige Öffnung des Hauses unter den entsprechenden Bedingungen. Für die Jugendlichen schaffte das zumindest bessere Ausgangsbedingungen.



Erfüllung der Forderungen der Sinti (Zigeuner) durch die Bundesregierung!

z.mes. Der Verband Deutscher Sinti (Zigeuner) hat in einer Presseerklärung kritisiert, daß die Bundesregierung keinerlei Schritte zur Erfüllung der Forderungen der Sinti unternommen hat. Diese Forderungen waren im Zusammenhang mit der Gedenkkundgebung ,,In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt'' am 27. Oktober 1979 im ehemaligen KZ Bergen-Belsen erhoben worden.

Die Zigeuner, die sich selbst Roma oder Sinti nennen, stammen aus Indien und wanderten im 12. Jahrhundert in Europa ein. Als fremdes Volk waren sie besonders der Blutgesetzgebung gegen Betteln und Vagabundieren unterworfen, mit der den von ihrem Land vertriebenen Bauern mit Beginn der kapitalistischen Entwicklung die Disziplin des Lohnsklaven eingepeitscht werden sollte. Der Zugang zu den Handwerksberufen blieb den Sinti verwehrt.

keinen rassistischen, sondern kriminalpräventiven Charakter getragen hätten und sich nicht von Handlungen vor 1933 zur ,,Bekämpfung des Zigeunerunwesens'' unterschieden hätten. Auch der Siemens-Konzern weigert sich, Entschädigungen an Sinti zu zahlen, die als KZ-Häftlinge bei Siemens Zwangsarbeit verrichten mußten.

Nach 1945 wurde einem Teil der überlebenden Sinti sogar noch die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Die überlebenden Sinti-Familien gerieten zunehmend in die Abhängigkeit von Sozialhilfe. Von den Behörden wurden ihnen Wohnplätze außerhalb der Städte, neben Müllhalden und Autobahnen, zwischen Ratten und Schrott zugewiesen, häufig ohne die notdürftigsten sanitären Einrichtungen. Nach wie vor sind die Sinti Überfällen von großen Polizeiaufgeboten ausgesetzt.

In dem ,,Memorandum der Roma

in Deutschland lebende Volksgruppe; Förderung ihrer Zusammenschlüsse und kulturellen Aktivitäten.
6. Wohnungsbauprogramm in Absprache mit den deutschen Roma.
7. Beseitigung der Verunglimpfung der Roma in der Verwaltungspraxis; Wohnwagenplätze mit sanitären Anlagen und Gemeinschaftseinrichtungen.

Seit Vorlage der Forderungen vor einem Jahr hat sich inbezug auf die Staatsangehörigkeit, die Entschädigungspraxis und die Unterbringung nichts wesentliches geändert, kritisiert der Verband Deutscher Sinti. Stattdessen hat die Bundesregierung die Finanzierung eines Kulturzentrums der Sinti ausdrücklich abgelehnt mit dem Hinweis, daß sie bereits einen Kindergarten eingerichtet habe.

In den letzten Jahren haben die Sinti sich über den traditionellen Sippenrahmen hinaus zu organisieren begonnen, um ihre Forderungen durchzusetzen

letzten Haushaltsplan mußten die Sozialdemokraten und die Revisionisten im Kopenhagner Stadtrat die Schulspeisung durchsetzen, was ihnen um so schwerer fiel, als die Regierung die Kommunen angewiesen hat, die öffentlichen Ausgaben drastisch einzuschränken.

Befragungen hatten ergeben, daß jeder dritte Schüler ohne Frühstück zum Unterricht kam und daß mehr als ein Drittel kein Schulbrot mitbekam. Wenn die Schüler von zu Hause Geld mitbekamen, kauften sie in der Pause meist Süßigkeiten und Pommes frites, Sachen, die schnell satt machen und relativ billig sind. Von den Schülern, die kein Pausenessen mithatten, gaben die meisten an, daß die Eltern bzw. sie selbst keine Zeit hatten, Brote zu machen und/oder daß Obst und ordentlicher Aufschnitt nicht im Haus war, weil das Geld dafür nicht reichte. Dahinter wird der ständig gefallene Reallohn der letzten Jahre sichtbar und die ständig gestiegene weibliche Beufstätigkeit. Nach neuesten Berechnungen des Gewerkschaftsbundes ist der Reallohn seit 1976 um 10% gefallen, der Anteil der Frauen in Lohnarbeit stieg von 27% (1972) auf heute 31%. Wegen

den Schulen gebracht und auf die Klassen verteilt. Für ausländische Schüler, vor allem aus dem islamischen Kulturbereich, wurden besondere Portionen ohne Schweinefleisch durchgesetzt. Diese ,,Gastarbeiterbrote'', wie die Kinder sie nennen, sind aber auch bei den dänischen Schülern beliebt, weil sie weniger Fett und mehr Vitamine enthalten.

In der zweitgrößten Stadt Dänemarks, Aarhus, existiert die kostenlose Schulmahlzeit schon seit 1949, allerdings nur von den Vorschulklassen bis zum 5. Schuljahr. Fast 16000 Schüler sind jetzt daran beteiligt, das sind rund 85%. Im letzten Jahr machten erst halb so viele von dem Angebot Gebrauch.

Die Durchsetzung der Schulspeisung auf Staatskosten ist eine wichtige Maßnahme der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die zunehmende Verengung der Reproduktion; wie auch die Vergesellschaftung der Reproduktion insgesamt ihren Interessen entspricht. Man darf dabei allerdings nicht zulassen, daß die Kosten – und mehr – über erhöhte Steuern wieder eingetrieben werden, wie es der neue Kopenhagener Haushaltsplan jetzt vorsieht.

che waren im Haus, davon wurden 137

Erfüllung der Forderungen der Sinti (Zigeuner) durch die Bundesregierung!

z.mes. Der Verband Deutscher Sinti (Zigeuner) hat in einer Presseerklärung kritisiert, daß die Bundesregierung keinerlei Schritte zur Erfüllung der Forderungen der Sinti unternommen hat. Diese Forderungen waren im Zusammenhang mit der Gedenkkundgebung ,,In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt'' am 27. Oktober 1979 im ehemaligen KZ Bergen-Belsen erhoben worden.

Die Zigeuner, die sich selbst Roma oder Sinti nennen, stammen aus Indien und wanderten im 12. Jahrhundert in Europa ein. Als fremdes Volk waren sie besonders der Blutgesetzgebung gegen Betteln und Vagabundieren unterworfen, mit der den von ihrem Land vertriebenen Bauern mit Beginn der kapitalistischen Entwicklung die Disziplin des Lohnsklaven eingepeitscht werden sollte. Der Zugang zu den Handwerksberufen blieb den Sinti verwehrt.

Mit dem ,,Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen' von 1926 konnte Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren über Sinti verhängt werden, die geregelte Arbeit nicht nachweisen konnten. Die Faschisten organisierten dann den systematischen Völkermord – ca. 500000 europäische Roma wurden von ihnen ermordet. Nach 1945 setzte die Müncher Zigeunerpolizei (später: ,,Landfahrerzentrale'') ihre Arbeit an der rassischen Verfolgung mit der zentralen Zigeuner-Kartei fort. Entschädigungen an Sinti wurden z.T. durch ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes von 1956 verweigert, nach dem die Gewaltmaßnahmen der Faschisten, also auch medizinische Experimente, Sterilisierung und Ermordung, gegenüber den Zigeunern keinen rassistischen, sondern kriminalpräventiven Charakter getragen hätten und sich nicht von Handlungen vor 1933 zur ,,Bekämpfung des Zigeunerunwesens'' unterschieden hätten. Auch der Siemens-Konzern weigert sich, Entschädigungen an Sinti zu zahlen, die als KZ-Häftlinge bei Siemens Zwangsarbeit verrichten mußten.

Nach 1945 wurde einem Teil der überlebenden Sinti sogar noch die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Die überlebenden Sinti-Familien gerieten zunehmend in die Abhängigkeit von Sozialhilfe. Von den Behörden wurden ihnen Wohnplätze außerhalb der Städte, neben Müllhalden und Autobahnen, zwischen Ratten und Schrott zugewiesen, häufig ohne die notdürftigsten sanitären Einrichtungen. Nach wie vor sind die Sinti Überfällen von großen Polizeiaufgeboten ausgesetzt.

In dem ,,Memorandum der Roma-Welt-Union und des Verbandes Deutscher Sinti'' haben die Sinti ihre Forderungen als unterdrückte Nationalität gegen die Bundesregierung erhoben:

1. Die Bundesregierung soll den Tatbestand des Völkermordes an den europäischen Roma durch das Dritte Reich anerkennen, angemessene individuelle und kollektive Entschädigungen zahlen.
2. Rückgabe entzogener Staatsangehörigkeit, bzw. Gewährung derselben.
3. Gesetze und Verordnungen sollen auf Diskriminierung der Roma hin untersucht werden.
4. Behandlung der Vernichtung der europäischen Roma im Geschichtsunterricht.
5. Anerkennung der Sinti und Roma als eigenständige, seit Jahrhunderten in Deutschland lebende Volksgruppe; Förderung ihrer Zusammenschlüsse und kulturellen Aktivitäten.
6. Wohnungsbauprogramm in Absprache mit den deutschen Roma.
7. Beseitigung der Verunglimpfung der Roma in der Verwaltungspraxis; Wohnwagenplätze mit sanitären Anlagen und Gemeinschaftseinrichtungen.

Seit Vorlage der Forderungen vor einem Jahr hat sich inbezug auf die Staatsangehörigkeit, die Entschädigungspraxis und die Unterbringung nichts wesentliches geändert, kritisiert der Verband Deutscher Sinti. Stattdessen hat die Bundesregierung die Finanzierung eines Kulturzentrums der Sinti ausdrücklich abgelehnt mit dem Hinweis, daß sie bereits einen Kindergarten eingerichtet habe.

In den letzten Jahren haben die Sinti sich über den traditionellen Sippenrahmen hinaus zu organisieren begonnen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Neben örtlichen Aktionen diente dazu auch der Hungerstreik auf dem Gelände des ehemaligen KZ Dachau im Frühjahr.

Bei den Aktivitäten wird die Kultur der Sinti und Roma genutzt und werden kulturelle Beiträge entwickelt, die direkt in den Dienst dieses Kampfes gestellt werden.



Kundgebung der Sinti und Roma im ehemaligen KZ Bergen-Belsen am 27.10.79.

Lustig ist das Zigeunerleben

Lustig ist das Zigeunerleben,
faria, faria-ho,
Staat braucht ihm keine Rechte zu geben,
faria, faria-ho.
Gar lustig war es in Buchenwald,
wo des Zigeuners Aufenthalt.
Faria, faria, faria, faria-ho.

In Auschwitz war'n Duschen
gar lustig und fein,
da kriegte man Seife
und durfte hinein.

Warum sich denn fürchten
vor Dachau mit Graus?
Als Mensch kam'ste rein,
als Rauch kam'ste raus.

Lustig ist das Zigeunerleben,
Staat braucht keine Entschädigung geb'n.

– Halt, Du sag mal:
wieso zahlen die immer noch nicht?
– Mann, wir sind doch nur Zigeuner!

Ob Jungnazis kommen,
ob Altnazis gehn,
in Auschwitz da kriegt uns
kein Arsch mehr zu sehn.

Lustig wär' das Zigeunerleben,
würd' ihm der Staat
seine Rechte geb'n.
Schön wär's in einem Staat,
der aller Menschen Rechte wahrt.

Duo Z

,,Jenö war mein Freund'' – Naturschutz für Sinti – Eine Schulbuchgeschichte

z.hew. Eine Standardgeschichte der Deutschbücher für die 7. Klasse ist ,,Jenö war mein Freund'' von Wolf-Dietrich Schnurre. Die Geschichte ist als Erzählung über die Erlebnisse eines Jungen, der Freundschaft mit Jenö, einem Sinti, schließt, geschrieben. Schnurre behandelt in dieser Erzählung vor allem vielerlei Absonderlichkeiten der Sinti, verbindet diese Schilderung aber auch mit einer Kritik an der Verfolgung der Sinti durch den Faschismus. Seine Darstellung in Auszügen: ,,‚Igel', sagte Jenö, ‚die schmecken auch nicht schlecht' ... Wir tranken Kaffee und Vater hielt sich auch wirklich hervorragend. Obwohl Jenö wie ein Wiedehopf roch und sich auch sonst ziemlich komisch benahm – Vater ging darüber hinweg ... Als Jenö weg war, fehlte das Barometer ... Besonders Jenös Großmutter mochte ich gut leiden. Sie war unglaublich verwahrlost, das stimmt. Aber sie strahlte so viel Würde aus, daß man ganz andächtig wurde in ihrer Nähe. Sie sprach kaum; meist rauchte sie nur schmatzend ihre Stummelpfeife und bewegte zum Takt eines der Lieder, die von den Lagerfeuern erklangen, die Zehen ... Am meisten hat sich Jenö jedoch für meine elektrische Eisenbahn interessiert; jedesmal, wenn wir mit ihr gespielt hatten, fehlte ein Waggon mehr. Als er dann aber auch an die Schienenteile, die Schranken und die Signallampen ging, fragte ich doch mal Vater um Rat. ‚Laß nur', sagte er ‚kriegst eine neue, wenn Geld da ist.' Am nächsten Tag schenkte ich Jenö die alte. Aber merkwürdig, jetzt wollte er sie plötzlich nicht mehr; er war da komisch in dieser Beziehung.''

Was Schnurre hier konstruiert, ist das Bild exotischer Lebewesen, die eben genauso erhaltenswert sind wie ein Wiedehopf. Schnurre stellt die Sinti als Menschen dar, denen die Lebensgewohnheiten des Jungen und seiner Umgebung völlig fremd sind. Darüber bekommt der Leser den Eindruck, daß es doch recht verständlich ist, wenn Schnurrre die Nachbarn zum Blockwart gehen läßt. Wenn auch die Deportation der Sinti am Ende der Geschichte als nicht ganz angemessen erscheint. Man hätte eben, wie der Vater, die Sinti als Exoten dulden müssen.

Die Leitfragen in den Schulbüchern tun ein übriges, um die Vorurteile über die Sinti zu erhärten. Berichtet der Junge, er habe von Jenö Rotwelsch gelernt, so erläutert das Schulbuch ,,Lesen – Darstellen – Begreifen'' Ausgabe C: ,,Rotwelsch ist die Geheimsprache der Vagabunden. Dazu gehört die Sprache der Gauner, der Bettler, der Zigeuner.'' Könnte man dem Jungen noch unterstellen, er meine mit Rotwelsch Romani, die Sprache der Sinti, so ist diese Erläuterung mehr als eindeutig.

Ergänzt durch Aufgabenstellungen wie ,,Jenö war ganz anders als sein Freund. Belege das'', wird den Schülern nicht die Notwendigkeit der Solidarität mit den Sinti in ihrem Kampf um gleiche Rechte vermittelt, sondern in erster Linie ein Bewußtsein des Andersseins.

Hochschulgesamtplan der Landesregierung

b.ang. Als einen Schwerpunkt des Landeshaushaltsentwurfs für 81 hat Finanzminister Titzk benannt, „die Situation an den Schulen und Hochschulen *noch* positiver zu gestalten". (KN, 17.9.80, S. 5) Damit hat er dezent einen Zustand, in dem mehr als 30 Schüler in einer Klasse und mehr als 100 Studenten in einem Seminarraum sitzen, für „positiv" erklärt. Tatsache ist, daß mit der Vorlage des 2. Bildungsgesamtplans für den Zeitraum 1980 bis 1990 von Seiten der Bundes- und Landesregierungen die weitere Überfüllung z.B. der Hochschulen bei gleichzeitiger Stagnation der Personal- und Sachmittel, festgelegt ist. Die Überlastung der Hochschulen wird von 126% 1980 auf 137% 1985 steigen. Das rechnerische Verhältnis zwischen Studenten und wissenschaftlichem Personal wird von 11,5 Studenten pro Stelle für wissenschaftliches Personal auf 12,3 1985 und 12,1 1990 steigen. Die 1977 von allen Ländern einheitlich beschlossene Kapazitätsverordnung wird durch einen „Überlastzuschlag" faktisch außer Kraft gesetzt. Dazu Bildungsminister Schmude: „Die dadurch (durch die geburtenstarken Jahrgänge) bedingte vorübergehende Überbeanspruchung der Kapazitäten erscheint jedoch für eine begrenzte Zeitspanne vertretbar" (Pressemitteilung zur 10. Hochschulausbauplanung, 23.6.80).

Die schleswig-holsteinische Landesregierung gibt sich alle Mühe, bei dieser Politik auch noch eine Vorreiterrolle einzunehmen. So zeigt der Vergleich der 2. mit der 1. Tabelle, daß ihre Ausgaben pro Student immer noch unter den Ausgaben im Bundesdurchschnitt liegen. Mit dem Hochschulgesamtplan für Schleswig-Holstein hat sie für die Pädagogischen Hochschulen eine Höchstlast von 3375 Studienplätzen festgelgt, für die Universität von 13850. Bereits diese Höchstlast überschreitet die Normallast, die aus den vom Wissenschaftsrat empfohlenen fächerbezogenen Personalrichtwerten ermittelt wird. Für die Universität werden darüberhinaus weitere 1150 Studienplätze als tragbare Überlast festgelegt.

Gleichzeitig hält die Landesregierung „nennenswerte Personalvermehrungen" für „nicht erforderlich" (Hochschulgesamtplan, S. 97). An der PH Kiel z.B. sind außerdem in der Regel 10% der Dozentenstellen nicht besetzt (nach Jahresberichten des PH-Präsidiums).

In § 3 des Hochschulrahmengesetzes mußten sich die Regierungen auf die Gewährleistung eines „ordnungsgemäßen Studiums" verpflichten. Darauf kann sich die Studentenbewegung beziehen in ihrem Kampf für die Einstellung zusätzlicher Dozenten. Sie muß dabei die Einheit suchen mit den Beschäftigten an den Hochschulen, für die die Personalpolitik der Landesregierung 1000-fache Durchbrechung der 40-Stundenwoche bedeutet.

Ausgaben der schleswig-holsteinischen Landesregierung für Hochschulen

Jahr	Gesamtausg. KuMi (in TDM)	Uni Kiel	PHen (in TDM)	FHen	Stud.zahl Uni Kiel	Ausgaben pro Stud. Uni Kiel
1971	839158	123200	15765	18374	8101	15208
1972	917908	95455	10175	17604	9090	10501
1973	1056725	128680	11893	19532	9376	13724
1974	1139654	106823	10921	22139	9570	11162
1975	1444420	135155	15388	29286	10308	13111
1976	1546544	124512	15110	29366	11022	11296
1977	1585580	119164	14141	35223	11471	10388
1978	1775316	130638	14158	35020	11933	10947
1979	1789022	134991	14676	32994	12243	11026
1980	1853293	153365	15134	34593		

(Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein)

Ausgaben der Bundes- und Landesregierungen für Hochschulen

Jahr	Stud. an HS (1000)	Ausg. anf. (1000)	Ausg. insg. Mio DM	Ausg. Stud. in DM	Ausg. Schüler in DM	Ausg. Berufss. in DM
1969	384,7	90,6	5397	10760	1477	833
1970	422,0	86,4	6870	10310	1634	942
1971	478,4	94,5	8426	11052	1982	1111
1972	658,2	119,3	9440	11717	2137	1204
1973	726,9	153,9	10685	12420	2364	1383
1974	788,8	159,4	12813	12662	2716	1556
1975	836,0	164,6	13584	12442	2907	1676
1976	872,1	157,3	13782	12017	2948	1840
1977	905,9	165,0	14330	11564	3091	1911

regierung gibt sich alle Mühe, bei die- der 40-Stundenwoche bedeutet.

Ausgaben der schleswig-holsteinischen Landesregierung für Hochschulen

Jahr	Gesamtausg. KuMi (in TDM)	Uni Kiel	PHen (in TDM)	FHen	Stud.zahl Uni Kiel	Ausgaben pro Stud. Uni Kiel
1971	839158	123200	15765	18374	8101	15208
1972	917908	95455	10175	17604	9090	10501
1973	1056725	128680	11893	19532	9376	13724
1974	1139654	106823	10921	22139	9570	11162
1975	1444420	135155	15388	29286	10308	13111
1976	1546544	124512	15110	29366	11022	11296
1977	1585580	119164	14141	35223	11471	10388
1978	1775316	130638	14158	35020	11933	10947
1979	1789022	134991	14676	32994	12243	11026
1980	1853293	153365	15134	34593		

(Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein)

Ausgaben der Bundes- und Landesregierungen für Hochschulen

Jahr	Stud. an HS (1000)	Ausg. anf. (1000)	Ausg. insg. Mio DM	Ausg. Stud. in DM	Ausg. Schüler in DM	Ausg. Berufss. in DM
1969	384,7	90,6	5397	10760	1477	833
1970	422,0	86,4	6870	10310	1634	942
1971	478,4	94,5	8426	11052	1982	1111
1972	658,2	119,3	9440	11717	2137	1204
1973	726,9	153,9	10685	12420	2364	1383
1974	788,8	159,4	12813	12662	2716	1556
1975	836,0	164,6	13584	12442	2907	1676
1976	872,1	157,3	13782	12017	2948	1840
1977	905,9	165,0	14330	11564	3091	1911

(Quelle: Bildung in Zahlen 1980, hrsg. vom Statistischen Bundesamt)

Obstbauern gegen Ruinierung

Benutzung der Obstlager kostenlos!

b.ins. „Die Lage wird immer bedrohlicher. Es gibt kaum noch einen Bauern, dessen Hof nicht vollends verschuldet ist. Wenn nicht bald Hilfe kommt, sind wir am Ende", so der Vorsitzende der „Interessengemeinschaft junger Obstbauern an der Niederelbe". Auch die lokale FDP muß zugestehen, daß, wenn die Entwicklung der letzten Jahre im Obstbau anhält, in fünf Jahren nur noch 25% der Obstbauern existieren würden. Angesichts dieser Lage kommen die bürgerlichen Politiker nicht darum herum, sich zur Lage der Obstbauern zu äußern. „Das Alte Land hat sich noch nicht an die neuen Verhältnisse in der Landwirtschaft angepaßt. Weder die Produktion, noch die Vermarktung ist auf dem neuesten Stand." Ertl, Landwirtschaftsminister in der SPD/FDP-Regierung, weiß, wovon er redet. Im „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 – 1985" geht sein Koalitionspartner SPD von folgendem aus: „Wenn ... in den zehn Jahren von 1970 bis 1980 ca. 40% der Erwerbstätigen altersbedingt aus der Landwirtschaft ausscheiden, dann müssen immer noch ... rund 300000 in der Bundesrepublik vor dem Erreichen der Altersgrenze den Sektor Landwirtschaft verlassen." Daß die kleinen Höfe über die Konzentration in die Verschuldung und dann zur Aufgabe gezwungen werden, ist kein Geheimnis mehr. Daß die Bundesregierung diesen Prozeß nach Möglichkeit beschleunigen will, vertritt sie auch zunehmend offener. Für unrentable Höfe darf es keine Subventionen geben, erklärt Ertl dann auch unumwunden den Obstbauern. Entsprechend dieser Absicht werden bereits bewilligte Subventionen rückgängig gemacht. Das 2. Agrarsoziale Ergänzungsgesetz ist eine solche Maßnahme: Bislang erhielten Bauern kleiner Höfe eine Rente, wenn sie 85% der bewirtschafteten Fläche an als förderungswürdig geltende Höfe verpachteten und die verbleibende Fläche noch selbst bewirtschafteten. Mit dem 2. Ergänzungsgesetz wird die Gewährung der Landabgabenrente ausgeschlossen, wenn auf der verbliebenen Fläche irgendetwas für den Verkauf produziert wird. Produktion auf kleinsten Flächen soll damit unterbunden werden.

Die „strukturverbessernden" Vorschläge der Bürgerlichen richten sich nur an die Großbauern. Ertl: Die Bauern müßten zeitlich unabhängig von der Ernte werden. D.h., es sollen mehr Speziallager (mit kontrollierter Atmosphäre) gebaut werden, in denen sich das Obst das ganze Jahr über hält. Über solche verfügen bisher meist die Genossenschaften und Erzeugerorganisationen. Kleine Bauern können die teuren Lagergebühren nicht mehr aufbringen. Oder EG-Kommissar Brunner (FDP): „Sie müssen die industrielle Verwertung des Obstes ausbauen." Gemeint ist der Verkauf an Mostereien, Schnapsbrennereien, Marmeladenindustrie – statt zu besserem Preis als Tafelobst. Um dabei nicht bankrott zu gehen, muß der Anbau mit den rationellsten Methoden betrieben werden. Teilweise wird die verarbeitende Industrie in der EG bereits subventioniert, um überhaupt EG-Obst aufzukaufen und nicht das billigere Ostblockobst



heimnis mehr. Daß die Bundesregierung diesen Prozeß nach Möglichkeit beschleunigen will, vertritt sie auch zunehmend offener. Für unrentable Höfe darf es keine Subventionen geben, erklärt Ertl dann auch unumwunden

gehen, muß der Anbau mit den rationellsten Methoden betrieben werden. Teilweise wird die verarbeitende Industrie in der EG bereits subventioniert, um überhaupt EG-Obst aufzukaufen und nicht das billigere Ostblockobst



Obstbauern im Niederelbegebiet kämpfen gegen ihre Ruinierung

Gewerkschaftsjugend Holstein faßt Beschlüsse zur Jugendarbeit.

b.kav. Am 20./21.9. haben sich Mitglieder der Kreisjugendausschüsse Kiel und Neumünster sowie des Ortsjugendausschusses Kiel in Rendsburg zu einem Arbeitstreffen versammelt, um Schwierigkeiten der Jugendarbeit und das weitere Vorgehen zu beraten. Beschlossen wurde, für die Kreisjugendkonferenzen in Kiel (1.11.) und Neumünster (15.11.) Anträge zu formulieren, die festlegen, die Ausbildungssituation in den Berufsschulen und Betrieben zu erfassen. Hierzu soll ein Fragebogen erarbeitet werden, der an den Berufsschulen in die Klassen gegeben wird. Er soll Fragen zu Arbeitsbedingungen, Ausbildungsplänen, Umfang der Ausbildung, Überstunden, Bezahlung, Ausfall von Berufsschulstunden, Qualität der Berufsschulausbildung, Qualität der Lernmittel und der Unterrichtsräumlichkeiten und zum Lehrermangel enthalten. Zur Durchführung der Fragebogenaktion will sich die Gewerkschaftsjugend auf die Berufsschul-SVen stützen und diese auch zu den Kreisjugendkonferenzen einladen. Im Rahmen der Konferenzen sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, die die wichtigsten Ausführungsbeschlüsse beraten und erste praktische Schritte einleiten.

ABM-Arbeiter in Buchholz: Festeinstellung nach Tarif!

b.klb. Seit dem 1. Juni 1980 führt in Buchholz/Nordheide zum 2. Mal das Arbeitsamt eine einjährige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch. Träger dieser Neuauflage des Reichsarbeitsdienstes ist die Stadt Buchholz. Bezahlt wird sie zu 80% aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Zu Löhnen zwischen 700 und 900 Mark, je nach Alter, werden die 12 jugendlichen und heranwachsenden ABM-Arbeiter auf dem städtischen Bauhof, in der Stadtbücherei und im Schwimmbad ausgebeutet. Die Arbeiter sind in der Regel vorher arbeitslos gewesen. Haben sie ihr Jahr rum, haben sie keinerlei Anspruch auf Übernahme durch den Träger. Für sie gilt weder der Lohn- noch der Manteltarifvertrag der ÖTV, so bekommen sie auch weder Urlaubs-, noch Weihnachtsgeld und haben kein Personalvertretungsrecht. Die Forderung nach Abschaffung der ABM und fester Übernahme aller ABM-ler durch die Träger wird von den ABM-Arbeitern allgemein begrüßt und unterstützt. Die Stadt läßt gegen die Forderung verbreiten, die Arbeitskraft der ABM-ler würde eigentlich gar nicht gebraucht. Als wenn die Arbeiten sich von selbst erledigen würden und die

b.klb. Seit dem 1. Juni 1980 führt in Buchholz/Nordheide zum 2. Mal das Arbeitsamt eine einjährige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch. Träger dieser Neuauflage des Reichsarbeitsdienstes ist die Stadt Buchholz. Bezahlt wird sie zu 80% aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Zu Löhnen zwischen 700 und 900 Mark, je nach Alter, werden die 12 jugendlichen und heranwachsenden ABM-Arbeiter auf dem städtischen Bauhof, in der Stadtbücherei und im Schwimmbad ausgebeutet. Die Arbeiter sind in der Regel vorher arbeitslos gewesen. Haben sie ihr Jahr rum, haben sie keinerlei Anspruch auf Übernahme durch den Träger. Für sie gilt weder der Lohn- noch der Manteltarifvertrag der ÖTV, so bekommen sie auch weder Urlaubs-, noch Weihnachtsgeld und haben kein Personalvertretungsrecht. Die Forderung nach Abschaffung der ABM und fester Übernahme aller ABM-ler durch die Träger wird von den ABM-Arbeitern allgemein begrüßt und unterstützt. Die Stadt läßt gegen die Forderung verbreiten, die Arbeitskraft der ABM-ler würde eigentlich gar nicht gebraucht. Als wenn die Arbeiten sich von selbst erledigen würden und die
Stadt nicht ohne ABM-Arbeiter fest zu den üblichen tariflichen Bedingungen anstellen müßte. Einer der Arbeiter dazu: „Ohne uns würde hier, besonders in der Urlaubszeit, nichts laufen."

NDR-Staatsvertrag § 6: „Der NDR trägt zur Verwirklichung der FdGO bei"

Am 20.8. unterzeichneten die 3 Ministerpräsidenten der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg den neuen Staasvertrag des NDR, der am 1.1.1981 in Kraft tritt. Am 6.9. beschloß der Verwaltungsrat des NDR die Einführung der Hörfunkwerbung. Gegen beides gibt es Widerstand seitens der RFFU, der DGB-Gewerkschaft der Beschäftigten bei Rundfunk und Fernsehen, wie auch der anderen DGB-Gewerkschaften und zahlreicher Initiativen. Bis einschließlich 1983 sind Werbesendungen im NDR auf 42 Minuten pro Tag, im Block von höchstens 5 Minuten pro Stunde zwischen 5.50 Uhr und 20.00 Uhr festgelegt. Die Werbung nahm bereits 1970 im Durchschnitt 6% der Sendezeit der Rundfunkanstalten der BRD ein und liegt damit bereits höher als im ZDF mit 4,7%. Begründet wurde die Einführung der Werbung mit der Finanzierung der Regionalisierung des NDR.

Nach §35 des Staatsvertrages wird Dauer und Struktur der Werbung festgelegt durch entsprechende Vereinbarungen der Regierungen der Länder. Zahlungskräftige Nachfrage nach Sendezeiten durch die Kapitalisten wird den „Bedarf" längerer Werbespots und entsprechende Kürzung der übrigen Programmteile schnell herstellen.

Die RFFU ist gegen die Werbung, weil Rationalisierungen und Entlassungen sowie größerer Einfluß der Kapitalisten auf die Programme befürchtet werden. Der Staatsvertrag über den NDR bindet das Sendeprogramm an das Grundgesetz. Daß das Privateigentum der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln und die politische Herrschaft der Bourgeoisie geschützt und verteidigt werden, regeln die Bestimmungen bis ins einzelne. §12 regelt „die Pflicht zur Verbreitung einer Gegendarstellung besteht nicht, wenn die betroffene Person, Gruppe oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat." Über die Berechtigung entscheidet der Rundfunkrat. Der Rundfunkrat ist so zusammengesetzt, daß die Parteien der Bourgeoisie, Kapitalisten- und Kirchenverbände in ihm die Mehrheit haben. Über die Zulassung „weiterer gesellschaftlich bedeutsamer Gruppen und Organisationen" entscheiden die Länderregierungen, bei denen sie beantragt werden muß. 9 Sitze dafür sind im 30-köpfigen Rundfunkrat vorgesehen, 2 davon für Hamburg. An die 100 Initiativen und Organisationen haben sich beworben. Auch der DGB verfügt über 2 Sitze. Über die Vergabe der Sendefrequenzen und die Staatsverträge kontrolliert die Bourgeoisie Rundfunk und Fernsehen, und setzt sie ein zur Indoktrinierung der Volksmassen. In der Weimarer Republik hat die KPD dagegen eine Politik verfolgt, selbst Sender zu errichten und solche Fähigkeiten herauszubilden, um die Sendungen der staatlichen Programme zu unterbrechen und zu kommentieren. Sie hat Zahlstreiks gegen die bürgerlichen Sender durchgeführt und „Abhörabende" veranstaltet, an denen die Sendungen gehört, kritisiert und anschließend mit verschiedenen Aktionen angegriffen wurden.

Rechtsgrundlagen des Rundfunk

Deutsches Reich. Hans Bredow, Kapitalist und Staatssekretär im Reichspostministerium, begann mit der Unterwerfung des Rundfunks unter die Hoheit des bürgerlichen Staates. Die Post stellte die Funksendeanlagen zur Verfügung und setzte durch einseitigen Hoheitsakt die Bedingungen fest, zu denen sie den Rundfunkgesellschaften eine Lizenz, genannt „Genehmigung zur Benutzung von Funksendeanlagen der deutschen Reichspost für die Zwecke des Unterhaltungsfunks" gab.

Die Weimarer Verfassung ordnete in Artikel 6,7 an, daß „das Reich die ausschließliche Gesetzgebung über das Post- und Telegrafenwesen einschl. des Fernsprechwesens" habe.

14.5.1924, Verfügung des Reichspostministers über den Unterhaltungsfunk: die Sender gehören der Deutschen Reichspost, Zusammenstellung und Abgabe der Unterhaltungsprogramme ist Sache der Sendeanstalten, das Reichspostministerium schließt mit diesen entsprechende Abkommen.

14.1.1928, Fernmeldeanlagengesetz: dem Postminister werden eindeutige gesetzliche Möglichkeiten erteilt, die Verleihungsbedingungen für die Rundfunklizenzen festzulegen. §1: Allein das Reich hat das Recht, Fermeldeanlagen zu errichten und zu betreiben. Darunter fallen alle Funkanlagen (ohne ausdrückliche Erwähnung des Rundfunks.) §2: Der Reichspostminister hat die Befugnis, das Recht zum Betrieb einzelner Fernmeldeanlagen zu lizensieren und die Bedingungen der Verleihung festzusetzen.

Die Hitlerregierung hat das Fernmeldeanlagengesetz nicht außer Kraft gesetzt.

Die westlichen Besatzungsmächte haben das Fernmeldeanlagengesetz nicht außer Kraft gesetzt.

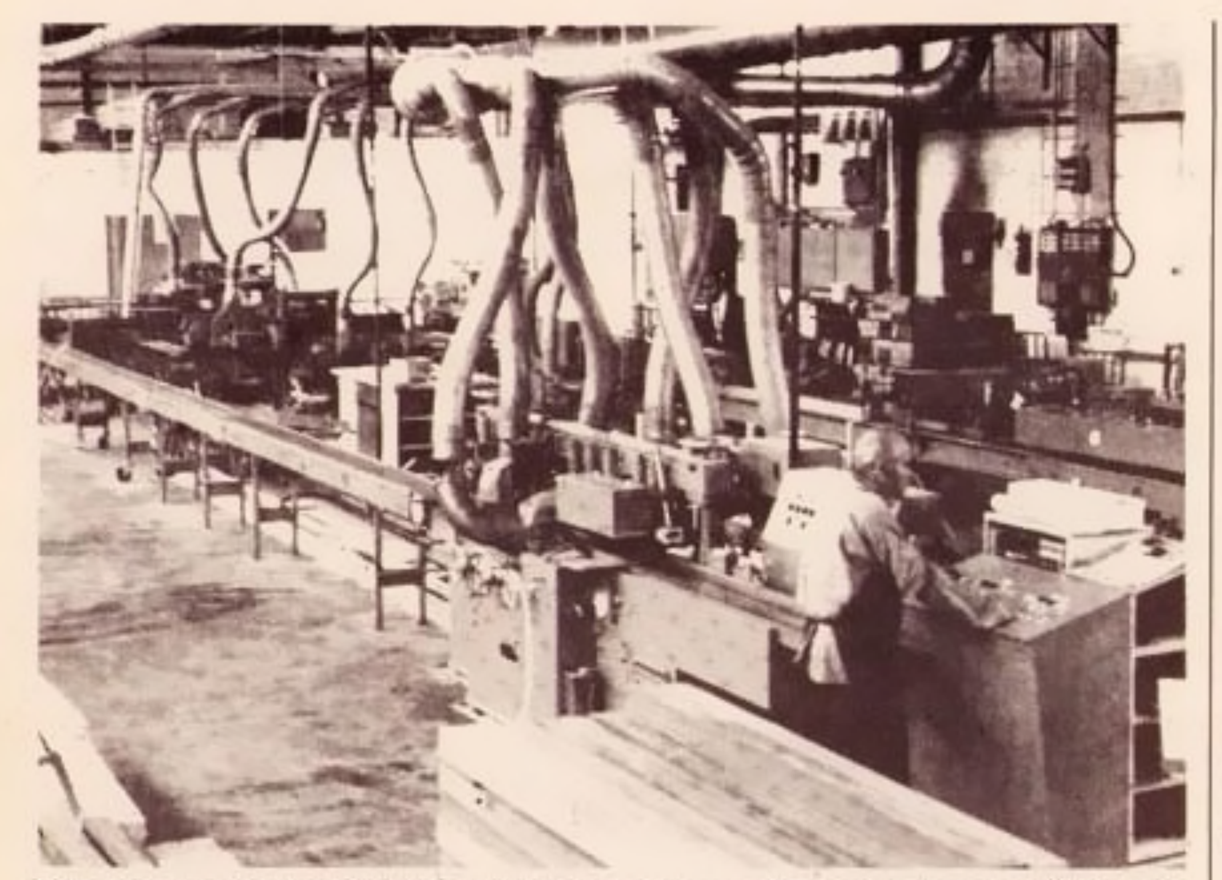
Bei der Beratung des Grundgesetzes wird mit Artikel 73,7 der Inhalt des Fernmeldeanlagengesetzes übernommen. Auf Grundlage der staatlichen Rundfunkhoheit haben die Bundesländer die Kompetenz für die Organisierung der Rundfunkanstalten, die sich dann 1951 im Staatsvertrag über den Südwestfunk, 1955 im Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk niederschlägt. Für die übrigen Sendeanstalten gelten gesetzliche Regelungen: Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk 1954, Gesetz über den Sender Freies Berlin 1953, Gesetz über den Saarländischen Rundfunk 1956, Gesetz über den Bayrischen Rundfunk 1948, Gesetz über den Hessischen Rundfunk 1948.

Parteien auf dem Prüfstand des DGB

b.pes. Am 18.9. fand in Lübeck eine Podiumsdiskussion des DGB mit den Bundestagsabgeordneten Eymer (CDU), Engholm (SPD),Halbedel (FDP) statt. „Stärkung der NATO und der Bundeswehr, um den Frieden in Stärke zu sichern", „verstärkte Investitionen im Rüstungsbereich", „Ausbau der Kernenergie", „Schutz der Familie", waren die Kernaussagen des Eymer, der mit seinem offen reaktionären Anschauungen auf breite Ablehnung unter den ca. 300 anwesenden Gewerkschaftern stieß. Engholm und Halbedel versuchten, sich als Gewerkschafter darzustellen, vermieden es aber, auf konkrete Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einzugehen. Für die 35-Stundenwoche seien sie, aber jetzt noch nicht. Gegen Beseitigung des Beamtenrechts und für den Nachrüstungsbeschluß, aber für Mitbestimmung und Einheitsgewerkschaften. Der Aufforderung von Diskusssionsrednern, Rechenschaft abzulegen über die Tätigkeit der Regierung zur Steuer-und Sozialversicherungspolitik, kamen sie nicht nach.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119551,6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Sekretär: Hans-Gerhard Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Tel. 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590



Gesamtansicht einer Fensterstraße. Im Vordergrund das Schaltpult: Hier werden die Maße eingegeben und von einem einzigen Mann für die gesamte Anlage zentral gesteuert.

GHK fordert 10% mehr Lohn

Interview mit einem Tischler der GHK

In den letzten 30 Jahren hat sich die Fertigung im Tischlerhandwerk massiv verändert. Dazu gehören: Zunehmende Anwendung von elektrischen Handmaschinen, die Entwicklung der Spanplatte, Rationalisierung von Holzverbindungen (Lamellen) und die Ergänzung des Holzes durch Kunststoff.

Große Maschinenstraßen sah man bislang nur in der Holzindustrie. Zwar wird in der Tischlerei noch mit Hobel und Säge gearbeitet, aber seit geraumer Zeit setzen mittelgroße Tischlereien verstärkt Maschinenstraßen ein. So bedient in der Hamburger Tischlerei Beyer (110 Beschäftigte) ein einziger Mann die ganze maschinengekoppelte Fensterstraße. Die erforderlichen Maße werden am Beginn am Schaltpult elektronisch eingegeben und von hier aus an Spindeln und Fräsköpfen automatisch geschaltet.

Zwar braucht der Handwerksbetrieb noch den gut ausgebildeten Facharbeiter; die verstärkte Rationalisierung schafft aber Platz für billigere Arbeitskräfte mit geringerer Ausbildung (Holzwerker). Während im Tischlerhandwerk noch der Großteil gelernter Tischler gelernt hat, ist in der Holzindustrie (Möbelfabrik, Sägewerk) nur jeder zweite noch gelernter Facharbeiter. Zukünftig genügt eben ein kleiner Stamm an breit ausgebildeten Facharbeitern, der Rest reicht mit Schmalspurausbildung oder zum Hilfsarbeiter 2 Lohngruppen tiefer.

Dagegen wurde vom GHK-Gewerkschaftstag die Beseitigung der untersten Lohngruppen gefordert.

Gegen den Verschleiß der Arbeitskraft laufen im Augenblick Tarifverhandlungen über den Manteltarifvertrag-Nord (MTN) zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Für 1981 wurde bereits der sechswöchige Urlaub durchgesetzt.

Die Lohntarife sind zum Monatsende gekündigt. Welche Forderungen hat die Gewerkschaft aufgestellt?

Für die laufende Lohnrunde der norddeutschen Holzwirtschaft wurde fast überall die „lohnpolitische Schallmauer" überschritten: Die Forderungen lagen bei 10% und darüber. Folgende Punkte waren dafür ausschlaggebend: der viel zu niedrige Abschluß im letzten Jahr von 6,8%; die Preissteigerung vor allem der Waren, die notwendig sind und über dem Durchschnitt liegen; die zunehmende Steuerprogression nach jeder Erhöhung.

Wieviel bekämen die Arbeiter bei der Durchsetzung dieser Forderung mehr?

Die Kollegen haben einen schweren Stand, denn die Hamburger Holzindustrie hat bereits mit 7,4% = 90 Pfg./Std. abgeschlossen. Das wird uns natürlich im Handwerk vorgehalten. Im Monat machen 10% für den Facharbeiter (Lohngruppe 4) ca. 155 DM. Für die Angelernten ergibt das 142 DM (Lohngr.3) bzw. 135 DM (Lohngr.2).

Welche Beschlüsse wurden zur Durchsetzung der Forderung gefaßt?

Auf der Gewerkschaftsversammlung wurde festgelegt, daß über jedes Verhandlungsergebnis in einer Urabstimmung entschieden werden soll. Außerdem soll die Gewerkschaft die Kollegen in den Betrieben über Flugblätter auf dem Laufenden halten. Unter den Kollegen wird jetzt verstärkt darüber diskutiert, wie man in der Lohnrunde die Überstunden verweigern kann.

Die Forderungen der ÖTV dienen dem Kampf für den Normalarbeitstag

b.san/ulw. In der Vorbereitung des Tarifkampfes im Öffentlichen Dienst müssen neben der Lohnhöhe auch die Arbeitsbedingungen verhandelt werden. Die wesentliche Frage ist hierbei die Bestimmung des Arbeits*tages*. Der Lohn bezieht sich im wesentlichen auf den Normalarbeitstag, der 8 Stunden umfassen soll, in Wirklichkeit aber inzwischen durch Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit und Bereitschaftsdienste verändert ist. Es hat sich also inzwischen ein anderer als der 8-Stunden-Tag als *Normalarbeitstag* eingebürgert.

In den Kieler Universitätskliniken in der 1. Medizin und in der Frauenklinik z.B. gibt es jeweils zwischen den Schichten des Pflegepersonals keine Überlappungszeiten, was unbezahlte Mehrarbeit von 15 bis 30 Minuten pro Schicht und Beschäftigtem ausmacht. Bei Zusammenrechnung von Überstunden im August in einem Krankenhaus in Hamburg wurden bei einer Station 73, auf einer zweiten 158,5 Überstunden gezählt, das entspricht schon 1 ½ Planstellen, die eingespart werden. Diese Überstunden resultieren nicht aus Ausgleich von während der Urlaubszeit regelmäßig anfallenden Überstunden, die bereits abgegolten waren. Bei MTA's (Röntgen, Labor), bei in OP-Abteilungen beschäftigtem Pflegepersonal und bei Assistenzärzten wird der Normalarbeitstag verlängert durch eine unterschiedliche Anzahl von Bereitschaftsdiensten, die auf die Arbeitszeit bislang nicht angerechnet werden.

An all diesen Punkten entwickeln sich einzelne Kämpfe in Form von Kleinkrieg und mehr oder weniger erfolgreichem Widerstand. Nützlich zur Zusammenfassung dieser Kämpfe und zur Vereinheitlichung auf Forderungen zur Herstellung des 8stündigen Normalarbeitstages mit dem Ziel der 35-Stundenwoche mit 7stündigem Normalarbeitstag sind die Grundsätze der ÖTV zur Schichtarbeit, wie die Kündigung des MTV-A zum 31.12.78 und der Sonderregelungen BAT 2a und 2c zum 1.10.80. In den Grundsätzen zur Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten werden unter anderem folgende Forderungen von der ÖTV erhoben (Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes vom 28.11.79 nach Antrag des 8. o. Gewerkschaftstages):

– die tägliche Arbeitszeit darf 8 Stunden nicht überschreiten
– generelle Einführung der 40-Std.-Woche auch für die Arbeit in Wechselschicht und zu unregelmäßigen Zeiten
– in Wechselschichtarbeit sind Erholungspausen Arbeitszeit
– Verbot der ständigen Nachtarbeit
– Verbot von Mehrarbeitsstunden (Überstunden) für Arbeitnehmer, die Wechselschicht-, Nachtarbeit oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten
– Sicherstellung der Betreuung der Kinder von Arbeitnehmern, die Schicht-, Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten, besonders für die Kinder alleinstehender Arbeitnehmer.
– nach jeder Nachtschicht eine arbeitsfreie Zeit von 24 Stunden
– für Arbeiten in Wechselschichten ist die Personalreserve zu erhöhen. (Die ÖTV-Grundsätze definieren Wechselschichtarbeit als Arbeit, die rund um die Uhr geleistet wird.)

Warum ist nun die Bestimmung des Normalarbeitstages und dessen Durchsetzung so entscheidend? Der Arbeitstag ist die Festlegung der Bedingung für den Verkauf der Arbeitskraft an den Käufer der Arbeitskraft, hier den Dienstherrn. Ist diese Bedingung uneinheitlich, ist es leicht für den Dienstherrn, in der Frage des Lohns zu spalten und schwer für die Lohnabhängigen, die Einheit herzustellen. Die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen wirkt ungebremst und wird vom Dienstherrn genutzt zur Lohnsenkung. Auch die Verlängerung des Arbeitstages über 8 Stunden hinaus mit Überstunden, Bereitschaftsdiensten usw. führt direkt zur Senkung des Lohns für die Gesamtarbeitszeit, weil sie einen niedrigen Lohnstandard für die „normalen" 8 Stunden ermöglicht. Daß ein Teil des Zugewinns an Arbeit, den der Dienstherr durch die Überstunden macht, in Form von Zuschlägen zurückgegeben wird, ändert hieran nichts. Praktisch merkt man diese Gesetzmäßigkeit daran, daß man ohne Überstunden- oder andere Zuschläge nicht mehr auskommt. „Das Wachstum im Preis der Arbeit mit der Verlängerung des Arbeitstages über eine gewisse Normalgrenze gestaltet sich in verschiedenen britischen Industriezweigen so, daß der niedrige Preis der Arbeit während der sogenannten Normalzeit dem Arbeiter die besser bezahlte Überzeit aufzwingt, weill er überhaupt einen genügenden Arbeitslohn herausschlagen. Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags macht diesem Vergnügen ein Ende." (K. Marx, MEW, Bd. 23, Berlin 1970, S. 569 f.)

Im Gesundheitswesen gelten noch nicht einmal die kümmerlichen Bestimmungen der Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938. Dies ist als erstes zu ändern.

Wirkt die Beschränkung des Arbeitstages der Lohnsenkung einerseits entgegen, so verhindert sie andererseits den übermäßigen Raubbau an Gesundheit und Leben der Arbeiter und Angestellten. Die Beschränkung des Normalarbeitstages ist nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für den politischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen, für den Kampf um Demokratie und Sozialismus. Kampf um den Normalarbeitstag und Kampf um den Lohn sind grundlegend.



zung des Holzes durch Kunststoff.

Große Maschinenstraßen sah man bislang nur in der Holzindustrie. Zwar wird in der Tischlerei noch mit Hobel und Säge gearbeitet, aber seit geraumer Zeit setzen mittelgroße Tischlereien verstärkt Maschinenstraßen ein. So bedient in der Hamburger Tischlerei Beyer (110 Beschäftigte) ein einziger Mann die ganze maschinengekoppelte Fensterstraße. Die erforderlichen Maße werden am Beginn am Schaltpult elektronisch eingegeben und von hier aus an Spindeln und Fräsköpfen automatisch geschaltet.

Zwar braucht der Handwerksbetrieb noch den gut ausgebildeten Facharbeiter; die verstärkte Rationalisierung schafft aber Platz für billigere Arbeitskräfte mit geringerer Ausbildung (Holzwerker). Während im Tischlerhandwerk noch der Großteil gelernter Tischler gelernt hat, ist in der Holzindustrie (Möbelfabrik, Sägewerk) nur jeder zweite noch gelernter Facharbeiter. Zukünftig genügt eben ein kleiner Stamm an breit ausgebildeten Facharbeitern, der Rest reicht mit Schmalspurausbildung oder zum Hilfsarbeiter 2 Lohngruppen tiefer.

Dagegen wurde vom GHK-Gewerkschaftstag die Beseitigung der untersten Lohngruppen gefordert.

Gegen den Verschleiß der Arbeitskraft laufen im Augenblick Tarifver-

die Gewerkschaft aufgestellt?

Für die laufende Lohnrunde der norddeutschen Holzwirtschaft wurde fast überall die „lohnpolitische Schallmauer" überschritten: Die Forderungen lagen bei 10% und darüber. Folgende Punkte waren dafür ausschlaggebend: der viel zu niedrige Abschluß im letzten Jahr von 6,8%; die Preissteigerung vor allem der Waren, die notwendig sind und über dem Durchschnitt liegen; die zunehmende Steuerprogression nach jeder Erhöhung.

Wieviel bekämen die Arbeiter bei der Durchsetzung dieser Forderung mehr?

Die Kollegen haben einen schweren Stand, denn die Hamburger Holzindustrie hat bereits mit 7,4% = 90 Pfg./Std. abgeschlossen. Das wird uns natürlich im Handwerk vorgehalten. Im Monat machen 10% für den Facharbeiter (Lohngruppe 4) ca. 155 DM. Für die Angelernten ergibt das 142 DM (Lohngr.3) bzw. 135 DM (Lohngr.2).

Welche Beschlüsse wurden zur Durchsetzung der Forderung gefaßt?

Auf der Gewerkschaftsversammlung wurde festgelegt, daß über jedes Verhandlungsergebnis in einer Urabstimmung entschieden werden soll. Außerdem soll die Gewerkschaft die Kollegen in den Betrieben über Flugblätter auf dem Laufenden halten. Unter den Kollegen wird jetzt verstärkt darüber diskutiert, wie man in der Lohnrunde die Überstunden verweigern kann.

½ Planstellen, die eingespart werden. Diese Überstunden resultieren nicht aus Ausgleich von während der Urlaubszeit regelmäßig anfallenden Überstunden, die bereits abgegolten waren. Bei MTA's (Röntgen, Labor), bei in OP-Abteilungen beschäftigtem Pflegepersonal und bei Assistenzärzten wird der Normalarbeitstag verlängert durch eine unterschiedliche Anzahl von Bereitschaftsdiensten, die auf die Arbeitszeit bislang nicht angerechnet werden.

An all diesen Punkten entwickeln sich einzelne Kämpfe in Form von Kleinkrieg und mehr oder weniger erfolgreichem Widerstand. Nützlich zur Zusammenfassung dieser Kämpfe und zur Vereinheitlichung auf Forderungen zur Herstellung des 8stündigen Normalarbeitstages mit dem Ziel der 35-Stundenwoche mit 7stündigem Normalarbeitstag sind die Grundsätze der ÖTV zur Schichtarbeit, wie die Kündigung des MTV-A zum 31.12.78 und der Sonderregelungen BAT 2a und 2c zum 1.10.80. In den Grundsätzen zur Schichtarbeit, Wechselschichtarbeit und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten werden unter anderem folgende Forderungen von der ÖTV erhoben (Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes vom 28.11.79 nach Antrag des 8. o. Gewerkschaftstages):

den Käufer der Arbeitskraft, hier den Dienstherrn. Ist diese Bedingung uneinheitlich, ist es leicht für den Dienstherrn, in der Frage des Lohns zu spalten und schwer für die Lohnabhängigen, die Einheit herzustellen. Die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen wirkt ungebremst und wird vom Dienstherrn genutzt zur Lohnsenkung. Auch die Verlängerung des Arbeitstages über 8 Stunden hinaus mit Überstunden, Bereitschaftsdiensten usw. führt direkt zur Senkung des Lohns für

beitstages der Lohnsenkung einerseits entgegen, so verhindert sie andererseits den übermäßigen Raubbau an Gesundheit und Leben der Arbeiter und Angestellten. Die Beschränkung des Normalarbeitstages ist nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für den politischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen, für den Kampf um Demokratie und Sozialismus. Kampf um den Normalarbeitstag und Kampf um den Lohn sind grundlegend.



b.klb. **Mit Beginn des neuen Schuljahres ist die niedersächsische Schulgesetznovelle gegen den Widerstand von Schülern, Eltern und Lehrern in Kraft getreten.** Die Novelle beinhaltet unter anderem eine Stärkung der Stellung des Schulleiters. Er hat nun beispielsweise das Recht, Schüler eigenmächtig von der Schule zu weisen. Die Stärkung des Schulleiters erfolgt in der Absicht, weitere Verschlechterungen der Lernbedingungen durchzusetzen, um so die Ausgaben des Kapitalistenstaates für die Ausbildung senken zu können. So wurde die Berufsschulpflicht in der Novelle von 12 auf 8 Stunden pro Woche gesenkt, nach Absolvierung eines sogenannten Berufsvorbereitungsjahres erlischt sie ganz. Die Novelle sieht auch noch weitere Schulzentralisierung vor. Diese Absichten können aber ebenso vereitelt werden, wie die Einführung von Schichtunterricht statt des Baus von Pavillons am Schulzentrum 2 in Buchholz/Nordheide 1979 durch den gemeinsamen Kampf von Schülern, Eltern und Lehrern vereitelt wurde.

b.wiv. **Flintbeker Ortsjugendring verlangt von der Gemeinde die Einrichtung eines Hauses der Jugend.** Mehr als 60 Jugendliche waren auf der Gemeinderatssitzung am 18.9., um entsprechenden Druck auf die Gemeindevertreter auszuüben. Der Ortsjugendring, der vor allem auch für die knapp 50% der nicht im Sportverein oder der Kirche organisierten Jugendlichen spricht, will das alte Wasserwerk von der Gemeinde als Jugendzentrum eingerichtet haben. Eine von den Schülervertretungen der Flintbeker Schulen durchgeführte Umfrage hat die Notwendigkeit eines solchen Jugendzentrums bestätigt. Die Anwesenheit der Jugendlichen hat dafür gesorgt, daß die SPD von ihrem Antrag nicht abgehen konnte, der eine Festlegung der Gemeinde in der vom Ortsjugendring verlangten Richtung beinhaltete. Bei der Abstimmung ist der Antrag von der CDU-Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt worden. Der Ortsjugendring will jetzt mit einer Unterschriftensammlung zur Stärkung der Forderung beginnen.

b.hew. **Ca. 300 Besucher nahmen am Mittwoch, 17.9., an einer gemeinsamen Veranstaltung des DGB und der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT im Gewerkschaftshaus teil.** Auf Transparenten wurde gefordert: *Versammlungs- und Wahlfreiheit für chilenische Gewerkschaften* sowie *Stop mit Waffenlieferungen und Krediten an die Junta in Chile.* Anibal Palma, ehemaliger Erziehungsminister der Unidad Popular, berichtete, daß an dem jetzt durchgeführten „Verfassungsreferendum" 33% nicht teilgenommen haben, trotz drohender Gefängnisstrafen für Wahlverweigerung. Palma betonte, daß der Kampf gegen die chilenische Militärjunta kein Mittel ausschließen könne. Johannes Müller, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Hamburg, erwähnte den Streik von 10000 Arbeitern im Kupferbergwerk El Teniente im Frühjahr und die trotz Verbotes durchgeführte Mai-Demonstration in Santiago. Der Sieg des Volkes von Nicaragua müsse in Chile wiederholbar sein.

b.hek. **Auf der Bezirksversammlung in Hamburg-Altona am 25.9. wurde in der öffentlichen Fragestunde angegriffen, daß vom Bezirksamt Daten von Info-Tisch-Anmeldern an den Verfassungsschutz weitergegeben worden sind.** Der CDU-Vertreter gab zu, daß die Sache unpopulär sei und griff die SPD an, wenn sie gegen die Überprüfung sei, müsse sie sich für die Abschaffung des Verfassungsschutzes aussprechen – Beifall bei den Zuhörern. Die Verantwortlichen des Bezirksamtes konnten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der Vorsitzende erklärte, die Bezjrksversammlung sei nicht zuständig. In Fragen übergeordneter Bedeutung hat nach Bezirksverwaltungsgesetz die Senatsbehörde das Aufsichtsrecht über das Bezirksamt.

b.Holstein. **Ortskrankenkasse macht Privatabrechnung mit Versichertem.** Vor einigen Wochen wurde eine Patientin aus Oldenburg von ihrem Hausarzt in die Medizinische Uniklinik Kiel zur Untersuchung überwiesen. Zwei Wochen lag die Patientin dort. Bald nachdem sie wieder zu Hause war, flatterte ihr eine Rechnung der Ortskrankenkasse Oldenburg, bei der sie versichert war, ins Haus. Rechnungsbetrag etwas über 1000 DM, ausgewiesen als Differenzbetrag zwischen dem allgemeinen Pflegesatz des Krankenhauses Oldenburg und dem der Uniklinik. In der Tat sind das ca. 80,- DM pro Tag. Die OKK Oldenburg hat diesen Betrag völlig widerrechtlich angefordert. Sie macht sich zum Büttel Ehrenbergs, der auf Kosten der Gesundheit der Versicherten die Kosten des Gesundheitswesens verringern will. Wenn die Versicherungen in der Selbstverwaltung der Versicherten sind, wird es so etwas nicht mehr geben.

b.ins. **Das Landesarbeitsgericht Hamm hat in zweiter Instanz der Klage einer Dortmunder Krankenpflegeschülerin stattgegeben, daß die Durchführung von Nachtwachen ohne Aufsicht von examiniertem Krankenpflegepersonal nicht mit der Ausbildung vereinbar ist.** In der Urteilsbegründung bezieht sich das Gericht auf § 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Krankenschwestern, Krankenpfleger und Kinderkrankenschwestern vom 2.8.1966. Dort heißt es: „Innerhalb der letzten sechs Monate des Lehrgangs ist dem Schüler für zwei Tage die selbständige Pflege eines Kranken einschließlich der Nachtwache' zu übertragen.' (Abs. 1). Unter Absatz 2 wird festgelegt, daß dies unter Aufsicht des verantwortlichen Arztes bzw. der examinierten Schwester stattfinden muß. Das Gericht folgert daraus, daß ein „regelmäßiger oder regelmäßig wiederkehrender Einsatz im Nachtdienst nicht zu den von einem Auszubildenden zu fordernden Leistungen gehört" (Urteilsbegründung). Und weiter: „Nur dann, wenn sie (die Schülerin) zusammen mit einer sie beaufsichtigenden examinierten Krankenschwester eingesetzt worden wäre, könnte das vom Ausbildungszweck noch zu rechtfertigen sein, wobei die Kammer es dahingestellt sein läßt, ob das auch noch zu bejahen wäre, wenn nicht nur für eine Nacht, sondern – wie hier – vier- oder fünfmal hintereinander ein solcher Nachtwacheneinsatz stattfindet."

Veranstaltungskalender

Montag, 29. September 1980
Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur:
Kiel: Holstenplatz 16 – 18 Uhr
Rendsburg: Altstädter Markt 16 – 18 Uhr
Neumünster: Innenstadt 16 – 18 Uhr
Hamburg-Barmbek: Bahnhof 16.30 – 18.00 Uhr
Hamburg-Altona-EKZ: 16 – 18 Uhr
Hamburg-Bergedorf Bahnhof: 16 – 18 Uhr
Hamburg/Eimsbüttel: Osterstraße 16 – 18 Uhr
Hamburg/Langenhorner Markt: 16 – 17.30 Uhr
Hamburg/Wandsbek: Karstadt 16.3 – 18.00 Uhr

„Aktuelle Lage des Volkes von Kampuchea in seinem Widerstandskrieg gegen die vietnamesische Besetzung"
Veranstaltung des Kampuchea-Komitees Kiel
Kiel: „Räucherei-Altentagesstätte", 19.30 Uhr

Mittwoch, 1. Oktober 1980
Öffentliche Debatte des politischen Berichtes des Sekretariats des ZK des KBW
Veranstaltung des Kommunistischen Studentenbundes
Kiel: Alte Mensa

Donnerstag, 2. Oktober 1980
Zur Lage im Bundestagswahlkampf
Es spricht Lutz Plümer, Mitglied des ZK des KBW
Kiel: Gaststätte Waidmannsruh, 20 Uhr

Auszubildende kämpfen für Vertretungsrechte

b.uwz. Der Kapitalistenverband der Metallindustrie für Hamburg und Schleswig-Holstein mußte mit ansehen, wie die Jugend der IGM auf Jugendvollversammlungen in den Betrieben aus einem ihrer Mitgliederrundschreiben Auszüge verlas. Der Verband hat die Mitglieder aufgefordert, die Vertretungsrechte der Jugendlichen und Auszubildenden auf die spalterische Regelung des Betriebsverfassungsgesetzes einzugrenzen, daß nur unter 18jährige auf Jugendversammlungen dürfen und nur für diese die JV zuständig ist (§§ 60 ff. des BetrVG). Kein Zufall ist es, wenn dieses Rundschreiben im Zusammenhang auch direkt zeitlich mit dem Kampf der norddeutschen IGM-Jugend für einen Manteltarifvertrag (Anhang für Auszubildende) bekannt wird.

Für die Durchsetzung ihrer Forderungen haben sich die Auszubildenden in vielen Betrieben Vertretungsrechte über das BetrVG hinaus erkämpft. Der objektiven Tatsache Rechnung tragend, daß die Auszubildenden immer älter werden, d.h. die Zahl der unter 18jährigen abnimmt und damit auch die Möglichkeit, eine JV zu bilden, wurde bei MBB betriebsvereinbarungsgemäß durchgesetzt, daß alle Auszubildenden an der JV teilnehmen können und von der JV vertreten werden. Zur Beratung der Forderungen aller in der Ausbildung stehenden Teile der Belegschaften ist eine Ausbildungsversammlung nötig. Bei Blohm und Voss, AEG, MAN u.a. gab es bisher die Absprache, daß alle Auszubildenden an der Jugendversammlung teilnehmen. Nach dem Rundschreiben wurde dies bei MAN verboten, bei Blohm und Voss sollten die Auszubildenden über 18 dafür diszipliniert werden. Die Folge war der Kampf der Jugend bei MAN und B & V für ihre Vertretungsrechte, so daß bei MAN der alte Zustand vorerst erhalten bleibt und bei B & V mindestens 2 ½ Stunden alle Auszubildenden an der Jugendversammlung teilnehmen können.

Die Spaltung der Auszubildenden in über und unter 18-jährige durch die bestehenden gesetzlichen Regelungen gibt es auch im Hamburger Personalvertretungsgesetz. Hinzukommt, daß Krankenpflegeschüler Schulsprecher haben, was ihren Schülerstatus ausdrücken soll. Darum lehnt die ÖTV diese Schulsprecher ab und fordert die Vertretung der Krankenpflegeschüler durch einen Ausbildungspersonalrat. Bei den Referendaren am Studienseminar konnte zwar eine Referendarvertretung erkämpft werden. Sie hat aber keinerlei gesetzliche Vertretungsrechte. Auch hier gibt es Diskussionen über die gesetzliche Verankerung der Vertretungsrechte im Personalvertretungsgesetz, z.B. in der Form eines Ausbildungspersonalrates für Referendare.

Die Gewerkschaftsjugend hat bereits begonnen, der Notwendigkeit des Kampfes für Vertretungsrechte Rechnung zu tragen durch Beschlüsse der Bundesjugendkonferenzen der IG Metall und des DGB, daß die Zuständigkeit der Jugendvertretung auf alle Auszubildenden ausgedehnt werden muß, und der ÖTV, die die Schulsprecher ablehnt, Ausdehnung der Zuständigkeit der Jugendvertretung auf alle Auszubildenden und Ausbildungspersonalräte fordert. Um den Kampf für die Forderungen der Arbeiterjugend führen zu können, muß nicht nur für die Einheit der Belegschaft eingetreten werden durch die Forderung, daß der Betriebs- oder Personalrat weiter für alle Kollegen zuständig bleibt, sondern auch für gesetzliche Rechte der Jugend- bzw. Ausbildungsvertretung. Der Ortsjugendausschuß der IGM Hamburg hat dies in einem Antrag an die am 19.10. stattfindende Kreisjugendkonferenz des DGB Hamburg gefordert.

Nützlich wäre es, diesen Antrag auf den Öffentlichen Dienst auszuweiten, um die Kämpfe um die Vertretungsrechte besser zusammenzufassen.

Dokumentation des Antrags der IGM an die 17. KJK des DGB Hamburg:
Die Delegierten stellen fest, daß die Zahl der wahlberechtigten Jugendlichen ständig rückläufig ist und dadurch die Zahl der zu wählenden Jugendvertreter immer geringer wird. Dadurch ergeben sich aufgrund der derzeitigen und zukünftigen Situation immer größere Schwierigkeiten, Jugendvertreterarbeit entsprechend unseren gewerkschaftlichen Zielsetzungen durchzuführen. (...) (Wir fordern, das) Betriebsverfassungsgesetz an folgenden Punkten zu ändern:
– der Betriebsrat ist von allen im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern, d.h. Arbeitern, Angestellten, Jugendlichen und Auszubildenden zu wählen.
– alle im Betrieb beschäftigten Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr sowie alle zur beruflichen Erstausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz Beschäftigten wählen neben dem Betriebsrat eine Jugendvertretung.
– unter Einbeziehung der vorgenannten Punkte behält die Jugendvertretung ihren bisherigen Status gem. dem 3. Teil des BetrVG §§ 60 bis 73 bei.

Erfolge im Kampf um ein Jugendzentrum in Mölln

b.jüh. Seit einem Monat ist in Mölln der neue Jugendpfleger dabei, mit ca. 40 Jugendlichen Räume der alten Stadtmühle als vorläufiges Jugendzentrum zu renovieren. Daß die Stadt sich zur Einstellung eines Jugendpflegers und zur Bereitstellung von Räumen entschlossen hat, ist das Ergebnis des langen Kampfes der Möllner Jugendliche sowie des Einsatzes des DGB Mölln und vieler Einzelinitiativen von Erwachsenen. Über einen Zeitraum von 10 Jahren hat es immer wieder Versammlungen, Aktionen wie auch Stände, Besuche der Ratsversammlung und Unterschriftensammlungen gegeben. Immer kam zum Ausdruck, wie sehr die Möllner Stadtvertreter die Selbständigkeit der Jugendlichen fürchteten, und es wurde den Aktionen mit leeren Versprechungen, Ablenkungsmaßnahmen und Unterdrückung begegnet. Immer wieder wurden andere Projekte vorgeschlagen, dann Ausflüchte gemacht, es sei nicht genügend Geld vorhanden. Es ging weiter mit der Zensur eines Flugblattes, Verbot der Besichtigung von in Frage kommenden Räumen, politische Bevormundung bei der beantragten Benutzung der Jugendheimräume.

Inzwischen können die ersten Räume der Stadtmühle genutzt werden und Arbeitsgruppen entstehen (z.B. Mopedgruppe und Jugendzentrumszeitung). Die jetzige Lage, daß die Jugendlichen bei der Renovierung ihr Haus selbst gestalten können und auch mehr Platz haben, ist gut. Die Stadt mußte ein Haus zugestehen und 20 000 DM Geldmittel. Beides wird allerdings auf die Dauer kaum ausreichen. Man wird dann für konkrete Zwecke mehr fordern müssen. Genausowenig ist die Frage gegessen, wer im JZ bestimmen und verwalten soll. Der Jugendpfleger vertritt bisher folgenden Standpunkt: Politik hat im JZ nichts zu suchen, auch nicht in der JZ-Zeitung. Es gäbe viele Erfahrungen in Jugendzentren, in denen die politische Auseinandersetzung von Jugendgruppen das JZ kaputt gemacht hätte. Wenn das JZ auf die Dauer gut liefe, könnte er sich eine Selbstverwaltung aber schon vorstellen.

Dazu ist zu sagen: In der Möllner Jugendzentrumsbewegung ist es im letzten Jahr auf der Gründungsversammlung für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum ausführlich geklärt worden, daß gerade nur der Zusammenschluß für ein JZ über die besonderen politischen Interessen hinweg es ermöglicht, dem Ziel näher zu kommen. Deswegen wird sich der Jugendpfleger weniger Sorgen machen müssen. Tatsache ist aber: Die ganze bisherige Auseinandersetzung war politisch, in der sich die Interessen der Jugendlichen und die politischen Interessen der Stadt gegenüberstanden. Dies kann man auch nicht aus dem Jugendzentrum rauslassen. In Zukunft wird es auch nach wie vor entscheidend sein, daß die Jugendlichen auf der Selbständigkeit ihrer Interessen gegenüber der Stadt bestehen, so wie sie jetzt schon selbständig ihr Haus herrichten.

Erfahrungen mit einem Kündigungsschutzprozeß

Der Kampf gegen die Entlassung eines Vertrauensmannes bei Lumoprint Hamburg

b.güj. Anfang September fand bei der Hamburger Kopiergeräte-Firma Lumoprint (zu 75% zu Pelikan gehörend) eine Betriebsversammlung statt, die sich von früheren Versammlungen erheblich unterschied. Es war durchgedrungen, daß größere Teile des Betriebes mit Hilfe von Zonenrandförderung innerhalb von 2 Jahren nach Königslutter verlagert werden sollen. Die Geschäftsleitung verweigerte jede genaue Auskunft und weigerte sich auch, verschiedene Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem zur Beseitigung giftiger Stoffe und schädlicher Dämpfe, zu erfüllen. Die Angriffe des Vertreters der IG Metall auf die Geschäftsleitung erhielten lebhaften Beifall. In dieser Situation wurde auch bekanntgegeben, daß der am 6.Mai fristlos entlassene Vertrauensmann Günther J. den Kündigungsschutzprozeß gewonnen und am

5% aller Kündigungsprozesse enden damit, daß der Kapitalist durch Urteil verpflichtet wird, den Arbeiter weiter zu beschäftigen. Über 80% der Prozesse enden mit Abfindungsvergleich: das Arbeitsverhältnis wird aufgelöst, der Kapitalist zahlt durchschnittlich ⅔ eines Monatslohns pro Jahr der Beschäftigung (bei politischen Kündigungen werden um die 20000 DM durchaus geboten). Vor allem seit der Krise 74/75 drängt die Gewerkschaftsbewegung verstärkt auf tatsächliche Beschäftigung. Viele Anträge zum 13. ordentlichen IGM-Gewerkschaftstag fordern die Weiterbeschäftigung während des Prozesses (s.Anträge 660ff.). In der Tat verstößt die jetzige Regelung selbst gegen die Logik bürgerlichen Rechts: Schon *vor* Klärung des Sachverhaltes liegt der Arbeiter auf der Straße, die Arbeitslosenversicherung muß in Anspruch genommen werden oder ein



schaften ist eine Ausbildungsversammlung nötig. Bei Blohm und Voss, AEG, MAN u.a. gab es bisher die Absprache, daß alle Auszubildenden an der Jugendversammlung teilnehmen. Nach dem Rundschreiben wurde dies bei MAN verboten, bei Blohm und Voss sollten die Auszubildenden über 18 da-

und der ÖTV, die die Schulsprecher ablehnt, Ausdehnung der Zuständigkeit der Jugendvertretung auf alle Auszubildenden und Ausbildungspersonalräte fordert. Um den Kampf für die Forderungen der Arbeiterjugend führen zu können, muß nicht nur für die Einheit der Belegschaft eingetreten

wie alle zur beruflichen Erstausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz Beschäftigten wählen neben dem Betriebsrat eine Jugendvertretung.
– unter Einbeziehung der vorgenannten Punkte behält die Jugendvertretung ihren bisherigen Status gem. dem 3. Teil des BetrVG §§ 60 bis 73 bei.

me der Stadtmühle genutzt werden und Arbeitsgruppen entstehen (z.B.Mopedgruppe und Jugendzentrumszeitung). Die jetzige Lage, daß die Jugendlichen bei der Renovierung ihr Haus selbst gestalten können und auch mehr Platz haben, ist gut. Die Stadt mußte ein Haus zugestehen und

überstanden. Dies kann man auch nicht aus dem Jugendzentrum rauslassen. In Zukunft wird es auch nach wie vor entscheidend sein, daß die Jugendlichen auf der Selbständigkeit ihrer Interessen gegenüber der Stadt bestehen, so wie sie jetzt schon selbständig ihr Haus herrichten.

Erfahrungen mit einem Kündigungsschutzprozeß

Der Kampf gegen die Entlassung eines Vertrauensmannes bei Lumoprint Hamburg

b.güj. Anfang September fand bei der Hamburger Kopiergeräte-Firma Lumoprint (zu 75% zu Pelikan gehörend) eine Betriebsversammlung statt, die sich von früheren Versammlungen erheblich unterschied. Es war durchgedrungen, daß größere Teile des Betriebes mit Hilfe von Zonenrandförderung innerhalb von 2 Jahren nach Königslutter verlagert werden sollen. Die Geschäftsleitung verweigerte jede genaue Auskunft und weigerte sich auch, verschiedene Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem zur Beseitigung giftiger Stoffe und schädlicher Dämpfe, zu erfüllen. Die Angriffe des Vertreters der IG Metall auf die Geschäftsleitung erhielten lebhaften Beifall. In dieser Situation wurde auch bekanntgegeben, daß der am 6.Mai fristlos entlassene Vertrauensmann Günther J. den Kündigungsschutzprozeß gewonnen und am Werkstor soeben ergebnislos seine Arbeitskraft angeboten hatte. Unter lautstarken Zwischenrufen und Pfiffen aller Versammelten berief sich daraufhin die Geschäftsleitung auf ihr Recht, alle Instanzen auszuschöpfen.

Fünf Monate lang machten viele Kollegen, die sich für die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes aktiv einsetzten, ihre Erfahrungen mit dem westdeutschen Arbeitsrecht. Trotz Unterschriftensammlung, trotz IGM-Mitgliederversammlungen, trotz eines Flugblattes der Gewerkschaft und trotz Einspruchs des Betriebsrates gegen die Kündigung war die Wiedereinstellung bisher nicht durchzusetzen. Nun lag immerhin eine Kurzfassung des Urteils vom 19.August vor, nach dem Günther J. zu unveränderten Bedingungen weiterzubeschäftigen ist. Das Urteil wurde zum Zweck der Zwangsvollstreckung vom Gerichtsvollzieher überbracht. Dennoch muß die Abteilung Band II (die ihren Organisationsgrad 1980 von 20 auf 60% erhöhte) noch immer ohne ihren Vertrauensmann auskommen.

Über die gesetzlichen Grundlagen dieser langwierigen Auseinandersetzung Genaues zu wissen, war zunehmend Bedürfnis der Belegschaft. Umso mehr, da dieser Rausschmiß den Aufbau des Vertrauensleutekörpers behindern sollte, wie auch geklärt werden mußte, auf welcher Linie die Forderung nach Wiedereinstellung durchgesetzt werden kann. Die Zeitung „metall" brachte am 9.Juli das Thema Arbeitsrecht als Titelgeschichte: „Arbeitsrecht in der Praxis, Augen zu und Abfindung." Damit wurde die gegenwärtige Situation der Arbeiterbewegung hinsichtlich des Arbeitsrechtes richtig gekennzeichnet. Weniger als 5% aller Kündigungsprozesse enden damit, daß der Kapitalist durch Urteil verpflichtet wird, den Arbeiter weiter zu beschäftigen. Über 80% der Prozesse enden mit Abfindungsvergleich: das Arbeitsverhältnis wird aufgelöst, der Kapitalist zahlt durchschnittlich ⅔ eines Monatslohns pro Jahr der Beschäftigung (bei politischen Kündigungen werden um die 20000 DM durchaus geboten). Vor allem seit der Krise 74/75 drängt die Gewerkschaftsbewegung verstärkt auf tatsächliche Beschäftigung. Viele Anträge zum 13. ordentlichen IGM-Gewerkschaftstag fordern die Weiterbeschäftigung während des Prozesses (s.Anträge 660ff.). In der Tat verstößt die jetzige Regelung selbst gegen die Logik bürgerlichen Rechts: Schon *vor* Klärung des Sachverhaltes liegt der Arbeiter auf der Straße, die Arbeitslosenversicherung muß in Anspruch genommen werden oder ein neuer Ausbeuter gesucht werden. Allein dadurch werden schon schwerwiegende Tatsachen geschaffen, die selbst bei gewonnenem Prozeß oft zum Vergleich führen.

Nachdem die Pelikan-Kapitalisten am 30. April ihre Kündigungsabsicht aussprachen, mußte anschließend der Betriebsrat nach § 102 des Betriebsverfassungsgesetzes gehört werden. Per Hausverbot wurde Günther J. allerdings sofort aus dem Betrieb entfernt. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung, die in den Vorwürfen bestand, Günther J. habe die Abteilung dazu gebracht, Überstunden zu verweigern und sei Schuld am hohen Krankenstand und ständigen Lohnforderungen. Solcher Widerstand hat für den Kampf der Belegschaft große Bedeutung, richtet aber schon dann nichts aus, wenn „die Klage eines Arbeitnehmers keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet." Darüber kann nur das Gericht entscheiden, und nach § 4 des Kündigungsschutzgesetzes wie auch nach § 102 (5) des Betriebsverfassungsgesetzes muß der Arbeiter Klage auf die Feststellung erheben, daß das Arbeitsverhältnis weiterbesteht. Die verschwindend geringen Einspruchsrechte der Betriebsräte bei Kündigungen sind die erste auffällige Lücke, auf die jede Belegschaft stößt. Sofort richtet sich zwangsläufig die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsgerichte, die jetzt auf den Plan treten, sowie auf die Arbeitsgesetzgebung.

Die Arbeitsgesetze in Westdeutschland splittern sich in fast 50 Einzelgesetze auf, vom Bürgerlichen Gesetzbuch bis zum Tarifvertragsgesetz. Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch fordert der DGB schon seit langem. Das Interesse der Kapitalisten an Gleichheit der



600 beteiligten sich an der Demonstration der Umschüler, die im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche der Umschüler, Fortzubildenden und Rehabilitanten stattfand. Aufgerufen hatte die Teilnehmervertretung des Berufsfortbildungswerkes des DGB. Gefordert wurde: Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten. Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Unternehmer. Umschulung ohne Lohneinbuße; als Schritte dahin: Unterhaltsgeld (UHG) in Höhe von 90% des tatsächlichen Nettolohns. 1200 DM Mindest-UHG als Untergrenze.

Konkurrenzbedingungen und das Interesse der Arbeiterbewegung an Schutzmitteln vor geistiger und physischer Degradation brachten die Fabrikgesetzgebung hervor. Die ideologische Grundlage der ganzen Arbeitsgesetzgebung ist im „Dienstvertrag" des Bürgerlichen Gesetzbuches niedergelegt: „Durch den Dienstvertrag wird derjenige, welcher Dienste zusagt, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet". (§ 611). Der „freie Arbeitsvertrag" steht neben dem Miet-oder Kaufvertrag oder dem Ehevertrag. Besondere Arbeiterschutzrechte erscheinen hier als einseitige Begünstigung des Verkäufers der Ware Arbeitskraft. Ob die Arbeitsleistung für den Kapitalisten zufriedenstellend war, ist daher auch das A und O der Urteilsfindung. Hat der gekündigte Arbeiter gut gearbeitet, hat er seine Kollegen nicht zur Arbeitsverweigerung nachweislich gedrängt, dann ist es schwer für den Kapitalisten zu gewinnen, mag er auch „kommunistische Umtriebe" und anderes vorbringen. Im Prozeß gegen Lumoprint scheiterte der Versuch der Kapitalisten, Störung des Betriebsfriedens nachzuweisen, in zweierlei Hinsicht: Erstens gelang es nachzuweisen, daß die „Unruhe" in der Belegschaft z.B. von zunehmender Arbeitsintensivierung kam. Zweitens stellte das Gericht fest, daß die „Unruhen" keine beweisbaren Formen annahmen, wie z.B. Stockung der Produktion. Mittels Beförderung zum Vorarbeiter hatten die Pelikan-Kapitalisten einen Arbeiter zum Zeugen aufgeboten. Durch Zusammenschluß der Abteilung von Günther J. auf der Grundlage des wirtschaftlichen Kampfes bestand jedoch eine Lage, wo es den Kapitalisten nicht gelang, diesen Zeugen einzusetzen, weil im Widerstand gegen Bespitzelung Gegenzeugen auftraten und die Geschäftsleitung aus der Abteilung keine Beweismittel ziehen konnte, die sie so dringend brauchte.

Ein Kündigungsprozeß schleppt sich über Monate hin. Gütetermin, Prozeß in erster Instanz, Urteil, Urteilsausfertigung, Einspruchsfrist usw. Dazwischen liegt jeweils etwa ein Monat. In diesem Fall vergingen allein 3½ Monate bis zum ersten Prozeß. Die fünfmonatige Unterstützung, die Günther J. vor allem aus seiner Abteilung erhielt, sowie die Tatsache, daß die IG Metall-Ortsverwaltung die Kapitalisten mit Rechtsschutz, Flugblatt und Beiträgen auf der Betriebsversammlung angriff, trugen dazu bei, daß der Prozeß gewonnen wurde. Damit ist der Kollege jedoch noch nicht im Betrieb.

Eingeschränkt wird dieser Erfolg zusätzlich dadurch, daß man *gezwungen* ist, nachzuweisen, daß die Ausbeutung nirgends ernsthaft gefährdet war. Der „Pflichtinhalt des Austauschverhältnisses" muß nachweislich dem Vertragszweck entsprechen. Dem „Betriebszweck" und den „Interessen des Arbeitgebers" darf nicht zuwidergehandelt, die „Arbeitsvorgänge" nicht gestört worden sein. Die Arbeiterbewegung und auch mit ihr sympatisierende Arbeitsrichter akzeptieren keineswegs umgehend diese Logik, wenn sie sich gezwungen sehen, sie im Munde zu führen, um etwas Konkretes zu erreichen. Aber ohne *gesetzliche* Einspruchsrechte der Betriebsräte gegen jede Kündigung, ohne einheitliches, vom BGB gelöstes Arbeitsgesetz, aus dem die Friedenspflicht entfernt ist und in dem politisches Streikrecht verankert ist, kostet es unvermeidlich unverhältnismäßig viel Kraft, um in jedem Einzelfall sich durchzusetzen.

Die „vier großen Freiheiten“ gestrichen

z.jon.Beijing. Die „vier großen Freiheiten“ wurden auf der jetzigen Tagung des Nationalen Volkskongresses aus der chinesischen Verfassung gestrichen. Bis jetzt lautete Artikel 45: „Die Bürger genießen Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Publikation, der Versammlung, der Koalition, von Straßenumzügen und Protestdemonstrationen sowie des Streiks und haben das Recht auf ‚Freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen‘.“ Nach der jetzt beschlossenen Änderung endet der Artikel nach dem Wort „Streik“. Welche Bedeutung hat diese durch Anführungszeichen hervorgehobene Formel, in deren chinesischer Fassung zudem noch vier Mal das Wort „groß“ vorkommt? Sie scheint doch nur zu wiederholen, was im ersten Teil des Artikels an Freiheiten zugesichert wird.

Die jetzige Verfassung stammt von 1978. In der 1975 verabschiedeten Verfassung war die Doppelung der Formulierung noch krasser. Dort waren die „vier großen Freiheiten“ als höherrangige Konkurrenz zum Katalog der „Grundrechte und Grundpflichten der Bürger“ im Abschnitt „Allgemeine Grundsätze“ aufgeführt. Sie wurden als eine „neue Form“ beschrieben, mit der eine politische Lage geschaffen werden soll, „in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie … vereint sind, was dazu beitragen soll, die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas und die Diktatur des Proletariats zu festigen.“

Von dieser „neuen Form“ hatte zuerst Mao Zedong gesprochen. Im Oktober 1957 schrieb er: „Im Verlauf dieses Jahres haben die Massen eine Form für die Revolution, eine Form für die Massenkämpfe geschaffen. Es handelt sich um freie Meinungsäußerung, offene Aussprache, große Debatte und Wandzeitung mit großen Schriftzeichen. Nun hat unsere Revolution eine Form gefunden, die ihrem Inhalt gut entspricht.“ (Werke Bd. V, S. 549) Mao lehnt sich hier offensichtlich an die Formulierung von Marx an, der über die Pariser Kommune geschrieben hatte, sie sei „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“. (MEW 17, S. 338) Die Form, in der die Arbeiterklasse in der Pariser Kommune ihre Herrschaft errichtete, war die breiteste Demokratie für die Volksmassen, die u.a. allgemeine Volksbewaffnung, Wählbarkeit und Abwählbarkeit aller öffentlichen Funktionäre und ihre Bezahlung nach Arbeiterlohn vorsah. Die politische Form, die Mao als Form „unserer Revolution“ bezeichnet, sieht das Recht der Massen vor, sich zu großen Debatten und zur Meinungsäußerung zu organisieren, aber nicht das Recht, diese Meinungen mit den Waffen der breitesten Demokratie auch durchzusetzen. Maos Formulierung weicht also von der Formulierung Marx' über die Diktatur des Proletariats ab.

In der „Hundert-Blumen“-Kampagne der Jahre 1956 und '57 hatten viele Feinde des Sozialismus und der Revolution in China ihr Haupt erhoben, vor allem aber waren innerhalb der Partei und im Volk zahlreiche Debatten über den Bürokratismus und Fehler bei der raschen sozialistischen Umgestaltung entstanden. Unter dem Druck dieser Bewegung, die sich u.a. in Streiks äußerte, und unter dem Einfluß der sowjetischen Reaktion auf die Aufstände in Ungarn und Polen warf Mao die Vertreter der gestürzten herrschenden Klassen und die Kritiker in Partei und Volk als kapitalistische Elemente in einen Topf. In der zitierten Schrift vom Oktober 1957 schrieb er, der Hauptwiderspruch im Sozialismus sei der zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und rief zu umfassendem Klassenkampf auf. Er revidierte damit die Auffassung, die er noch im Februar '57 in der Schrift „Über die Widersprüche im Volk“ vertreten hatte („Die für die Periode der Revolution charakteristischen umfassenden und stürmischen Klassenkämpfe sind im wesentlichen abgeschlossen“), und die Beschlüsse des VIII. Parteitags der KPCh, der festgestellt hatte, daß der Hauptwiderspruch der zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften sei. Die an die „Hundert-Blumen“-Kampagne anschließende Kampagne gegen „die Rechten“ wurde politisch vor allem mit Massenversammlungen und Wandzeitungen, also in der „neuen Form“ geführt. Diese Kampagne wird heute von der KPCh als „links“-radikaler Fehler betrachtet, der auf einer der Realität widersprechenden Einschätzung des Klassenkampfes beruhte. Zahllose Revolutionäre wurden ungerechtfertigt und widerrechtlich verfolgt, verbannt, ins Gefängnis gesteckt. Über den Ausgang der Debatten entschieden nicht die Argumente der Massen, sondern Parteiführung und Staatsapparat. Mao setzte im ZK der KPCh das Umstoßen der Parteitagsbeschlüsse durch, und die Parteiführung setzte, gestützt auf die Staatsgewalt, die neue Linie, die in den dann gescheiterten „großen Sprung“ mündete, in der Partei und unter den Massen durch. Die „neue Form“ der „vier großen Freiheiten“ ist also keine Form, in der das Proletariat und seine Verbündeten ihre revolutionär-demokratische Diktatur errichten. Sie war von Anfang an eine Form des politischen Kampfes, mit der eine Fraktion in der bereits herrschenden proletarischen Partei die Massen für Entscheidungen zu mobilisieren und zu organisieren suchte, die sie dann mit staatlicher Gewalt unter Verletzung der demokratischen Rechte der Massen und ihrer Vertretungskörperschaften durchsetzte.

Nach 1966, in der Zeit der Kulturrevolution, bedeuteten die „vier großen Freiheiten“ dann bald nichts als das Recht auf Zustimmung und Unterstützung Lin Bia-

os oder der Viererbande. „Es wurde von der Viererbande gebraucht, um jeden
des Sozialismus und der Revolution in China ihr Haupt erhoben, vor allem aber waren innerhalb der Partei und im Volk zahlreiche Debatten über den Bürokratismus und Fehler bei der raschen sozialistischen Umgestaltung entstanden. Unter dem Druck dieser Bewegung, die sich u.a. in Streiks äußerte, und unter dem Einfluß der sowjetischen Reaktion auf die Aufstände in Ungarn und Polen warf Mao die Vertreter der gestürzten herrschenden Klassen und die Kritiker in Partei und Volk als kapitalistische Elemente in einen Topf. In der zitierten Schrift vom Oktober 1957 schrieb er, der Hauptwiderspruch im Sozialismus sei der zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und rief zu umfassendem Klassenkampf auf. Er revidierte damit die Auffassung, die er noch im Februar '57 in der Schrift „Über die Widersprüche im Volk“ vertreten hatte („Die für die Periode der Revolution charakteristischen umfassenden und stürmischen Klassenkämpfe sind im wesentlichen abgeschlossen“), und die Beschlüsse des VIII. Parteitags der KPCh, der festgestellt hatte, daß der Hauptwiderspruch der zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften sei. Die an die „Hundert-Blumen“-Kampagne anschließende Kampagne gegen „die Rechten“ wurde politisch vor allem mit Massenversammlungen und Wandzeitungen, also in der „neuen Form“ geführt. Diese Kampagne wird heute von der KPCh als „links“-radikaler Fehler betrachtet, der auf einer der Realität widersprechenden Einschätzung des Klassenkampfes beruhte. Zahllose Revolutionäre wurden ungerechtfertigt und widerrechtlich verfolgt, verbannt, ins Gefängnis gesteckt. Über den Ausgang der Debatten entschieden nicht die Argumente der Massen, sondern Parteiführung und Staatsapparat. Mao setzte im ZK der KPCh das Umstoßen der Parteitagsbeschlüsse durch, und die Parteiführung setzte, gestützt auf die Staatsgewalt, die neue Linie, die in den dann gescheiterten „großen Sprung“ mündete, in der Partei und unter den Massen durch. Die „neue Form“ der „vier großen Freiheiten“ ist also keine Form, in der das Proletariat und seine Verbündeten ihre revolutionär-demokratische Diktatur errichten. Sie war von Anfang an eine Form des politischen Kampfes, mit der eine Fraktion in der bereits herrschenden proletarischen Partei die Massen für Entscheidungen zu mobilisieren und zu organisieren suchte, die sie dann mit staatlicher Gewalt unter Verletzung der demokratischen Rechte der Massen und ihrer Vertretungskörperschaften durchsetzte.

Nach 1966, in der Zeit der Kulturrevolution, bedeuteten die „vier großen Freiheiten“ dann bald nichts als das Recht auf Zustimmung und Unterstützung Lin Bia-
os oder der Viererbande. „Es wurde von der Viererbande gebraucht, um jeden anzugreifen, den sie nicht mochte, während sich die Opfer nicht wehren durften“, sagte der Sichuaner Abgeordnete Hu Kiren vor dem Nationalen Volkskongreß.

In der Verfassung von 1975, die unter dem Einfluß der Viererbande entstand, wurde die „neue Form“ als „Mittel zur Führung des Staates durch die Partei“ vor alle Rechte der Bürger gesetzt. Diese Verfassung stellte auch die Führung durch die Kommunistische Partei vor das Prinzip, daß alle Macht in der VR China dem Volk gehört. Dieser Fehler wird auch noch in der Verfassung von 1978 beibehalten. Der Nationale Volkskongreß hat jetzt beschlossen, daß diese Verfassung geändert werden muß, um sie von den Schlacken der Viererbandenzeit zu befreien.

Neue Gesetzgebung und Stärkung der Demokratie

Bericht von der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses der VR China

z.jon./thh.Beijing. Vom 30. August bis 10. September trat der V. Nationale Volkskongreß der VR China in Beijing zu seiner 3. Tagung zusammen. Er beschloß eine Verfassungsänderung (s. nebenstehenden Artikel) und eine Reihe wichtiger Gesetze und Gesetzesvorhaben, billigte den Wirtschaftsplan und den Staatshaushalt und nahm weitreichende Umbesetzungen im Staatsrat (der Regierung) vor. Zum ersten Mal durften ausländische Beobachter an den Plenarsitzungen des Kongresses teilnehmen, und, was wirklich wichtiger ist, zum ersten Mal wurden die Debatten in den Ausschüssen, in denen die Arbeit der Regierung diskutiert und teilweise heftig kritisiert wurde, breit in der Presse dokumentiert. Die chinesische Presse bezeichnet diese Tagung als einen Fortschritt in der Verbesserung der Strukturen der Volkswirtschaft wie in der Demokratisierung.

Der Nationale Volkskongreß ist laut Verfassung das „höchste Organ der Staatsmacht“. Er wird von den Volkskongressen der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Gebieten, die ihrerseits aus Wahlen durch die Volkskongresse auf Kreisebene hervorgehen, auf fünf Jahre gewählt. Die Volkskongresse auf Kreisebene werden jetzt nach einem Gesetz der letzten Tagung des Nationalen Volkskongresses direkt gewählt. Die Abgeordneten der Volkskongresse aller Ebenen können von ihren Wählern bzw. Wahlkörpern abberufen werden. Ein Teil der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses wird kooptiert. An der jetzigen Tagung nahmen 3255 Abgeordnete teil.

Die Hauptaufgaben des Nationalen Volkskongresses sind die Gesetzgebung und die Wahl, Abwahl und Kontrolle der Regierung, des Obersten Gerichtshofes und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft. Er tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen und wird zwischen den Tagungen von seinem Ständigen Ausschuß vertreten. Dem jetzigen V. Nationalen Volkskongreß kommen nach dem Sturz der Viererbande besonders wichtige Aufgaben bei der Umwandlung Chinas in ein modernes sozialistisches Land zu. Zum ersten Mal gibt sich die VR China ein umfassendes Gesetzessystem, das die Tätigkeit des Staates und der Wirtschaft und die Rechte der Bürger einheitlich regelt. Bei der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses Anfang 1978 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Bei der 2. Tagung im Juni 1979 wurden u.a. ein Wahlgesetz, das erste Strafgesetzbuch und die erste Strafprozeßordnung der VR China und das Gesetz über Betriebe mit ausländischer Kapitalbeteiligung verabschiedet. Durch die Beschlüsse über

den Volkswirtschaftsplan und den
Abgeordneten der Volkskongresse aller Ebenen können von ihren Wählern bzw. Wahlkörpern abberufen werden. Ein Teil der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses wird kooptiert. An der jetzigen Tagung nahmen 3255 Abgeordnete teil.

Die Hauptaufgaben des Nationalen Volkskongresses sind die Gesetzgebung und die Wahl, Abwahl und Kontrolle der Regierung, des Obersten Gerichtshofes und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft. Er tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen und wird zwischen den Tagungen von seinem Ständigen Ausschuß vertreten. Dem jetzigen V. Nationalen Volkskongreß kommen nach dem Sturz der Viererbande besonders wichtige Aufgaben bei der Umwandlung Chinas in ein modernes sozialistisches Land zu. Zum ersten Mal gibt sich die VR China ein umfassendes Gesetzessystem, das die Tätigkeit des Staates und der Wirtschaft und die Rechte der Bürger einheitlich regelt. Bei der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses Anfang 1978 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Bei der 2. Tagung im Juni 1979 wurden u.a. ein Wahlgesetz, das erste Strafgesetzbuch und die erste Strafprozeßordnung der VR China und das Gesetz über Betriebe mit ausländischer Kapitalbeteiligung verabschiedet. Durch die Beschlüsse über
den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushalt wurde die Neuordnung der Volkswirtschaft mit dem Ziel der beschleunigten Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie zur raschen Hebung des Lebensstandards und zur Industrialisierung des flachen Landes beschlossen.

Auch bei der jetzigen 3. Tagung standen Neuordnung der Wirtschaft, Verstärkung des Gesetzeswesens und Demokratisierung im Vordergrund. Bei den Wirtschaftsplänen für dieses und das kommende Jahr soll es weniger auf große Produktionssteigerungen ankommen als auf Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen und auf Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Landesteilen und des Übergewichts der Schwerindustrie. So soll die gesamte Energieproduktion 1981 nur um 0,9% steigen. Gleichzeitig sollen aber umfangreiche Maßnahmen zur besseren Energienutzung eingeleitet werden, bei denen im ersten Jahr Energie im Gegenwert von mindestens 1% der jährlichen Kohleproduktion eingespart wird. Breiten Raum nahm die Diskussion über das im letzten Jahr entstandene, nicht geplante Defizit im Staatshaushalt ein, das auch in den kommenden Jahren nicht ganz wird ausgeglichen werden können. Finanzminister Wang Bingqian nannte dieses Defizit den Preis, den China für die Berichtigung der schweren Disproportionen in der Volkswirtschaft zahlen müsse, die durch die Sabotage durch Lin Biao und die Viererbande entstanden seien. Das Defizit habe nur zu einem kleinen Teil durch Geldaufnahme bei der Bank von China, also durch die Ausgabe neuen Geldes gedeckt werden müssen. Dennoch ist zu befürchten, daß ein mehrjähriges Defizit im Staatshaushalt sich inflationär auswirkt. Nach offiziellen Angaben betrug die Preissteigerungsrate 1979 5,8%. Eine anhaltende Inflation würde die Anstrengungen zur Hebung des Lebensstandards der Volksmassen gefährden.

Bei der gesetzgeberischen Arbeit des Nationalen Volksongresses ist besonders auf die Entwürfe für ein Zivilgesetzbuch, eine Zivilprozeßordnung und ein Arbeitsgesetz hinzuweisen, die nach einer ersten Beratung auf dieser Tagung im ganzen Land diskutiert werden sollen und wahrscheinlich nächstes Jahr verabschiedet werden. Bis jetzt gab es in diesem riesigen Land mit seinen vielfältigen und komplizierten wirtschaftlichen Strukturen und seinem noch uneinheitlichen Eigentumssystem kein einheitliches und verbindliches Wirtschafts-und Zivilrecht. Sicher werden die Beziehungen zwischen den Wirtschaftssektoren über den Staatsplan geregelt. Aber erstens soll die Selbständigkeit der wirtschaftlichen Einheiten erhöht werden, und zweitens führt das Fehlen z.B. eines verbindlichen Vertragsrechts dazu, daß die „Schwachen“ von den „Starken“ leicht geschröpft werden können, daß also die kollektive Landwirtschaft gegenüber der staatlichen Industrie benachteiligt wird. Das galt besonders in der Viererbandenzeit, in der die Entrechtung der landwirtschaftlichen Kollektive offenen Raub an den Bauern ermöglichte.

Die staatliche Gesetgebung soll den
anhaltende Inflation würde die Anstrengungen zur Hebung des Lebensstandards der Volksmassen gefährden.

Bei der gesetzgeberischen Arbeit des Nationalen Volksongresses ist besonders auf die Entwürfe für ein Zivilgesetzbuch, eine Zivilprozeßordnung und ein Arbeitsgesetz hinzuweisen, die nach einer ersten Beratung auf dieser Tagung im ganzen Land diskutiert werden sollen und wahrscheinlich nächstes Jahr verabschiedet werden. Bis jetzt gab es in diesem riesigen Land mit seinen vielfältigen und komplizierten wirtschaftlichen Strukturen und seinem noch uneinheitlichen Eigentumssystem kein einheitliches und verbindliches Wirtschafts-und Zivilrecht. Sicher werden die Beziehungen zwischen den Wirtschaftssektoren über den Staatsplan geregelt. Aber erstens soll die Selbständigkeit der wirtschaftlichen Einheiten erhöht werden, und zweitens führt das Fehlen z.B. eines verbindlichen Vertragsrechts dazu, daß die „Schwachen“ von den „Starken“ leicht geschröpft werden können, daß also die kollektive Landwirtschaft gegenüber der staatlichen Industrie benachteiligt wird. Das galt besonders in der Viererbandenzeit, in der die Entrechtung der landwirtschaftlichen Kollektive offenen Raub an den Bauern ermöglichte.

Die staatliche Gesetgebung soll den Massen ermöglichen, ihre Rechte in der Kontrolle und Führung aller öffentlichen Angelegenheiten wahrzunehmen. Im sozialistischen Entwicklungsland China ist sie eine Bedingung der Demokratie und eine Waffe gegen den wuchernden Bürokratismus. Kampf gegen Bürokratismus und Demokratie waren auch das Hauptthema der Rede des Vorsitzenden der KP Chinas Hua Guofeng. Sein Rücktritt als Ministerpräsident und die Wahl von Zhao Ziyang an seine Stelle geht auf einen Beschluß des ZK der KPCh zurück. Danach dürfen die 1. Parteisekretäre aller Ebenen künftig nicht mehr zugleich hohe Staatsämter innehaben, um eine Konzentration von zuviel Macht in wenigen Händen zu verhindern. Ebenso gilt der Rücktritt von fünf Vizeministerpräsidenten und von fünf Vizevorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses als Maßnahme gegen den Bürokratismus. Kader sollen künftig ihre Posten nicht mehr auf Lebenszeit innehaben dürfen, und jüngere, fähige Kader sollen rascher und zahlreicher in die Führung des Landes aufrücken.

Im folgenden ein Überblick über die wichtigsten Entscheidungen der Tagung:

Bericht Yao Yilins (Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission) **über die Wirtschaftspläne 1979, 1980 und 1981:** Im Mittelpunkt der drei Pläne stehen Bemühungen, das Ungleichgewicht zwischen den Sektoren Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie zu bereinigen und ein ausgewogenes Verhältnis zugunsten von Landwirtschaft und Leichtindustrie (bisher Schwerindustrie) herzustellen sowie die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern. Hinsichtlich Bruttoproduktionswert waren bei Landwirtschaft (8,6%), Leichtindustrie (9,6%) und Schwerindustrie (7,7%) 1979 erhebliche Steigerungen gegenüber 1978 zu verzeichnen. Auch das Verhältnis Akkumulation – Konsumtion hat sich verbessert: Die Akkumulationsrate sank von 36,5% (1978) auf 33,6% (1979). Durch die Wirtschaftreformen (mehr Entscheidungsrechte für die Betriebe) hat sich der wirtschaftliche Nutzeffekt erhöht (für je 100 Yuan Anlagekapital erhielt der Staat 36,3 Yuan in Steuern oder Gewinn zurück; 1977: 31,5 Yuan).

Durch die neue Landwirtschaftspolitik (mehr finanzielle und materielle Hilfe für die Landwirtschaft, Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise, Senkung oder Erlaß der Steuern für ärmere Gebiete, Selbstentscheidungsrecht der Grundeinheiten hinsichtlich Plan und Anbauweise, Nebengewerbe, häusliche Nebenerwerbstätigkeit, freie Märkte usw.) stiegen nicht nur die Erträge, sondern auch die Einkommen der Bauern. Allein aus der Kollektivwirtschaft lag das Durchschnittseinkommen der Bauern 1979 bei 83,4 Yuan (1 Yuan = 1,25 DM) (1978: 74) (ohne Einkommen aus Nebenerwerb).

In der Industrie stiegen die Löhne auf 705 Yuan pro Kopf und Jahr, 68 Yuan mehr als 1978. Es wurden Ar-

beitsplätze für 9,03 Millionen Perso-
Bruttoproduktionswert waren bei Landwirtschaft (8,6%), Leichtindustrie (9,6%) und Schwerindustrie (7,7%) 1979 erhebliche Steigerungen gegenüber 1978 zu verzeichnen. Auch das Verhältnis Akkumulation – Konsumtion hat sich verbessert: Die Akkumulationsrate sank von 36,5% (1978) auf 33,6% (1979). Durch die Wirtschaftreformen (mehr Entscheidungsrechte für die Betriebe) hat sich der wirtschaftliche Nutzeffekt erhöht (für je 100 Yuan Anlagekapital erhielt der Staat 36,3 Yuan in Steuern oder Gewinn zurück; 1977: 31,5 Yuan).

Durch die neue Landwirtschaftspolitik (mehr finanzielle und materielle Hilfe für die Landwirtschaft, Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise, Senkung oder Erlaß der Steuern für ärmere Gebiete, Selbstentscheidungsrecht der Grundeinheiten hinsichtlich Plan und Anbauweise, Nebengewerbe, häusliche Nebenerwerbstätigkeit, freie Märkte usw.) stiegen nicht nur die Erträge, sondern auch die Einkommen der Bauern. Allein aus der Kollektivwirtschaft lag das Durchschnittseinkommen der Bauern 1979 bei 83,4 Yuan (1 Yuan = 1,25 DM) (1978: 74) (ohne Einkommen aus Nebenerwerb).

In der Industrie stiegen die Löhne auf 705 Yuan pro Kopf und Jahr, 68 Yuan mehr als 1978. Es wurden Ar-
beitsplätze für 9,03 Millionen Personen geschaffen und 62,56 Millionen m^2 Wohnraum (Rekordzahl seit der Befreiung). In diesem Jahr zeichnet sich eine Übererfüllung der Kennziffern für den industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswert ab. Infolge von Naturkatastrophen hat es beim Sommergetreide zwar einen Mindererertrag von 10% gegeben, aber beim Herbstgetreide sei mit einem ähnlichen Ertrag wie im Vorjahr zu rechnen.

Hua Guofeng über den Kampf gegen die Bürokratie

(Nach der englischen Zusammenfassung seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongreß durch Xinhua am 7.9.1980)

„Unsere Kader, und vor allem die alten Kader, müssen in Disziplin und Gesetzestreue beispielhaft sein. Sie dürfen nicht glauben, daß sie Gesetz und Disziplin aufgrund ihrer Autorität und vergangenen Verdienste mißachten könnten … Leute, die nur ihre eigenen Privatinteressen oder die ihrer Kinder, Verwandten und Freunde auf Kosten des Staates und des Volkes verfolgen, sollten sich das zweimal überlegen, denn weder die Gesetze des Staates noch die Vorschriften der Disziplin werden sie unbestraft davonkommen lassen, und noch weniger werden ihnen die öffentliche Meinung und die Geschichte verzeihen. Unsere Kader müssen die üblen Praktiken von Bürokraten entschlossen bekämpfen, die sich die Gesetze nach ihren eigensüchtigen Interessen zurechtstutzen und sich gegenseitig bei ihren Übeltaten schützen. Wir müssen unter allen Umständen an dem Prinzip festhalten, daß alle vor dem Gesetz gleich sind, und es darf nie irgendwelche „Bürger der Sonderklasse“ geben, die Gesetze und Disziplin ungestraft verletzen können. Wir müssen darauf achten, daß die Organe der öffentlichen Sicherheit, die Volksstaatsanwaltschaften und die Volksgerichte ihre Aufgaben unabhängig ausüben und dürfen keine illegale Einmischung irgendwelcher Art durch Verwaltungsbehörden, Massenorganisationen oder Einzelpersonen zulassen. Nur so können wir die Würde des sozialistischen Rechtswesens verteidigen und es zu einer mächtigen Waffe zur Verteidigung der sozialistischen Demokratie machen.“

Es ist von strategischer Bedeutung für China, daß eine große Zahl von Kadern in leitende Stellungen gewählt werden, die fest der Linie der Partei folgen, fachkundig und in ihren besten Jahren sind. Das hat direkte Auswirkungen auf die Kontinuität und korrekte Führung der Regierung und auf Erfolg oder Scheitern des Modernisierungsprogramms … Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß es immer deutlicher werde, daß das fortgeschrittene Alter und der Mangel an Fachkenntnissen vieler führender Mitglieder der Regierungen auf den verschiedenen Ebenen sie unfähig machte, die Anforderungen der vier Modernisierungen zu erfüllen. „Jetzt soll die Arbeit der Partei von der der Regierung getrennt werden und das leitende Personal in den Regierungen auf allen Ebenen und in den verschiedenen Unternehmen und Institutionen muß die volle Last der Aufgabe tragen, das Volk bei der Modernisierungsarbeit zu organisieren. Diese Arbeit wird ernsthaft behindert und verzögert, wenn die heutige Zusammensetzung der führenden Körperschaften nicht geändert wird … Es gibt genug qualifizierte Leute. Nur versuchen einige Leute gar nicht, sie zu finden.“

Premierminister Hua Guofeng sagte, daß … die Ausrottung der Bürokratie mit der Neuordnung des Wirtschaftssystems Hand in Hand gehen müsse. Er führte folgende schwere Mängel des gegenwärtigen Verwaltungssystems an:

– Zu starke Machtkonzentration. Die, die auf den unteren Ebenen die Arbeit tun, haben wenig Macht, während die wenigen, die die Macht haben, nicht viel tun können. Die auf den unteren Ebenen verstehen die Lage, sind aber nicht berechtigt, Entscheidungen zu treffen, während die auf den höheren Ebenen die Lage oft nicht verstehen, aber Entscheidungen treffen müssen, bevor sie die notwendigen Untersuchungen machen konnten …

– Unklare Abgrenzungen von Verantwortlichkeiten. Die verschiedenen Abteilungen kennen oft ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten nicht genau und müssen jedesmal, wenn etwas Neues auftaucht Instruktionen höheren Orts einholen und Berichte von einer Stelle zur anderen weiterreichen. Das führt zu dieser Odyssee von Aktenstücken, der Flut von Vorträgen und Sitzungen, von Streitigkeiten über Lappalien und zu Handwerkelei.

– Unvereinbarkeit des heutigen Kadersystems mit den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus. Es gibt kein funktionierendes System der Auswahl des Einsatzes und der Ausbildung von Kadern, des Ausscheidens von Versagern, von Auszeichnungen und Disziplinarmaßnahmen … wenn jemand Kader wird, bleibt er das ein Leben lang, er hat eine „eiserne Reisschüssel“. Auch wenn er wirklich unfähig und faul ist, bleibt er Kader, wenn er nicht gerade entlassen wird.

– Überbesetzungen, Funktionsüberschneidungen, Ämterhäufung, bloß nominelle Posten und niedrige Arbeitseffektivität.

Hua Guofeng schlug folgende Maßnahmen zur Ausrottung der Bürokratie vor:

– Die Unternehmen und Institutionen sollten unter der zentralisierten Führung des Staates die Möglichkeit zu unabhängigen Entscheidungen über Betriebs-und Geschäftsführung erhalten. Dann würde der Arbeitsaufwand der Verwaltungen verringert …, die Verwaltung vereinfacht und die Basis der Bürokratie stark eingeschränkt. Die



Zwei Wochen lang berieten die Delegierten des V. Nationalen Volkskongreß auf ihrer 3. Tagung in der Großen Halle des Volkes in Beijing

Der Vorsitzende der Planungskommission und der Finanzminister über die Aufgaben der Wirtschaft

Vizeministerpräsident Yao Yilin über die Erfolge der Wirtschaftsregulierung

– Hinsichtlich der Entwicklung der Landwirtschaft gab es weniger willkürliche Entscheidungen, der ineffektive Einsatz von Arbeitskräften hat sich verringert und es wird mehr auf die Produktionskosten geachtet.

– Der Anteil der Produktionskosten an den Gesamtkosten hat sich 1979 in der Landwirtschaft verringert.

– Die Staatsfarmen, die lange mit Verlust gearbeitet hatten, hatten 1979 Gewinne von über 300 Millionen Yuan (1978: 90 Millionen Verlust).

– Der Energieverbrauch nahm 1979 gegenüber 1978 nur um 3% zu, der Bruttoproduktionswert dagegen um 8,5%.

– Der Anteil der Grundmittel an den Gesamtinvestitionen im Investbau nahm von 74,3% (1978) auf 83,7% (1979) zu.

Yao Yilin über die Aufgaben für 1981

1. Erschließung von Energiequellen und rationeller Energieverbrauch, wobei die Energieeinsparung Vorrang genießt.
2. Regulierung der Struktur der Schwerindustrie, besonders der Maschinenbauindustrie. Alles daransetzen, um technisch Weltniveau zu erreichen.
3. Materialienindustrie ausbauen, ihr Sortiment erweitern und die Qualität verbessern.
4. Das Betriebsverwaltungssystem muß beschleunigt reformiert werden. Das Entscheidungsrecht sollte in allen Staatsbetrieben ausgeweitet werden. Verschiedene Formen der Wirtschaftsintegration sollten gefördert werden. Der Wettbewerb sollte unter Anleitung des Staatsplans gefördert werden. Die Banken sollen unabhängig Kredite vergeben, ihre Verwendung kontrollieren und die Zinsräte nutzen, um die Masse der Kreditmittel zu mehren. Das Steuersystem sollte schrittweise reformiert werden. Die Regulierung der Wirtschaft durch den Markt soll unter der Anleitung des Staatsplans erfolgen. Die Reformierung der Verwaltung des Außenhandels muß fortgesetzt werden. Vom nächsten Jahr an können bestimmte Großbetriebe und Kombinate versuchsweise direkt Außenhandelsgeschäfte tätigen. Gesetzgebung und Gesetzanwendung im Wirtschaftsbereich sollten verstärkt werden.

Finanzminister Wang Bingqian über Finanzreformen

Vom nächsten Jahr an sollen versuchsweise mehr staatliche Betriebe Gewerbesteuern bezahlen, anstatt, wie bisher, ihre Gewinne an den Staat abzuliefern. Wir werden dann eine reguläre Gewerbesteuer und Rohstoffsteuer einziehen.

Das System, einen Teil des Gewinns den Betrieben zu überlassen, das in diesem Jahr in 6600 Staatsbetrieben ausprobiert wurde, soll 1981 noch ausgedehnt werden. Staatliche Betriebe, die vom Staat zur Verfügung gestellte Umlaufmittel erhalten haben, müssen von der zweiten Hälfte dieses Jahres an dafür eine Abgabe entrichten; für die Verwendung von Anlagekapital werden sie von 1981 an auf Versuchsbasis eine Abgabe entrichten müssen.

Zu Finanzierungen im Bereich des Investbaus sollen von 1981 an Bankkredite an die Stelle von staatlichen Zuwendungen treten, Verwaltungseinrichtungen und einige wenige Sonderprojekte ausgenommen.

Von diesem Jahr an haben wir ein Sondersystem für die beiden Provinzen Guangdong und Fujian errichtet. Dort sollen die Provinzbehörden für die Finanzen selbst verantwortlich sein, nachdem sie dem Staat einen festgelegten Betrag übergeben haben. In anderen Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Gebieten werden wir versuchsweise Einnahmen und Ausgaben zwischen zentralen und örtlichen Ebenen teilen. Das heißt, die örtlichen Ebenen können mehr ausgeben, wenn ihre Einnahmen wachsen, und weniger, wenn ihre Einnahmen zurückgehen.

Die fünf autonomen Gebiete Xinjiang, Ningxia, Innere Mongolei, Tibet und Guangxi sowie die Provinzen Yunnan, Guizhou und Qinghai (in diesen Gebieten konzentrieren sich die nationalen Minderheiten, Anm. d. Üb.) werden Vorzugsbehandlung genießen, und die staatlichen Zuwendungen werden jährlich um 10% erhöht werden.

Finanzminister Wang Bingquia über Staatshaushalt: Im Staatshaushalt gab es 1979 ein Defizit von 17 Milliarden bei Gesamtausgaben in Höhe von 127 Mrd. Yuan. Dies habe in Kauf genommen werden müssen, um die Disproportionen in der Wirtschaft zu regulieren und lange anstehende Probleme des Volkes zu lösen bzw. zu mindern (Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte, Schaffung von Arbeitsplätzen, Lohnerhöhungen usw.). 1980 sollen 13,1 Milliarden Yuan weniger ausgegeben werden. Hauptausgaben: Ausbau der Betriebe (16 Mrd.); Landwirtschaft (16,8 Mrd.); Bildung, Gesundheit, Wissenschaft 14,8 Mrd., (+1,62 Mrd.); Verteidigung 19,33 Mrd. (–2,94 Mrd.).

Bericht Peng Zhens (Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK) **über Tätigkeit des Ständigen Ausschusses und vier Gesetze:** Hauptarbeit bestand in der Ausarbeitung von Gesetzen. Vorrangig sollen jetzt Wirtschaftsgesetze (u.a. Fabrik- und Vertragsgesetze), ein Zivilgesetzbuch und ein Gesetz über die Gebietsautonomie der Nationalitäten ausgearbeitet werden. Vier Gesetze wurden verabschiedet:

Staatsangehörigkeitsgesetz: Alle Kinder von chinesischen Staatsangehörigen können chinesische Staatsbürger-

unter 25 bzw. 27 Jahren erteilt.) Die Familien sind zur Familienplanung verpflichtet. Die Scheidung wird etwas erleichtert.

Einkommensteuergesetze: Joint Ventures haben 30% zu zahlen, Einzelpersonen, deren monatliches Einkommen 800 Yuan übersteigt, für den darüberliegenden Teil Steuern zu entrichten. Im Verhältnis zu anderen Ländern sind die Steuern vergleichsweise gering.

Bericht des Obersten Volksgerichts (Jiang Hua): 1,13 Mio. Straffälle aus der Kulturrevolution wurden überprüft. Von 270000 sogenannten konterrevolutionären Straftätern wurden 184000 als falsch verurteilt rehabilitiert, bei den gewöhnlichen Straftaten 82000 von 860000.

Bericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft: Straftaten wurden hauptsächlich von jungen Leuten begangen. Hierbei müsse nach dem Prinzip Erziehung, Umwandlung und Hilfe vorgegangen werden. Erziehung der Jugend und Beschaffung von Arbeitsplätzen seien Voraussetzungen für Rückgang der Straftaten.

Neuwahlen: Anstelle von Hua Guofeng wurde Zhao Ziang zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Vizeminister-

Aus Redebeiträgen von Delegierten des Nationalen Volkskongresses

Abgeordnete aus der Provinz Yunnan über Preiserhöhungen.

Die Lohnerhöhungen in diesem Jahr (für 40% der Beschäftigten, Anm. d. Übers.) waren eigentlich eine gute Sache, aber sie wurden nicht gut durchgeführt. Es kam zu ernsten Spannungen zwischen den Werktätigen und viele Menschen waren dagegen. Wir hoffen auf eine baldestmögliche Lohnreform ... Viele Delegierte meinen, daß die Preisschwankungen im Vorjahr außerordentlich gravierend waren und von großem Ausmaß. Dies ging weit über die beschlossenene Preiserhöhungen hinaus und beeinträchtigte das Leben des Volkes ... Um die Preiskontrolle, die es mancherorts gab, wurde viel Aufhebens gemacht, aber gebracht hat sie nicht viel. Erhöhte Preise sollten nicht immer noch weiter steigen. (Renmin Ribao 9.9.80)

Wang Ruoshui (Beijing): Über die Funktion des Volkskongresses.

In der Wirtschaft hat sich viel geän-



Zhao Ziyang, der als Nachfolger von Hua Guofeng zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, im Gespräch mit Delegierten aus Sixuan



Das System, einen Teil des Gewinns den Betrieben zu überlassen, das in

und die staatlichen Zuwendungen werden jährlich um 10% erhöht werden.

ihrer 3. Tagung in der Großen Halle des Volkes in Beijing

Sortiment erweitern und die Qualität verbessern.

Finanzminister Wang Bingquia über Staatshaushalt: Im Staatshaushalt gab es 1979 ein Defizit von 17 Milliarden bei Gesamtausgaben in Höhe von 127 Mrd. Yuan. Dies habe in Kauf genommen werden müssen, um die Disproportionen in der Wirtschaft zu regulieren und lange anstehende Probleme des Volkes zu lösen bzw. zu mindern (Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte, Schaffung von Arbeitsplätzen, Lohnerhöhungen usw.). 1980 sollen 13,1 Milliarden Yuan weniger ausgegeben werden. Hauptausgaben: Ausbau der Betriebe (16 Mrd.); Landwirtschaft (16,8 Mrd.); Bildung, Gesundheit, Wissenschaft 14,8 Mrd., (+1,62 Mrd.); Verteidigung 19,33 Mrd. (–2,94 Mrd.).

Bericht Peng Zhens (Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK) **über Tätigkeit des Ständigen Ausschusses und vier Gesetze:** Hauptarbeit bestand in der Ausarbeitung von Gesetzen. Vorrangig sollen jetzt Wirtschaftsgesetze (u.a. Fabrik- und Vertragsgesetze), ein Zivilgesetzbuch und ein Gesetz über die Gebietsautonomie der Nationalitäten ausgearbeitet werden. Vier Gesetze wurden verabschiedet:

Staatsangehörigkeitsgesetz: Alle Kinder von chinesischen Staatsangehörigen können chinesische Staatsbürgerschaft erwerben. Doppelstaatsangehörigkeit ist nicht möglich; China ermutigt seine Staatsbürger, die im Ausland leben, die Staatsangehörigkeit ihres Wohnlandes anzunehmen.

Novelle des Ehegesetzes: Das Heiratsalter für Männer wird von 20 auf 22 Jahre und für Frauen von 18 auf 20 Jahre hinaufgesetzt. (Z. Zt. werden Heiratsgenehmigungen praktisch nicht unter 25 bzw. 27 Jahren erteilt.) Die Familien sind zur Familienplanung verpflichtet. Die Scheidung wird etwas erleichtert.

Einkommensteuergesetze: Joint Ventures haben 30% zu zahlen, Einzelpersonen, deren monatliches Einkommen 800 Yuan übersteigt, für den darüberliegenden Teil Steuern zu entrichten. Im Verhältnis zu anderen Ländern sind die Steuern vergleichsweise gering.

Bericht des Obersten Volksgerichts (Jiang Hua): 1,13 Mio. Straffälle aus der Kulturrevolution wurden überprüft. Von 270000 sogenannten konterrevolutionären Straftätern wurden 184000 als falsch verurteilt rehabilitiert, bei den gewöhnlichen Straftaten 82000 von 860000.

Bericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft: Straftaten wurden hauptsächlich von jungen Leuten begangen. Hierbei müsse nach dem Prinzip Erziehung, Umwandlung und Hilfe vorgegangen werden. Erziehung der Jugend und Beschaffung von Arbeitsplätzen seien Voraussetzungen für Rückgang der Straftaten.

Neuwahlen: Anstelle von Hua Guofeng wurde Zhao Ziang zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Vizeministerpräsidenten Deng Xiaoping, Li Xiannian, Chen Yun, Xu Xiangqian, Wang Zhen, Wang Renzhong traten zurück. Weiter wurde Cheng Yonggui, der ehemalige Brigadeleiter von Dazhai, als Vizepräsident entlassen. Yang Jingren, Zhang Aiping und Huang Hua wurden neue Vizeministerpräsidenten. Ferner wurden fünf Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ausgewechselt.

Delegation von Macht muß mit demokratischer Betriebsführung verbunden werden. Alle Betriebe und Institutionen müssen Kongresse oder Delegiertenkonferenzen ihrer Beschäftigten einrichten, die wichtige Fragen ihrer Einheiten diskutieren und entscheiden können und das führende Personal wählen oder seine Ernennung oder Abberufung empfehlen können. In der täglichen Arbeit müssen alle wichtigen Fragen, die die Beschäftigten betreffen, in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften behandelt werden.

– Die Aufgaben und Pflichten jedes Verwaltungsorgans und seiner untergeordneten Einheiten und Personen müssen durch Verwaltungsvorschriften klar definiert werden ...

– ... Für Kader auf allen Ebenen und aller Kategorien muß ein konkretes brauchbares System der Ernennung, Bewertung, Auszeichnung und Rüge, der Ausbildung, Beförderung, Verteilung, Verrentung, Entlassung usw. geschaffen werden.

– Wir müssen ein System der Kontrolle und Überwachung schaffen und vervollkommnen. Neben der Überwachung durch die Partei, den Briefen und Besuchen der Massen, den Enthüllungen und der Kritik in der Presse, sollte die Überprüfung der Arbeit der Regierungen auf den verschiedenen Ebenen und ihrer Funktionäre durch untere Regierungsorgane, Abgeordnete und vorgesetzte Stellen stark gefordert werden. In einigen Regierungsorganen werden nun Befragungen und Empfehlungen, Bewertung und Auswahl der Kader durch die Massen erfolgreich erprobt. Diese Methoden müssen verbreitet werden. Die Regierungen aller Ebenen müssen weiterhin die Weisheit der Massen zusammenfassen und sich darum bemühen, zusätzliche Methoden der Kontrolle durch die Massen zu finden, die effektiver und leichter handhabbar sind. Das wird es erleichtern, diejenigen, die sich Verdienste erwerben, entsprechend dem Willen der Massen auszuzeichnen und zu befördern und gleichzeitig die Fehler und Irrtümer von Kadern zu enthüllen und zu korrigieren und diejenigen Bürokraten abzusetzen und zu ersetzen, die sich schwerer Pflichtverletzungen schuldig gemacht haben.

Aus Redebeiträgen von Delegierten des Nationalen Volkskongresses

Abgeordnete aus der Provinz Yunnan über Preiserhöhungen.

Die Lohnerhöhungen in diesem Jahr (für 40% der Beschäftigten, Anm. d. Übers.) waren eigentlich eine gute Sache, aber sie wurden nicht gut durchgeführt. Es kam zu ernsten Spannungen zwischen den Werktätigen und viele Menschen waren dagegen. Wir hoffen auf eine baldestmögliche Lohnreform ... Viele Delegierte meinen, daß die Preisschwankungen im Vorjahr außerordentlich gravierend waren und von großem Ausmaß. Dies ging weit über die beschlossenene Preiserhöhungen hinaus und beeinträchtigte das Leben des Volkes ... Um die Preiskontrolle, die es mancherorts gab, wurde viel Aufhebens gemacht, aber gebracht hat sie nicht viel. Erhöhte Preise sollten nicht immer noch weiter steigen. (Renmin Ribao 9.9.80)

Wang Ruoshui (Beijing): Über die Funktion des Volkskongresses.

In der Wirtschaft hat sich viel geändert, aber jetzt muß sich auch politisch etwas ändern. Z.B.: Der Volkskongreß soll das höchste Machtorgan in China sein, und er sollte sich mit vielen Fragen beschäftigen. Aber jetzt ist es so, daß das ZK eine Sache beschließt und dann an den Kongreß zur Beratung weiterleitet. Letzterer spielt also bisher keineswegs die Rolle eines höchsten Machtorgans ... Nehmen wir z.B. die Lohnerhöhungen: Die Massen waren sehr unzufrieden damit. Die Renmin Ribao erhielt körbeweise Protestbriefe, die an das Hauptarbeitsamt weitergeleitet wurden, ohne Ergebnis. Hier hätte der Volkskongreß etwas ändern können und müssen. (Renmin Ribao 12.9.80)

Hu Xinyu/Lin Jinyun (Provinz Fujian), über die Kreiswahlen.

Eine große Zahl von Delegierten ist der Meinung, daß die Wahlen dort gut gelaufen sind, wo gute Propagandaarbeit geleistet wurde und die Demokratie entfaltet wurde. Dort haben nicht die Leiter die Kandidaten vorgeschlagen, sondern die Massen und es wurde darüber diskutiert und gewählt ... Aber mancherorts haben die Leiter die Kandidaten ausgesucht. Die Massen wurden nicht gefragt ... Mancherorts waren Clandenken bzw. Fraktionismus ein ernstes Problem, die Wahl der Delegierten mußte drei bis viermal wiederholt werden. (Renmin Ribao 8.9.80)

Gu Dachun (Provinz Hubei), über Belegschaftskongresse.

Lange Jahre hatten wir uns angewöhnt, mittels politischer Bewegungen Probleme zu lösen. Das ist jetzt vorbei. Jetzt wollen wir uns bei der Bewältigung der vielen Probleme auf das Rechtssystem stützen. Der Staatsrat hat z.B. die Verantwortlichen für das Kentern der Bohrinsel „Bohai Nr. 2" (das 72 Menschenleben forderte und zum Rücktritt eines Ministers und der Bestrafung der Verantwortlichen führte, Anm. d. Übers.) streng bestraft und damit ein Beispiel gegeben. Dies beweist, daß vor dem Gesetz alle gleich sind ... In den letzten Jahren kümmerte man sich nur wenig um die Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen für die Werktätigen. Im Kohlenrevier Mianxi z.B., mit 40000 Arbeitern, grassiert die Silikose. In dieser Hinsicht bedarf es weiterer Gesetze. Alle Betriebe müssen das System der Belegschaftskongresse einführen, müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten Herren der Betriebe werden und ihre demokratischen Rechte ausüben können. Die wichtigsten Fragen sollten von diesen Kongressen beraten und entschieden werden und die Betriebsleiter müssen diese Beschlüsse durchführen. (Renmin Ribao 8.9.80)

Cheng Yin über Kaderwahl.

Vorschlag der Politischen Konsultativkonferenz an den Nationalen Volkskongreß: Unser Kadersystem entspricht nicht den Anforderungen der Vier Modernisierungen. Jeder kann Kader werden, ob er dafür qualifiziert ist oder nicht. Auch wenn er schwere Fehler macht, kann er nicht abgesetzt werden. Auf diese Weise nimmt die Zahl inkompetenter Kader immer mehr zu ... Unser Kadersystem muß von der Ernennung übergehen zur Wahl, nur so können fähige Kräfte entdeckt werden. (Renmin Ribao 8.9.80)



Zhao Ziyang, der als Nachfolger von Hua Guofeng zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, im Gespräch mit Delegierten aus Sixuan



Die Entwicklung der Landwirtschaft bleibt das Hauptziel des Wirtschaftsplans, über den die Delegierten berieten und beschlossen

„Ich bin ein Wolf und werde stets Auch heulen mit den Wölfen“ (H. Heine)

z.bew. Als Lenin 1897 nach Sibirien verbannt wurde, nahm er an deutscher Literatur Goethes „Faust“ und einen Gedichtband von Heinrich Heine mit. Friedrich Engels nannte Heine 1844 den „hervorragendsten unter allen lebenden deutschen Dichtern“. Karl Marx bat Heine um die Mitarbeit an den „Rheinischen Jahrbüchern“, traf sich mit ihm häufig in Paris und wollte, als er aus Paris ausgewiesen wurde, Heine „gern mit einpacken“. Den Hauptteil der von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ eröffnete ein Gedicht von Heine. Und Heine selbst zu dieser Zeit: „Ich hab ein neues Schiff bestiegen mit neuen Genossen.“

Es war der gleiche Heine, der im Juli 1848 von der 48er Revolution als einer „Universalanarchie, Weltkuddelmuddel, sichtbar gewordenem Gotteswahnsinn“ sprach und der später in einem Gespräch mit Balzac befürchtete: „Es hilft alles nichts, die Zukunft gehört unseren Feinden, den Kommunisten.“ Äußerungen wie diese finden sich an verschiedenen Stellen in Heines Werk zu den verschiedensten Zeiten. Sie reichten auch hin, vor etwas mehr als Jahresfrist in dieser Zeitung den Stab über Heine zu brechen, wo ihm vorgehalten wurde, daß eine „Überheblichkeitstheorie“, (was immer das bei Heine und auch sonst sei) die sich „gegen die besitzlosen Klassen richtet“, den Inhalt seines Werkes ausmache. „Belegt“ war das mit dem Gedicht „Belsazar“, wo die Beweisführung auch noch so verlief, daß der biblischen Vorlage zu dem Gedicht bescheinigt wurde, daß „die Sache ihre historische und klassenmäßige Ordnung hat. Anders bei Heine.“ (KVZ 11/79, S. 20) Die Bibel kann aber auch bei einer Literaturkritik nur für pfäffische Leute das Maß sein, mit materialistischer Kritik hat das nichts zu tun –, und „Überheblichkeit“ findet sich wohl weniger bei Heine als bei dem Kritiker.

Heinrich Heine war der Dichter des Loreleyliedes, das noch heute zum Stammrepertoire jedes Männergesangvereines gehört, wie zahlloser, oft läppischer Liebesverse; er war aber auch der Verfasser von Gedichten, die von der elenden Lage der Arbeiterklasse und ihrem Kampf handeln, so „Die Wanderratten“ oder „Die armen Weber“:

„Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der uns den letzten Groschen erpreßt
und uns wie Hunde erschießen läßt –
Wir weben! wir weben

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Lüg' und Schande,
Wo nur Verwesung und Totengeruch –

droht, die mit der ganzen alten romantischen Weltordnung vergehen werden. Und dennoch, ich gestehe es freimütig, übt eben dieser Kommunismus, so feindlich er allen meinen Interessen und Neigungen ist, auf mein Gemüt einen Zauber aus, dessen ich mich nicht erwehren kann ...“

Es läßt sich viel Widersprüchliches im Werk Heines finden, aber wenn er auch nicht der „Sänger der Revolution“ war, so war er auch noch lange nicht der Hofpoet des Bürgertums, und auch dann: sollte man ihn etwa deswegen nicht lesen, wenn man in seinen Stücken etwas über dieses Bürgertum und seine Zeit erfahren könnte?

Und nebenbei: seine Angst vor der „bilderstürmerischen Wut der Revolution“, wo er fürchtete, daß sein „Buch der Lieder“ vom Krautkrämer verwendet würde zum Abfüllen von Kaffee und Schnupftabak, wo Kommunismus noch für Babeuf und die Pariser Geheimgesellschaften steht, findet das nicht seine Entsprechung, wenn Marx und Engels darüber im Kommunistischen Manifest schreiben: „Die revolutionäre Literatur, welche diese ersten Bewegungen des Proletariats begleitete, ist dem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und eine rohe Gleichmacherei.“ Die „rohe Gleichmacherei“ war es, die Heine fürchtete, bei gleichzeitiger Gewißheit, daß nur der Arbeiterklasse die Zukunft gehört.

Heinrich Heine war Aufklärer und Spötter in der Zeit der beginnenden großen Klassenauseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Nicht mehr die Fortschrittsgedanken des aufsteigenden Bürgertums, sondern die utopischen Vorstellungen der frühen Sozialisten prägten sein Werk – und das sucht seinesgleichen. Er war ein ironischer Zeitkritiker, der seinen Spott auf das servile Bürgertum goß, wie auf den bornierten kleinbürgerlichen Radikalismus der utopischen Sozialisten, machte die preußische Zensur ebenso lächerlich wie das „Eiapopeia vom Himmel“, verspottete die Philister, in ihrer Angst um den Geldsack, wie die politische Lyrik, „das Schlachtpferd der Parteiwut“. „Deutschland, ein Wintermärchen“, das „große Gedicht“ von etwa 500 Strophen, gibt wohl das beste Zeugnis von Heines Werk und ist eins der schönsten Dokumente lyrischer und ironischer Zeitkritik:

...

„Sie sang das alte Entsagungslied,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;



Chronologie

1797 wird Heinrich Heine in Düsseldorf geboren. Im feudalistischen Deutschland treffen die Ziele der Französischen Revolution auf große Sympathie, erst 1% der 23 Mio. Einwohner sind freie Lohnarbeiter.

1813 erhebt sich Deutschland gegen Napoleon in der „Völkerschlacht bei Leipzig“, der Rheinbund wird aufgelöst. Heine besucht zu dieser Zeit die Handelsschule in Düsseldorf.

1815 wird der Deutsche Bund gegründet, in dem Preußen und Österreich das Regiment führen. Heinrich Heine volontiert in Frankfurt.

1817 bekennen sich die deutschen Studenten auf der Wartburg zur Einheit Deutschlands, verbrennen reaktionäre Schriften und feiern den Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig. Die ersten Schriften von Heinrich Heine werden veröffentlicht.

1825 befindet sich der Kapitalismus in der ersten Weltwirtschaftskrise. Die englische Arbeiterklasse hat bereits die Aufhebung der Antikoalitionsgesetze erkämpft. Heine hat zu dieser Zeit sein Studium abgeschlossen als Dr. jur. Er schreibt seine Reisebilder, 1827 erscheint sein „Buch der Lieder“.

1832 fordern mehr als 20000 Menschen auf dem Hambacher Fest die Einigung Deutschlands als Republik. Zu dieser Zeit arbeitet Heine bereits in Paris, ein Jahr später werden seine Schriften in Preußen verboten. Er schreibt für die französische Presse, 1834 erscheint von ihm „Zur Geschichte der Religion und Philosopie in Deutschland“.

1835 verbietet der Deutsche Bundestag alle, auch zukünftige Schriften Heines

1843 ist Karl Marx nach Verbot der „Rheinischen Zeitung“ nach Paris gegangen und gibt dort mit Arnold Ruge die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ heraus, Heine arbeitet daran mit. Nach seiner Reise nach Hamburg erscheint sein wohl populärstes Werk „Deutschland – Ein Wintermärchen“. Ein Jahr später beginnt der Weberaufstand in Schlesien.

1847 entwickelt sich die nächste Weltwirtschaftskrise. Aus dem Bund der Gerechten entsteht unter entscheidendem Einfluß von Marx und Engels der Bund der Kommunisten.

1848 erscheint das Manifest der Kommunistischen Partei. In Frankreich, England, Deutschland und Österreich erheben sich die Arbeiter und Bauern gegen Feudalismus und Reaktion. In Frankfurt tritt die gesamtdeutsche Nationalversammlung zusammen. Heinrich Heine, der bereits erkrankt ist, schreibt Gedichte voller Ironie und Satire über Preußen. Er stirbt 1856.



Hochzeit von Epoque und Constitutionnel. Bilboquet: – Tugendhaftes Paar, ich vereinige und segne Euch ... geht hin ... vermehret Euch ... und Eure Jahrbücher! ...



– Erster Preis für Wachstum – Preußen
Anmerkung – Ziemlich unförmiger Sieger!

Honoré Daumier lebte von 1808 bis 1879 und gilt sicherlich zu Recht als einer der besten Karikaturisten und Realisten dieser Zeit. Die linke Karikatur entstand 1846 als die Konservativen bei den allgemeinen Wahlen eine Mehrheit im Parlament erreichten. Der Kapitalismus in Europa befindet sich am Anfang seiner ersten großen Wirtschaftskrise. Mit der Revolution von 1848 hat die Arbeiterklasse ihre Ziele nicht vollständig erreicht. 1864 mußte Napoléon III. weitere Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und das Volk machen. Arbeiterkoalitionen wurden toleriert, die Pressezensur gelockert. Im September 1864 wurden die Internationalen Arbeiterassoziationen gegründet. 1867, als die zweite Karikatur entstand, wird Napoléon III., der keinen einheitlichen deutschen Nationalstaat als Konkurrenten will, wegen seiner Deutschlandpolitik bereits heftig angegriffen.

Die Wanderratten
Es gibt zwei Sorten Ratten:
Der sinnliche Rattenhaufen,
Er will nur fressen und saufen,
Er denkt nicht, während er säuft
Nicht Glockengeläute, nicht
Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Senatsdekrete,

ne und auch sonst sei) die sich „gegen die besitzlosen Klassen richtet“, den Inhalt seines Werkes ausmache. „Belegt“ war das mit dem Gedicht „Belsazar“, wo die Beweisführung auch noch so verlief, daß der biblischen Vorlage zu dem Gedicht bescheinigt wurde, daß „die Sache ihre historische und klassenmäßige Ordnung hat. Anders bei Heine.“ (KVZ 11/79, S. 20) Die Bibel kann aber auch bei einer Literaturkritik nur für pfäffische Leute das Maß sein, mit materialistischer Kritik hat das nichts zu tun –, und „Überheblichkeit“ findet sich wohl weniger bei Heine als bei dem Kritiker.

Heinrich Heine war der Dichter des Loreleyliedes, das noch heute zum Stammrepertoire jedes Männergesangvereines gehört, wie zahlloser, oft läppischer Liebesverse; er war aber auch der Verfasser von Gedichten, die von der elenden Lage der Arbeiterklasse und ihrem Kampf handeln, so „Die Wanderratten“ oder „Die armen Weber“:

„Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der uns den letzten Groschen erpreßt
und uns wie Hunde erschießen läßt –
Wir weben! wir weben

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Lüg' und Schande,
Wo nur Verwesung und Totengeruch –
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch
Wir weben! wir weben!“

Heine war Republikaner und, als Frankreich Republik war, erklärte er sich für den König Ludwig Philipp; er forderte: „Verschlemmen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben“ und ließ sich gleichzeitig von seinem Onkel, dem Bankier und Millionär der französischen Regierung und dem Haupt der französischen Finanzaristokratie, aushalten; er sah im Kommunismus die einzige Rettung vor den „ultrateutschen Narren“ und „fürchtete“ gleichzeitig, daß „ihm die Zukunft gehört“, wobei ihn eine „unsägliche Betrübnis ergreift, wenn ich an den Untergang denke, womit das siegreiche Proletariat meine Gedichte be-

rel. Die „rohe Gleichmacherei“ war es, die Heine fürchtete, bei gleichzeitiger Gewißheit, daß nur der Arbeiterklasse die Zukunft gehört.

Heinrich Heine war Aufklärer und Spötter in der Zeit der beginnenden großen Klassenauseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Nicht mehr die Fortschrittsgedanken des aufsteigenden Bürgertums, sondern die utopischen Vorstellungen der frühen Sozialisten prägten sein Werk – und das sucht seinesgleichen. Er war ein ironischer Zeitkritiker, der seinen Spott auf das servile Bürgertum goß, wie auf den bornierten kleinbürgerlichen Radikalismus der utopischen Sozialisten, machte die preußische Zensur ebenso lächerlich wie das „Eiapopeia vom Himmel“, verspottete die Philister, in ihrer Angst um den Geldsack, wie die politische Lyrik, „das Schlachtpferd der Parteiwut“. „Deutschland, ein Wintermärchen“, das „große Gedicht“ von etwa 500 Strophen, gibt wohl das beste Zeugnis von Heines Werk und ist eins der schönsten Dokumente lyrischer und ironischer Zeitkritik:

...

„Sie sang das alte Entsagungslied,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen ...

Taschenbuchausgaben von Heine-Werke gibt es bei: Recalm, Suhrkamp, Goldmann, Ullstein, dtv und Diogenes



Hochzeit von Epoque und Constitutionnel. Bilboquet: – Tugendhaftes Paar, ich vereinige und segne Euch ... geht hin ... vermehret Euch ... und Eure Jahrbücher! ...

– Erster Preis für Wachstum – Preußen
Anmerkung – Ziemlich unförmiger Sieger!

Honoré Daumier lebte von 1808 bis 1879 und gilt sicherlich zu Recht als einer der besten Karikaturisten und Realisten dieser Zeit. Die linke Karikatur entstand 1846 als die Konservativen bei den allgemeinen Wahlen eine Mehrheit im Parlament erreichten. Der Kapitalismus in Europa befindet sich am Anfang seiner ersten großen Wirtschaftskrise. Mit der Revolution von 1848 hat die Arbeiterklasse ihre Ziele nicht vollständig erreicht. 1864 mußte Napoléon III. weitere Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und das Volk machen. Arbeiterkoalitionen wurden toleriert, die Pressezensur gelockert. Im September 1864 wurden die Internationalen Arbeiterassoziationen gegründet. 1867, als die zweite Karikatur entstand, wird Napoléon III., der keinen einheitlichen deutschen Nationalstaat als Konkurrenten will, wegen seiner Deutschlandpolitik bereits heftig angegriffen.

Die Wanderratten

Es gibt zwei Sorten Ratten:
Die hungrigen und die satten.
Die satten bleiben vergnügt zu Haus,
Die hungrigen aber wandern aus.

Sie wandern viel tausend Meilen,
Ganz ohne Rasten und Weilen,
Gradaus in ihrem grimmigen Lauf,
Nicht Wind noch Wetter hält sie auf.

Sie klimmen wohl über die Höhen,
Sie schwimmen wohl durch die Seen;
Gar manche ersäuft oder bricht das Genick
Die lebenden lassen die toten zurück.

Es haben diese Käuze
Gar fürchterliche Schnäuze;
Sie tragen die Köpfe geschoren egal,
Ganz radikal, ganz rattenkahl.

Die radikale Rotte
Weiß nichts von einem Gotte.
Sie lassen nicht taufen ihre Brut,
Die Weiber sind Gemeindegut.

Der sinnliche Rattenhaufen,
Er will nur fressen und saufen,
Er denkt nicht, während er säuft und frißt
Daß unsre Seele unsterblich ist.

So eine wilde Ratze,
Die fürchtet nicht Hölle, nicht Katze;
Sie hat kein Gut, sie hat kein Geld
Und wünscht aufs neue zu teilen die Welt.

Die Wanderratten, owehe!
Sie sind schon in der Nähe.
Sie rücken heran, ich höre schon
Ihr Pfeifen – die Zahl ist Legion.

O wehe! wir sind verloren,
Sie sind schon vor den Toren!
Der Bürgermeister und Senat,
Sie schütteln die Köpfe, und keiner weiß Rat.

Die Bürgerschaft greift zu den Waffen,
Die Glocken läuten die Pfaffen.
Gefährdet ist das Palladium (1)
Des sittlichen Staats, das Eigentum

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Senatsdekrete,
Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfünder,
Sie helfen euch heute, ihr lieben Kinder!

Heut helfen euch nicht Wortgespinste
Der abgelebten Redekünste.
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen,
Sie springen über der feinsten Sophismen. (2)

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,
Nur Argumente von Rinderbraten,
Begleitet mit Göttinger Wurstzitaten

Ein schweigender Stockfisch, in Butter gesotten,
Behaget den radikalen Rotten
Viel besser als ein Mirabeau
Und alle Redner seit Cicero.

1 Heiligtum. – 2 Spitzfindigkeiten.